

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3.50 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements-Preis: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Spaltenzeile oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Inserate und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 20 Pf. (zulässig 2 fertige Zeilen), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen des ersten Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 28. April 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Alter und neuer Partikularismus.

I.

Drei Tage nach dem Siege der Berliner Revolution vom 18. März 1848 unternahm Friedrich Wilhelm IV. seinen bekannten „Imritt“ in der Umgebung des Schlosses, wobei er erklärte, daß er sich an die Spitze der deutschen Bewegung stellen werde. An demselben Tage erschien eine von allen Ministern konfirmierte Proklamation des Königs, in der es hieß: „Preußen geht fortan in Deutschland auf!“ Ein Jahr später ließ derselbe König durch die preussische Armee die Volkserhebungen für jene Frankfurter Reichsverfassung von 1849 niederwerfen, welche ein einheitliches Deutschland schafften und Preußen darin aufgehen lassen sollte. Die preussische Junkerschaft bekundete zu jener Zeit offen, daß sie niemals für ein großes Deutschland, und nur für ein großes Preußen sich erwärmen könne.

Neun Jahre später, als Wilhelm I. in Preußen die Regentenschaft übernahm, rief er den ob dem Scheitern der Einheitsbewegung großen Deutschen zu: „In Deutschland muß Preußen moralische Eroberungen machen; die Welt muß wissen, daß Preußen überall das Recht zu führen bereit ist.“

Die Welt weiß, daß diese „moralischen Eroberungen“ in Deutschland mittels preussischer Bajonette gemacht wurden, während in Preußen selbst ein rechts- und verfassungswidriges Regiment geführt wurde.

Indessen — die Deutschen sind gutmütig und unter ihnen die Süddeutschen am meisten. Zwar protestierte Johann Jacoby, der nunmehr für Deutschland die preussische Militärherrschaft kommen sah, im preussischen Abgeordnetenhaus gegen die Indemnität, die man dem verfassungswidrigen Regiment gewährte; er schleuderte das Wort in die Welt hinaus, daß man dem preussischen Volke das Ärgste zumute, was man einem Volke zumuten könne, nämlich die Schmach freiwilliger Knechtschaft — aber das Abgeordnetenhaus ging über diesen „unverbesserlichen Störenfried“ zur Tagesordnung über. Die Erfolge Bismarcks auf den Schlachtfeldern Böhmens und im Mainfeldzuge brachen den Widerstand gegen seine Blut- und Eisenpolitik. Namentlich die „moralisch eroberten“ Süddeutschen fielen ihm in Masse zu. Er wußte sie über seine wirklichen Ziele vollkommen zu täuschen und ihnen vorzuführen, er werde ihnen nunmehr bringen, was sie mit der Verfassung von 1849 verloren.

Mit dem allgemeinen Wahlrecht verwandelte er ehemalige revolutionäre süddeutsche Demokraten in „Bettelpreußen“. Er hatte die liberale Bourgeoisie mit Erfolg studiert. Aus dem Entwurf einer Verfassung für Deutschland, den 1848 der durchweg aus liberalen Bourgeois bestehenden Siebenerausschuß dem Vorparlament in Frankfurt vorlegen ließ, konnte Bismarck leicht ersehen, mit welchen wirtschaftlichen Zugeständnissen diese Bourgeoisie zu gewinnen war. Er konnte diese Zugeständnisse machen und er machte sie. Damit hatte sich für diese nach Kapitalanhäufung lebende Klasse in der Tat der Hauptsache nach „herzlich erfüllt“, was sie 1848 erstrebt. Immerhin gab es noch ein starkes demokratisches Fährlein, das an den Idealen von 1848 festhielt und dessen Führer, unter denen sich außer Johann Jacoby noch Guido Weiß, G. F. Kolb und andere befanden, den Deutschen manchmal scharf ins Gewissen redeten, wenn sie vor dem Erfolge des Säcularmenschen gar zu andächtig die Weibkrautblätter schwenkten. Die deutsche Sozialdemokratie war nach dem Tode Lassalles in sich mehrfach gespalten worden. Die Lassalleaner schienen sich unter der Führung des Herrn v. Schweitzer der Bismarckschen Politik zu nähern, als Schweitzer den Satz aufstellte, die deutsche Frage könne nur durch Arbeiterkäufe oder durch preussische Bajonette gelöst werden. Dagegen erhob sich Liebknecht mit schneidenden Worten gegen das Aufgehen Deutschlands in Preußen. „Die Weltgeschichte kann nicht stille stehen“, sagte er im Norddeutschen Reichstage, „sie wird hinwegschreiten über diesen Nordbund, der nichts weiter ist, als die Knechtung, Schwächung und Zerrissenheit Deutschlands; sie wird auch hinwegschreiten über diesen Reichstag, der weiter nichts ist, als das Feigenblatt des Absolutismus.“

Der Nordbund war eine neue Auflage der einst von Herrn von Radowicz gegründeten Union. Die letztere war billig gewesen; sie kostete nur den berühmten Schimmel von Bronzell. Der Nordbund war nicht so billig; um ihn zu begründen, mußte Oesterreich aus Deutschland hinausgeworfen werden, und bei dieser Gelegenheit wurde den Deutschen eine nicht unbeträchtliche Quantität Blut abgezopft.

Der preussische Partikularismus, der sich 1848 bei der Junkerschaft so stark bekundete und ein großes Deutschland zugunsten eines großen Preußens verworfen hatte, schien nunmehr verschwunden. Aber er hatte sich nur verborgen; er war nicht tot, was den Deutschen später mit Halbogensstößen klargemacht werden sollte. Dagegen wurde die Beschuldigung des Partikularismus mehr oder minder gegen alle erhoben, die sich der Bismarckschen Politik widersetzen. Diese bestanden nicht aus lauter Demokraten und Sozialisten; es gab auch konservative und streng monarchische Elemente darunter, die

es Bismarck nicht verzeihen konnten, daß er 1866 drei Throne umgestürzt und drei legitime Fürsten von Gottes Gnaden vertrieben hatte. An den Höfen zu Dresden, München, Darmstadt, Stuttgart und Karlsruhe, sogar in Greiz, waren partikularistische Einflüsse tätig, welche die noch bestehenden Dynastien durch Bismarcks Politik bedroht glaubten. Die Bismarcksche Reptilienpresse warf dies alles in einen Topf mit den Demokraten und Sozialisten und stellte die letzteren als geheime Agenten süddeutscher Höfe oder vertriebener Fürsten hin.

Mit dem föderativen Charakter des Reiches und den Reservatrechten entzog Bismarck dem eigentlichen Partikularismus den Boden, der übrigens auch noch lange nach 1870 an kleinstaatlichen Höfen sein Wesen trieb und dessen Elemente aus kaltgestellten Kammerherren und mißbegünstigten Hoflieferanten bestanden.

Hätte man übrigens damals, als Bismarck mit dem Norddeutschen Bunde auf das Deutsche Reich lossteuerte, hinter die Kulissen sehen können, so wären die „moralischen Eroberungen“ in Süddeutschland wohl sehr erschwert worden. Die „Nüßschau“ des einstigen württembergischen Kriegsministers v. Suckow gibt darüber interessante Aufschlüsse. Dieser einflussreiche Offizier, der die Bismarcksche Politik nach 1866 rückhaltlos unterstützte, hatte 1868 in Berlin eine Unterredung mit Moltke über den damals schon als unvermeidlich angesehenen Krieg mit Frankreich, für den Bismarck nur auf den gelegenen Zeitpunkt wartete. Suckow brachte die Frage der Deckung Süddeutschlands bei einem Kriege mit Frankreich zur Sprache. Moltke sprach sich dahin aus, daß Preußen sich um so unsichere Bundesgenossen wie die bürgerliche Demokratie und unzuverlässige Leute wie Varnbüler und Mittnacht nicht bekümmern könne; für Preußen sei der Thüringer Wald eine bessere Pflanzendeckung als der Oberrhein. Als dann Suckow auch mit Bismarck sprach, zog dieser zwar auch über Demokraten und Partikularisten her, sagte dann aber: „Unsere ganze Sympathie gehört dem süddeutschen Bruder, dem wir jederzeit die Hand reichen wollen“ usw. Suckow scheint die gegen ihn angewandte Doppelzüngigkeit gar nicht einmal übel bemerkt zu haben. Als der Krieg mit Frankreich ausbrach, wurde Süddeutschland trotz all seiner „Bettelpreußen“ tatsächlich ohne Deckung gelassen; seine Truppen wurden nach Norden gezogen und die Grenzen waren so ungedeckt, daß mutwillige Franzosen wochenlang von Hünningen aus die badischen Eisenbahnzüge beschleichen konnten. Wären die Franzosen kriegsbereit gewesen und hätten sie mehr unternehmende Heerführer gehabt, so wäre sicher ein Einfall in Süddeutschland erfolgt, der möglicherweise dem Kriege eine ganz andere Wendung gegeben hätte. Später, aber zu spät, kamen Gambetta und Freycinet auf den Gedanken, einen Durchbruch bei Belfort zu versuchen. Nur die badische Division warf sich den 150 000 Franzosen entgegen, die von dem unzuverlässigen Bourbaki befehligt und von betrügerischen Lieferanten mit Schuhwerk versehen waren, das Pappsohlen hatte. Dazu kamen im Jahre 1871 die Strapazen des Winters. Diese Umstände machten es der badischen Division möglich, den Angriff Bourbakis abzuwehren. Wäre dieser gelungen, so wären die Konsequenzen, da in Süddeutschland die zahlreichen französischen Gefangenen lagen, ganz unabsehbar gewesen. Herr v. Mantuffel kam, als die Sache entschieden war, half die geschlagene französische Armee über die schweizerische Grenze drängen und nahm den Ruhm des Siegers für sich in Anspruch. Moltke hatte also die süddeutsche Grenze bis zum letzten Stadium des Krieges so behandelt, wie er sich gegen Suckow geäußert, trotzdem die süddeutschen Staaten ihre Bundeshilfe in vollem Maße geleistet hatten.

Der Zweckverband Groß-Berlin in der Kommission.

Die Kommission des Abgeordnetenhauses zur Vorberatung des Entwurfs eines Zweckverbandes für Groß-Berlin erledigte am Donnerstag die zweite Lesung. In bezug auf die Zusammenziehung des Verbandes wurden materielle Änderungen nicht getroffen, doch sind für das Plenum noch Aus-einanderlegungen darüber zu erwarten. Erklärte doch ein konservativer Redner, seine Freunde seien grundsätzlich nicht damit einverstanden, daß die Rechte der Verbandsmitglieder sich nur nach der Einwohnerzahl und nicht auch nach dem Steuerfoll bemessen sollen; sie behielten sich für das Plenum sowohl Anträge nach dieser Richtung als auch bezüglich der Einziehung des Kreises Osthavelland ohne Änderung des Gesetzes vor.

Die Beratung des sehr komplizierten § 4, der den Erwerb, Bau und Betrieb von Bahnen durch den Verband oder durch Dritte behandelt, wurde einstweilen ausgesetzt und einige andere Paragraphen erledigt.

§ 5, der bestimmt, daß neue oder abgeänderte Fluchtlinien oder Bebauungspläne der Einzelgemeinden dem Verbandsausschuß zur Begutachtung vorzulegen sind, erhielt den Zusatz, daß es der Vorlegung nicht bedarf, wenn die Pläne nur die Aufteilung einzelner Hausblöcke oder die Verbreiterung bestehender Straßen betreffen. Weiter wurde dem Verbandsausschuß vom 1. April 1914 ab die Befugnis eingeräumt, aus wichtigen Gründen des Verkehrs, der Gesundheit und der Wohnungspolitik die Abände-

rung von Bebauungsplänen zu verlangen, deren Durchführung bis dahin nicht in Angriff genommen ist. Für Mehrbelastung infolge solcher Abänderungen sind die Gemeinden angemessen zu entschädigen.

§ 9, der die Frage des Erwerbs von Wäldern regelt, erhielt den Zusatz, daß der Verband auch solche Flächen erwerben kann, die sich im Eigentum von Kreisen und Gemeinden des Verbandsgebietes befinden, allerdings mit der Maßgabe, daß die Verwaltung solcher Flächen den Gemeinden, die Besitzer derselben sind, auf Antrag überlassen wird. Andererseits können die Kreise und Gemeinden auch verlangen, daß der Verband ihnen solche Flächen abnimmt, soweit deren Erhaltung im Interesse des Verbandes liegt. Die Anfrage eines Fortschrittlers, unter welchen Bedingungen der Fiskus dem Verband die Waldflächen überlassen wolle, konnte der Minister des Innern nicht beantworten. Daß muß um so mehr Wunder nehmen, als — wie der Redner hervorhob — der Landwirtschaftsminister schon im Februar dem Oberbürgermeister Kirchner gesagt hat, daß die Bedingungen feststehen. Zweifellos hält die Regierung mit ihrer Antwort zurück, um möglichst hohe Preise zu erzielen.

Gegen den neugeschaffenen § 9a, der dem Verband die Möglichkeit gibt, Grundstücke für den Bau von Kleinwohnungen zu erwerben und durch Bebauung nutzbar zu machen, erklärten sich die Konservativen, da ihrer Meinung nach die Wohnungspolitik nicht Sache des Verbandes sei, sondern Aufgabe der Einzelgemeinden bleiben müsse. Im Gegensatz dazu sprach sich der Vertreter der Sozialdemokratie grundsätzlich für eine Wohnungspolitik durch den Verband aus; er ließ aber keinen Zweifel, daß von einem so zusammengesetzten Verband eine ersprießliche Wohnungspolitik nicht zu erwarten sei, zumal da er die erworbenen Grundstücke nicht selbst zu bebauen gezwungen ist, sondern sie an private Spekulanten wieder veräußern kann.

Wohl der reaktionärste aller Anträge war der zu § 13 von einem Zentrumsabgeordneten gestellte. § 13 regelt die Zusammenziehung der Verbandsversammlung. Der Stadt Berlin wollte die Regierungsvorlage nur ein Drittel der Vertreter einräumen, die Kommission hat ihr zwei Fünftel zugestanden. Das ist zwar eine Verbesserung, aber gekürzt werden die Rechte Berlins auch dadurch noch. Der Vertreter des Zentrums beantragte die Wiederherstellung der Regierungsvorlage, und im Falle der Ablehnung die Erhöhung der Zahl der Vertreter auf 110 mit der Maßgabe, daß 1/10 von ihnen von den Gemeinden gewählt, 1/10 vom König von Preußen ernannt werden sollen. Begründet wurde dieser famose Antrag damit, daß eine Majorisierung der kleinen Gemeinden verhindert werden müsse. Der sozialdemokratische Redner forderte grundsätzlich für Berlin die ihm zukommende Vertreterzahl und bekämpfte das Streben nach Errichtung eines „Herrenhauses“ für Groß-Berlin. Neulich äußerte sich ein fortschrittlicher Redner. Die Anträge wurden denn auch gegen die Stimme des Antragstellers abgelehnt, § 13 selbst blieb unverändert. Die Fortschrittler und der Sozialdemokrat stimmten wegen der Entrechtung Berlins gegen den ganzen Paragraphen.

Auch in bezug auf das Wahlrecht wurde nichts geändert. Es bleibt bei dem indirekten Wahlrecht durch Gemeinde- bzw. Kreisvertretungen. Der Vertreter der Sozialdemokratie erklärte sich gegen diesen Wahlmodus, sah aber von der Einbringung eines Antrags mit Rücksicht darauf ab, daß der sozialdemokratische Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts in der ersten Lesung fast einstimmig abgelehnt war. Eine Aenderung wurde insofern getroffen, als alle drei Jahre die Hälfte der Vertreter und ihrer Erfahrmänner aus der Verbandsversammlung auszuschleiden haben und durch Ergänzungswahlen ersetzt werden sollen. (Nach den Beschlüssen erster Lesung sollte alle zwei Jahre ein Drittel ausscheiden.)

Abgelehnt wurde ein konservativer Antrag auf Einfügung eines neuen § 23a, der auf Antrag des Staatsministeriums durch königliche Verordnung die Auflösung der Verbandsversammlung vorsieht. Nur die Vertreter der beiden konservativen Parteien stimmten dafür.

Die Beschränkung der Rechte Berlins wurde, wie für die Verbandsversammlung, so auch für den Verbandsausschuß, gegen die Stimmen der Fortschrittler und der Sozialdemokraten bestätigt.

Eine weitere reaktionäre Gestaltung des Gesetzes bezweckte ein konservativer Antrag, der die Mitglieder des Verbandsausschusses — nicht etwa nur Beamte, sondern auch Mitglieder, die in keinem Beamtenverhältnis stehen, dem Disziplinargesetz für Beamte unterstellen wollte. Mitglieder des Verbandsausschusses sollten also aus Gründen, welche die Entfremdung eines Beamten aus seinem Amte rechtfertigen, d. h. wenn sie sich der Achtung und des Vertrauens unwürdig gezeigt haben, im Wege des Disziplinarverfahrens ihrer Stellen entbunden werden können. Mit knapper Mühe gelang es, diesen Vorstoß abzuwehren. Bemerkenswert ist es, daß außer den Konservativen und Freikonservativen auch ein Vertreter des Zentrums dies Attentat mitzumachen bereit war.

Einen Fortschritt bedeutet der neugeschaffene § 31a, wonach dem Verbandsdirektor durch Beschluß der Verbandsversammlung ein fachverständiger Beirat aus Vertretern der Baukunst, des Verkehrswezens, der Volkswirtschaft und des Gesundheitswesens beigeordnet werden kann, der auf Wunsch des Verbandsdirektors oder auf eigenen Antrag gutachtlich gehört werden kann.

In vorgerückter Stunde trat die Kommission noch in die Beratung des § 4, der unter Ablehnung zahlreicher Abänderungsanträge im wesentlichen unverändert blieb.

Gegen das Gesetz im ganzen stimmten die Vertreter der fortschrittlichen Volkspartei und der Sozialdemokratie.

Endlich gelangte noch folgende Resolution zur Beratung:

Die Regierung zu ersuchen, sobald als möglich, jedoch spätestens bei Beginn der nächsten Session, den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, das für die wirtschaftlich zusammenhängenden Gemeinden von Groß-Berlin unter Wahrung ihrer Selbstverwaltung einen nach der Steuerkraft zu bemessenden Ausgleich in den geschuldeten Volksschulden herbeiführt, unter geeigneter Berücksichtigung des Aufwandes für die Schulkinder der mittleren und höheren Schulen, soweit diese Schulkinder sich noch im schulpflichtigen Alter befinden.

Während sich ein Vertreter der fortschrittlichen Volkspartei dagegen aussprach und auch der Kommissar des Kultusministers den hier vorgeschlagenen Weg als bedenklich bezeichnete, erklärte der Vertreter der Sozialdemokratie — vorbehaltlich seiner späteren Stellung zu dem Gesetzentwurf — sein Einverständnis, obwohl die Resolution ihm nicht weit genug geht; er hätte auch eine Regelung des Armen- und Krankenwesens für erforderlich gehalten. Die Resolution selbst wurde angenommen.

Ein Gesetzentwurf, der eine Änderung des § 53 des Kommunalabgabengesetzes für Berlin und Umgegend (Regelung des Verhältnisses zwischen Wohnort- und Betriebsgemeinden) sowie einige Bestimmungen des Inhalts, daß Gemeinden mit mehr als 40 000 Einwohnern, wofern sie im Kreise bleiben, Stadträte annehmen können, wurden der Regierung als Material überwiesen, alle anderen Petitionen wurden für erledigt erklärt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. April 1911.

Das vorsehnlich verteilte Varenfell.

Die Konservativen planen in kurzem Selbstinschätzung ihrer Verbotskraft, bei den nächsten Reichstagswahlen Berlin zu erobern — allerdings nicht allein, sondern unter Mitwirkung der Deutsch-Sozialen und Christlich-Sozialen. Sie haben sich deshalb mit den Hauptern dieser letzteren beiden Parteien in Verbindung gesetzt und nach gründlicher Beratung mit ihnen folgende Verteilung der Mandate vorgenommen: Im 1. und 5. Berliner Reichstagswahlkreise werden die Deutsch-Sozialen den Kandidaten stellen, im 2. und 6. die Konservativen, im 3. und 4. die Christlich-Sozialen. Unter Zugrundelegung dieser Beschlüsse haben die drei vereinigten Parteien im 1. Berliner Reichstagswahlkreis den Gauvorsteher des Deutsch-Nationalen Handlungsgehilfenverbandes, Herrn Oskar Thomas, als Kandidaten aufgestellt, im 4. Wahlkreise den Reichstagsabgeordneten Arbeitersekretär Behrens, während im 6. Reichstagswahlkreise der konservative Provinzialschulsekretär Guid, der 1. Vorsitzende des Bundes der Besoldeten, für die drei verbündeten Parteien kandidiert.

Ueber die Kandidaten in den übrigen drei Kreisen ist man sich noch nicht einig; man will erst noch nähere Umschau nach qualifizierten Männern halten; doch herrscht, wie es heißt, bei einem Teil der Konservativen die Absicht vor, die Zugkraft Elard v. Dönnings, des Ritters von Janschun, in Berlin zu erproben und ihn im Zirkus Wulst auftreten zu lassen.

Unverkennbar muß übrigens werden, daß die Konservativen bei der Ueberlassung von Mandaten an ihre Verbündeten eine große Selbstverleugnung betreiben haben, wollen sie doch im vierten Wahlkreise, auf dessen Eroberung sie ja allerdings mit ganz besonderer Zuversicht rechnen können, für den christlichsozialen Abgeordneten Behrens einstehen, dessen Blatt, die in Warmen erscheinende „Arbeit“, erst jüngst (am 16. April) am Schlusse einer Wahlbetrachtung meinte:

„Die Konservativen sind im Kleinbürgertum und in der Arbeiterschaft im höchsten Maße unbeliebt. Man mag diese Tatsache bedauern, ja auch beklagen, aber wahr bleibt sie doch.“

Daselbe Blatt schrieb schon früher einmal (20. 8. 1910):

„Die konservative Partei ist der breiten Masse des Volkes entfremdet!... Und wie steht es in den Handwerker- und Mittelstandskreisen. Es muß offen ausgesprochen werden, daß man diesen Kreisen nicht immer das nötige Verständnis entgegengebracht hat. Welche Kreise des Handwerker- und Mittelstandes haben den Reichsparteien den Rücken gekehrt. Auch in den Kreisen der kleinen Beamten hat man es verstanden, die konservative Politik unpopulär zu machen. Und daß man auf den Arbeiterstand, besonders auf den Industriearbeiterstand, vollständig verzichtet hat, ist eine sehr bedauerliche Tatsache, die sich noch bitter rächen wird.“

Herr Behrens scheint demnach die Betreffte seiner Bundesgenossen selbst verächtlich niedrig einzuschätzen.

Die Reichseinnahmen in 1910.

Das Reichsfinanzamt veröffentlicht den mit großem Tonlam angekündigten Nachweis, daß die Reichseinnahmen des Rechnungsjahres 1910 weit alle Erwartungen und Hoffnungen übertreffen.

Nach diesem vorläufigen Bericht hat das Finanzjahr 1910 der Reichskasse eine Einnahme von 1481,6 Millionen gebracht, während der Voranschlag diese Einnahmen auf 1441,6 Millionen bezifferte, also eine Mehreinnahme von rund 40 Millionen Mark. Davon sind aber zunächst die 4,4 Millionen Mark abzuziehen, welche die Betriebsauslage auf Brautwein weniger ergeben hat. Es bleiben demnach 35,7 Millionen Mark.

In einzelnen ergibt sich folgendes Bild:

- Die Zölle haben 659,2 Millionen Mark oder 27,3 Millionen Mark über den Anschlag hinaus eingebracht, die Tabaksteuer 11,8 Millionen Mark oder 2,6 Millionen Mark weniger, die Zigarettensteuer 24,3 Millionen Mark oder 0,6 Millionen Mark mehr, die Zuckersteuer 151,1 Millionen Mark oder 3,9 Millionen Mark mehr, die Salzsteuer 60,2 Millionen Mark oder 2,2 Mill. Mark mehr, die Verbrauchsabgabe für Branntwein 157,4 Millionen oder 22,6 Millionen Mark weniger, die Effigilberverbrauchsabgabe 0,6 Millionen Mark oder 0,1 Million Mark mehr, die Schaumweinsteuer 9,8 Millionen Mark oder 0,4 Millionen Mark weniger, die Leuchtmitelsteuer 10 Millionen Mark oder 5 Millionen Mark weniger, die Handwarensteuer 14,1 Millionen Mark oder 0,9 Millionen Mark weniger, die Brausteuer und Uebergangsabgabe von Bier 110,2 Millionen Mark oder 1,3 Millionen Mark weniger, der Spielkartensteuer 1,9 Millionen Mark oder 0,1 Millionen Mark mehr, die Wechselstempelsteuer 18,4 Millionen Mark oder 1,6 Millionen Mark weniger, die Börsensteuer 79,8 Millionen Mark oder 17,3 Millionen Mark mehr, die Lottersteuer 38,8 Millionen oder 3,9 Millionen Mark weniger, der Frachtfuhrdenkmal 16,1 Millionen Mark oder 1,4 Millionen Mark mehr, die Personenschiffsteuer 20,7 Millionen Mark oder 2,1 Millionen Mark mehr, die Kraftfahrzeugsteuer 2,8 Millionen Mark oder 0,8 Millionen Mark mehr, die Lantiermensteuer 5,2 Millionen Mark oder 1,3 Millionen Mark mehr, der Schiffsstempel 3,5 Millionen Mark oder 3,9 Millionen Mark weniger, der Grundstücksübertragungsstempel 42,8 Millionen Mark oder 17,3 Millionen Mark mehr, die Erbschaftsteuer 41,6 Millionen Mark oder 7,6 Millionen Mark mehr und die Statistische Gebühr 1,8 Millionen Mark oder 0,3 Millionen Mark mehr.

Nationale Schmerzen.

Der „Reichsbote“ höhnt gar beweglich darüber, daß die sächsischen Behörden Mühsamkeiten gestattet haben. In Preußen habe man gottlob alle Demonstrationen verboten — „in Sachsen gibt man die Erlaubnis dazu, ja sogar noch mit Musik!“ Was heißen soll, daß in Sachsen die Umzüge mit Musik stattfinden dürfen. Diese Musik aber hat es dem frommen Blatte besonders angetan. Macht es sich doch zur Aufgabe, in einem langen Artikel den „staats-treuen Bürgern“ durch ein ganzes Bündel von Zitaten zu zeigen, wie „blutrünstige Legte“, welcher „Unflut“ zu dieser Musik gesungen werden wird. Die Reminis der sozialdemokratischen Liedertexte ist geradezu erstaunlich. So erstaunlich, daß selbst uns manche der zitierten Strophen völlig unbekannt sind. Einzelne dieser Verse sind so schön, daß wir den „Reichsboten“ selbst im Verdacht der Verfälschung haben. Einiges von dem „Unflut“ freilich stammt von sehr illustren Autoren. Zum Beispiel folgende Strophe:

Ihr fragt erstaunt: Wie mag es heißen?
Die Antwort ist mit festem Ton:
Wie in Oesterreich, so in Preußen
Heißt das Schiff „Revolution!“
Es ist die einzige richtige Fährte —
Drum in See du leder Pirat!
Drum in See, und laßre den Staat,
Die verfaulte, schöne Galerei!

Der „Reichsbote“ weiß offenbar nicht, daß diese Verse keinen Geringeren als Ferdinand Freiligrath zum Verfasser haben! Dafür hat das ebenso literaturkundige wie musikalische Blatt wieder entdeckt, daß diese „wüsten“ Verse der „Arbeiter-Marschall“ angehören und nach der Melodie der Marschallaise gesungen werden! Vielleicht versuchen die Festhüter des „Reichsbotes“, Freiligraths Strophe einmal nach dieser Melodie zu singen!

Wie dem aber auch sei — die Wut des „Reichsbotes“ über die „wunderlichen Capriolen“ der sächsischen Behörden, die solch musikalischen Unflut bilden, ist nur zu begreiflich. Hat doch die patriotische Empörung dieses sozi- und judenfreierischen Blattes schon vor einigen siebzig Jahren ihren schönsten Ausdruck gefunden in den Worten Heinrich Heines:

„Uns fehlt ein Nationalgüthaus!
Und eine gemeinsame Peitsche!“

Rüstet zum Mai!

Die Zusammenfassung der proletarischen Kräfte der ganzen Welt findet in der Maidemonstration der Arbeit ihren gewaltigsten Ausdruck.

Allüberall, wo auf der Erde Proletarietherzen schlagen, erschallt am 1. Mai der millionenfache Ruf nach Völkerverbrüderung, nach Beendigung des blutsaugerischen Wettrennens. Bis an die Zähne bewaffnet stehen sich die Nationen gegenüber; immer neue hunderte Millionen werden dem unerfülllichen Moloch Militarismus geopfert. Gegen diesen unerträglichen Druck schärfsten Protest zu erheben, ist eine der Aufgaben des Arbeitermai.

Allüberall, wo Arbeitsflaven im schweren Joche des Kapitalismus stoen, erschallt am 1. Mai der dringende Ruf nach Arbeiterschutz, nach Verkürzung der Arbeitszeit. Millionen Proletarier sind durch mangelnden Arbeiterschutz, durch übermäßig lange Arbeitszeit Opfer des Kapitalismus geworden. Wir wollen nicht, daß weitere Millionen Männer und Frauen in der Jugendkraft dahinsinken, nur weil es den Herrschenden nicht gefällt, die Arbeit gegen übermäßige Ausbeutung zu schützen.

Völkerrfrieden und Arbeiterschutz sind die hohen Kulturideale, für die die Arbeiterschaft der ganzen Welt am 1. Mai demonstriert.

Rüstet zum Mai!

Zu späte Kritik.

Auch ein bürgerliches Blatt, der Dortmund „General-Anzeiger“, sieht sich jetzt genötigt, die ungläublichen Zustände auf Zeche „Lufas“ für die dort eingetretene traurige Katastrophe verantwortlich zu machen. Das Blatt schreibt:

„Wir haben unter den auf Zeche „Lufas“ beschäftigten Arbeitern Nachforschungen in dieser Hinsicht angestellt, deren Ergebnis keineswegs zugunsten der Zeche spricht. Unsere Gewährsmänner sind, wohlwollend, nicht etwa notorische Heißsporne und Heher, sondern ernste bedächtige Leute, die eher zwei Worte zu wenig als eins zu viel sagen.“

Die Unsumme des Unmutes über die Verhältnisse auf der Grube machte sich schon einmal im November Lust durch den noch in frischer Erinnerung stehenden Streik auf Zeche „Lufas“. Wie damals im Dortmund „General-Anzeiger“ berichtet wurde, kamen in den verschiedenen Belegschaftsversammlungen immer wieder neue Klagen der verschiedensten Art vor, deren Berechtigung allgemein bestätigt wurde. So hieß es in einer Versammlung, die sich auf Zeche „Lufas“ in gewisser Beziehung noch schlimmer als die auf „Radbod“. Namentlich wurde die schlechte Verriegelung erwähnt, in einzelnen Streden liege der Staub fuhhoch. Auf keiner anderen Zeche sei es so schlimm wie hier. In der Grube befänden sich tiefe Hölräume, in denen sich die gefährlichen Wetter angesammelt. Und in diese gefährlichen Gänge schickte man ungelernete Bergleute, die leicht das größte Unglück anrichten könnten.

In einer anderen Versammlung war man sehr erstaunt über die Meldung, daß Herr Berggraf Höchst in der Konferenz mit der Deputation der Belegschaft erklärt habe, auf Zeche „Lufas“ seien die gerügten Mängel nicht vorhanden. Gegen diese Auffassung wandten sich eine Anzahl Redner. Insbesondere erbat man sich von mehreren Seiten, mit Herrn Berggraf Höchst in die Grube zu fahren und ihm Hölräume, Wetteransammlungen, Beweise für chronischen Holzmangel in Menge zu erbringen.

Auf diese Weise soll auch das letzte dem Grubenbrände vorangegangene Unglück entstanden sein, bei dem zwei Knappen in einem Ueberbau von herabfallendem Gestein zerschmettert wurden. Sie hatten, nachdem mehrere andere es abgelehnt hatten, in den offenbaren Tod hineingugehen, nach anfänglichem Widersprechen die Arbeit übernommen und kaum damit begonnen, als das Gebirge zusammenstürzte und die Unglücklichen begrub, die das Tageslicht nicht mehr wiedersehen sollten.

In derselben Stelle im Flöz Kaufmann, am Ber sich dieses Unglück ereignete, ist dann der neuerliche Flözbrand entstanden. Unsere Gewährsmänner glauben ihn darauf zurückzuführen zu müssen, daß infolge der ungeheuren Reibung beim Laden des Gebirges ein Selbstentzündungen der Kohle eingetreten sei. Jedenfalls sei aber der Brand nicht erst am Sonnabend entstanden oder bemerkt worden, sondern es habe das Feuer schon in der Länge gewartet.

Die Grubenleitung war auf das Gefährliche der Lage aufmerksam gemacht worden, aber es mußte erst zu dem großen Unglück kommen, das ein Todesopfer gefordert hat und eine Anzahl opfermutiger Knappen in solche Todesgefahr brachte, daß sie nur unter großen Anstrengungen dem Grabe entziffen werden konnten.

Die Schuld an den Mängeln und an dem Unfall wird von den Bergleuten vor allem dem Betriebsinspektor beigemessen, der bei seinem Bemühen um die Rettung des betäubten Bergmanns selbst den Tod fand. Man bedauert ihn, gewiß, aber man findet einen Fingerzeig des Schicksals darin, daß der Knappe, der doch länger den giftigen Schwaden ausgeatmet war, glücklich gerettet wurde, und der Betriebsinspektor trotz aller Bemühungen dem Brande zum Opfer fiel, — als Einziger. Man nennt ihn ein Opfer seines Systems.

Hätte man, statt die skrupellose Hege gegen die Arbeiter mitzumachen, rechtzeitig seine warnende Stimme erhoben, so wären die Menschenleben gerettet worden!

Bestrafte Prahlucht.

Zu den Blättern, die gern mit ihren guten Beziehungen zu den sogenannten bestunterrichteten Kreisen der höheren Beamten prunken, gehört die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, das Leitblatt der Rhein- und Hilttenbesitzer. Diese Prahlucht hat jedoch dieser Tage dem eschramen Blatt einen niedlichen Reifall bereitet.

In seinem Kampf gegen die eckh-lothringische Verfassungreform brachte jüngst die „Rhein.-Westf. Ztg.“ zwei angeblich aus der Umgebung des Statthalters stammende Artikel, in denen behauptet wurde, in dieser Umgebung halte man die Einverleibung Eickh-Lothringens in Preußen für die einzig mögliche Lösung. Darauf erhoben die Beamten, die allein in Betracht kommen konnten, die Ehrenbeleidigungsklage gegen die verantwortlichen Redakteure der „Rheinisch-Westf. Ztg.“ — und nun erklärten diese vor Gericht:

„... daß die Privatkläger in keiner Beziehung stehen zu den in unseren Blättern vom 5. und 28. Januar 1911 erschienenen Aufschriften, wovon wir die erste als aus der Umgebung des Statthalters stammend, und die letztere als von einer angesehenen Persönlichkeit aus dem bezw. im Statthalterpalais herrührend bezeichnet haben. Wir bedauern, durch diese Behauptung und Bezeichnung die Herren Privatkläger in den ungerechtfertigten Verdacht der Urheberchaft gebracht zu haben.“

Die Beklagten zahlen die Kosten und 200 M. zu einem wohlthätigen Zweck. Damit ist festgestellt, daß dieses Blatt, das sich stets besonders guter Beziehungen rühmt, glatt gesunken hat. Die „angesehenen“ Strohburger Persönlichkeiten aus der Umgebung des Statthalters haben offenbar ihren Sieg in Essen.

Rothsichere Reichsverbändler.

Das Dresdener Polizeipräsidium hat bekanntlich den von unseren Parteigenossen geplanten Umzug mit Musik am 1. Mai gestattet. Diese „staatsgefährliche“ Tat hat die sächsischen Reichsverbändler, wie es scheint, in höchstem Maße aufgebracht, denn die Ortsgruppe Dresden des eschramen Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie hat einstimmig beschlossen, ein Protestschreiben an die Polizeibehörde zu richten, in dem es heißt:

„Ein solches Entgegenkommen gegenüber einer ausgesprochenen staats- und gesellschaftsfeindlichen Demonstration hätte der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie um so eher vermiehen gehofft, als die damit verbundene Beunruhigung, sowie der Eindruck, den dies Vorkommnis zweifellos auch nach außerhalb machen wird, angeht die der nahe bevorstehenden Eröffnung der Sughene-Ausstellung sowohl auf die Bürgerchaft, wie namentlich auf den allgemein erhofften Ruf nach Gütien in empfindlich nachteiliger Weise zurückwirken könnte. Aus nationalen Gründen erscheint wohl der Wunsch durchaus gerechtfertigt, daß in allen deutschen Großstädten eine gleichartige Auffassung und Behandlung derartiger Demonstrationen Platz greift und dieselben unter allen Umständen zu verbieten sind. Die Unterzeichner würden es daher freudig begrüßen, wenn, sofern die Jurisdiktion obigen Beschlusses untunlich erscheint, mindestens alle diejenigen vorbedingenden Maßregeln getroffen werden, welche jene in- und außerhalb Dresdens zu bevorstehenden Konsequenzen des Waiunges in voraus auf das Mindestmaß einzuschränken geeignet sind und in Zukunft der revolutionären Sozialdemokratie derartige Zugeständnisse überhaupt nicht mehr gemacht werden mögen.“

Allem Ansehen nach verwachten die Dresdener Reichsverbändler die Hygiene-Ausstellung mit einer Rindvieh-Ausstellung und nehmen infolgedessen an, daß sie vorwiegend von Landbändlern besucht werden wird, die ebenso rothsichere sind wie ihre Däfen.

Gegen die Verschlechterung des Verfahrens in Unfallsachen.

wenden sich in einer vom Landeshauptmann der Provinz Posen dem Reichstag zugesandten Eingabe auch die deutschen Landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen. Sie erklären, daß die Verschlechterung des Rechtszustandes, sowohl für die Rentenbewerber wie für die Berufsgenossenschaften eine wesentliche Verschlechterung des bestehenden Rechts bedeutet und daher vom Standpunkt beider Teile unannehmbar ist. Aber der schwarz-blau-nationalliberale Block tritt mit Feuereifer für Durchpeisung des Ausnahmegesetzes ein, eben weil es die Rechte der Arbeiter nahezu aufhebt.

Durchpeisung der Reichsversicherungsordnung.

Die Art, wie die Reichsversicherungsordnung parlamentarisch durchgepeist werden soll, ist direkt ein Skandal. Am Mittwoch ist die Kommission zusammengetreten, um die Berichte festzustellen. Dieser Bericht besteht aus sechs Bänden, die zum Teil einen Umfang von 250 bis 300 Seiten haben. Im günstigsten Falle kommen diese Berichte am Sonntag in die Hände der Reichstagsabgeordneten. Am Mittwoch, spätestens aber Donnerstag, beginnt bereits die Beratung im Plenum des Reichstages. Die Geschäftsordnung des Reichstages bestimmt, daß die zweite Lesung eines Gesetzentwurfes frühestens zwei Tage nach der Verteilung des Berichtes der Kommission stattfinden kann. Man hatte bei der Schaffung dieser Bestimmung natürlich keine Berichte im Auge, die ein wochenlanges Studium erfordern, wenn sie gründlich durchgearbeitet werden sollen. Die Mitglieder des Reichstages haben in ihrer überbotenden Mehrheit aber gar keine Möglichkeit, die Berichte vor der Beratung auch nur einfach durchzulesen. Je weniger Abgeordnete die ganze Materie beherrschen, desto angenehmer ist das für die Mehrheitsparteien. Das böse Gewissen treibt sie zu rascher Arbeit, die volksfeindlichen Einzelheiten sollen den Massen möglichst überraschend kommen. Fortgesetzt weiß die bürgerliche Presse auf die Bedeutung dieses Gesetzes hin, eine Bedeutung, die wie gar nicht bestritten; gerade deshalb aber muß gegen diese skandalöse Durchpeisung mit allem Nachdruck protestiert werden.

Medlenburger Volksschullehrer-Verhältnisse.

Die Domansiallehrer in Medlenburg-Schwerin sollen endlich die angekündete Gehaltssteigerung erhalten. Die schon im November vorigen Jahres in Aussicht gestellte Aufbesserung wird am 1. Juli dieses Jahres in Kraft treten. Die Anfangsbezahlung wird von 1100 auf 1300 M. erhöht; dazu kommen Alterszulagen von 100, 300, 500, 700, 800, 900, 1000 und 1100 M. nach 3, 6, 9, 12, 16, 20, 24 und 28 Jahren. (Bisher 7 Alterszulagen von je 100 M. nach 3, 6, 10, 14, 18, 22 und 26 Jahren.) Das Gehalt der unterbezahlten sogenannten zweiten Lehrer ist von 800 auf 1000 M. erhöht.

Landtagswahl in Goldap.

Bei der heute erfolgten Landtagswahl im Bezirk 4 Gemeinden wurden insgesamt 336 Stimmen abgegeben. Davon erhielten Gustav Meißner (Fam.-Niederw.) 345 und Landwirt Böttcher-Edelmann (lib.) 11 Stimmen. Ersterer ist mithin gewählt.

Schweiz.

Wahlen im Kanton Zürich.

Zürich, 26. April. (Fig. Ver.) Die Stimmberechtigten des Kantons Zürich haben am nächsten Sonntag, den 30. d. Mts., die Regierung und den Kantonsrat neu zu wählen. Die Wahl der sieben Regierungsräte vollzieht sich ohne Kampf, da keine Gegenkandidaten aufgestellt sind. Der 75-jährige Demokrat Dr. Stöbel, der sich immer mehr nach rechts entwickelte und sich so die Sympathien der Arbeiterschaft, die er früher in reichem Maße besaß, völlig verlor, wird interessanterweise nur von den rechts-extremen Bürgerverbänden bekämpft, aber auch nur platonisch, da sie ihm keinen Gegenkandidaten gegenüberstellen. Sie greifen ihn aus guten demokratischen Gründen an, indem sie erklären, daß er seiner Aufgabe nicht mehr gewachsen und diese wichtige Amtsstelle keine Versorgung politischer Invaliden ist. Diese an sich durchaus richtige Begründung erschöpft aber offenbar die „Gründe“ der Bürgerverbände nicht, denn wenn Stöbel „liberal“ und den Bürgerverbänden näherstünde, würde ihm seine Invalidenität mit christlicher Nächstenliebe nachgesehen werden.

Unangefochten ist auch der einzige sozialdemokratische Vertreter in der Regierung, unser Genosse Ernst, der gegenwärtig der Chef des Erziehungsdepartements ist und früher jahrelang mit Erfolg das Finanzwesen leitete.

Ein liberaler Regierungsrat, Meuler, ein sehr fortschrittlich gefinnter Politiker, tritt aus Gesundheitsrücksichten vom Amte zurück und wird ersetzt durch den reaktionären, arbeiterfeindlichen Aboloten Dr. Keller in Winterthur.

Im Zeichen des Kampfes vollziehen sich die Kantonsratswahlen, insoweit die Sozialdemokraten Kandidaten aufstellen, denn die Bürgerlichen, mit Ausnahme der Christlichsozialen, sind auf der ganzen Linie einig. Da die Mitgliederzahl des Kantonsrates von 243 auf 219, um 24, reduziert wurde, müssen manche Kleber mit schwerem Herzen den lieb gewordenen Sessel verlassen, so daß ein tragikomisches Moment im Wahlkampf mitspielt. Unsere Partei war bisher durch 39 Abgeordnete im Kantonsrat vertreten, wovon allein 27 auf Auserwahl, wo sie die große Mehrheit hat, entfielen; die übrigen zwölf verteilten sich auf weitere fünf Wahlkreise. Gegenwärtig ist aus tatsächlichen Gründen noch nicht in allen Wahlkreisen von unserer Partei Stellung genommen; soweit es geschehen, wurden in acht Wahlkreisen 59 Kandidaten aufgestellt, wovon allein 28 in Auserwahl, das einen Vertreter mehr zu wählen hat. Die Wahl von 39 der 59 sozialdemokratischen Kandidaten ist so gut wie sicher.

Mit den Sozialdemokraten zusammen gehen, entweder infolge direkter Vereinbarung, wie in Winterthur, oder aus allgemeinen prinzipiellen Gründen als Anhänger des Proporz, die Christlichsozialen, die beschloßen haben, keinem Anhänger des Systems des absoluten Mehrs ihre Stimme zu geben. Inwieweit sie zugunsten unserer Partei in einigen Wahlkreisen das Ergebnis zu beeinflussen vermögen, bleibt abzuwarten.

Fest steht indes schon heute die Tatsache, daß unsere Partei, auch wenn sie nur wieder die gleiche Vertreterzahl sollte in den Kantonsrat entsenden können, relativ mehr Bedeutung und Einfluß erlangen wird als im verflochtenen Kantonsrat, weil eben dessen Mitgliederzahl reduziert ist. Es ist aber auch möglich, daß 50 und noch mehr unserer Kandidaten gewählt werden.

Auf jeden Fall darf man mit Spannung dem nächsten Sonntag entgegensehen.

Frankreich.

Die Gesellschaften und die Eisenbahnen.

Paris, 27. April. Die „Société de Paris“ meldet, haben nunmehr auch die Gesellschaften der Paris-Dion-Moditeranne-Bahn und der Südbahn dem Minister mitgeteilt, sie könnten seiner Aufforderung zur Wiederaufstellung der entlassenen Eisenbahnen nicht nachkommen. Sobald die Antworten aller Gesellschaften eingetroffen sein werden, wird das Ministerium über die hierdurch geschaffene Lage beraten.

Marokko.

Der Vormarsch.

Casablanca, 27. April. (Melung der „Agence Havas“.) Die Kolonne Duval hat ihre Fortsetzung bei Su Julla beendet. Sie besteht aus drei Bataillonen, einer Eskadron, zwei reitenden Batterien, zwei Jügen Gebirgsartillerie, einem Zuge Wirtskesseln und dem dazu gehörigen Train. Die Gesamtstärke beträgt über dreitausend Mann. — Man denkt an die Möglichkeit, aus Mannschaften der Kriegsschiffe bei Melubia eine Landungsabteilung aufzustellen.

Die Wirkung des Abenteuerers.

Daß das koloniale Abenteuer in der inneren Politik nur der Reaktion zugute kommen kann, führt Maurès in der „Humanité“ aus. Er schreibt:

„Wir treten in ein furchtbares Abenteuer ein. Es wird durch eine plumpe Ablenkung den Interessen des Rückwärts in Frankreich dienen. Denn die schwachen radikalen Regierungen, die durch ihre marokkanische Politik die Gefangenen der gemäßigten Gruppen werden, können nicht die doppelte Last einer Politik der Reformen und einer Politik der Eroberung tragen. Sie werden binnen kurzem zwischen zwei Feuer geraten. Und in Europa steigert sich das Unbehagen. Auch über diesen Punkt sagt man Frankreich nicht die ganze Wahrheit.“

Australien.

Eine rückwärtige Entscheidung.

Mittwoch fand eine wichtige Volksabstimmung statt. Es handelte sich darum, die gesamte industrielle Gesetzgebung einschließlich der Errichtung eines Schiedsgerichts zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Arbeitgeber, auch wenn diese auf einen einzelnen Staat beschränkt sind, aus den Händen der Einzelstaaten zu nehmen und an die Commonwealth (den Bundesstaat) zu übertragen, sowie um eine Verschärfung der Bundesgesetzgebung gegen Handels- und Industriemonopole. Soweit sich bisher übersehen läßt, sind beide Vorschläge mit überwiegendem Mehrheiten abgelehnt,

und zwar der eine mit 428 900 gegen 209 400, der zweite mit 340 543 gegen 238 042 Stimmen. Das Resultat bedeutet eine Niederlage der Bundesregierung und der Arbeiterpartei. Das Bundesparlament hatte mit großer Mehrheit beide Gesetzesvor schläge angenommen; da diese aber eine Änderung der Verfassung in sich schloßen, mußten sie dem Referendum unterbreitet werden. Die Gesamtheit erwies sich leider reaktionärer als ihre Vertreter.

Amerika.

Die Polizeikampagne gegen die Gewerkschaften.

New York, 26. April. Die drei Männer, die im Zusammenhang mit der Explosion von Los Angeles verhaftet wurden, werden heute abend in Los Angeles erwartet. Die Arbeiterverbände haben in den letzten Tagen im ganzen Lande eine lebhafte Agitation entfaltet und behaupten, die Verhaftungen seien das Ergebnis eines schlaue eingeschickten Anschlags des Kapitals gegen die Arbeiter. Die Gewerkschaften von New York sammeln einen Verteidigungsfonds von 200 000 Dollars, zu dem die Arbeitergewerkschaften des ganzen Landes beizutragen sich verpflichtet haben.

Die Angelegenheit wurde heute durch den Sozialisten Berger vor das Repräsentantenhaus gebracht, der eine Untersuchung durch den Kongreß verlangte.

Aus der Partei.

Politische Plakate.

Die Stettiner Polizei hat sich im Kampf gegen den Ansturz neuer Vorbeeren erworben. Sie verbot nicht nur einen Märsch, sondern nunmehr auch das Ankleben eines Märschplakats an die öffentlichen Anschlagstafeln. Das Staatsgefährliche Plakat forderte allerdings nur zur Teilnahme an einem Ausflug am Vormittag des 1. Mai und zum Besuch von sonstigen Veranstaltungen am Nachmittag und Abend des gleichen Tages auf. Eine Ankündigung von Demonstrationen enthielt der Plakattext nicht. Trotzdem erhielt die Märschkommission folgendes Schreiben des polizeilichen Plakatzensors:

Auf die im Auftrage des Gewerkschaftsartells und der sozialdemokratischen Wahlvereine Stettin und Wandow-Greifenhagen an mich gerichtete Anfrage betreffend den öffentlichen Anschlag eines „Märschplakats“ über die öffentlichen Plakate vom 22. d. Mts. erwidere ich ergebenst, daß das vorgelegte Plakat nicht lediglich eine Ankündigung über öffentliche Vergünstigungen enthält, sondern nach seiner Ueberschrift und dem auf den Vormittag des 1. Mai bezüglichen Teile, wie das gestern in Stettin zur Verteilung gelangte Flugblatt „Auf zur Märschfeier“ und von der Märschkommission gestellte, inzwischen abgelehnte Antrag auf Genehmigung eines öffentlichen Aufzuges der Märschdemonstranten beweisen, als ein Anschlag auf politische Anschläge angesehen werden muß. Derartige Anschlagzettel und Plakate dürfen nach § 9 des preussischen Preßgesetzes vom 12. Mai 1831 (Gesetzsammlung Seite 273) nicht angeschlagen, angeheftet oder in sonstiger Weise öffentlich ausgestellt werden.

Daß der Charakter eines Plakats nicht von seinem Text, sondern von verteilten Flugblättern und abgelehnten Anträgen abhängig ist, ist eine Entdeckung, auf die man in Stettiner Polizeipräsidium stolz sein kann. Daß tatsächlich das Flugblatt für die Verteilung des Plakatzettes ausschlaggebend war, wird allerdings auch durch den Umstand belegt, daß im Vorjahre der mit Ausnahme des Datums und Benennung einiger Lokale völlig gleichartige Plakatzettel von demselben Assessor anstandslos freigegeben wurde.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ein abstinenzfeindlicher Wikar.

Wegen Verleumdung eines katholischen Wikars wurde der Redakteur der „Märkischer Volkszeitung“, Genosse Gustav Hammer, vom Schöffengericht Hünningen (Mos.) zu 5 M. Geldstrafe und den Kosten des Verfahrens verurteilt. Auch auf diese minimale Strafe wurde erst nach fünfviertelstündigem Verweilen des Gerichtshofes im Beratungszimmer erkannt. Es handelt sich um eine Korrespondenz aus Hünningen, in welcher erzählt war, daß der Wikar in der Christenlehre (vor Schulkindern) sich in schwer verletzender Weise über die Abstinenzbewegung lustig gemacht habe; der Wahrheitsbeweis gelang vollständig und die Verurteilung erfolgte lediglich wegen formaler Verleumdung.

Soziales.

Krankenkassenkongresse.

Wie wir bereits am 4. d. M. mitteilten, findet am 29. April um 9 Uhr vorm. im Gewerkschaftshaus ein Hilfskassenkongreß statt. Am 30. April um 10 Uhr vormittags ein Krankenkassenkongreß in der „Neuen Welt“, Hafenstraße, statt. Bereits am 27. April tagt ein Krankenkassenamtenrat im neuen Saale der „Neuen Welt“. Die Tagesordnung dieses Kongresses befaßt sich mit der Stellungnahme zum Kassenangelegenheitsrecht in der Reichsversicherungsordnung und zu dem Anschlag auf die Rechte der Angestellten im Einführungsgezet zur Reichsversicherungsordnung.

Selbständiger Unternehmer oder versicherungspflichtiger Arbeiter?

Der Bandagenmacher Karl V. erlitt am 20. November 1909 durch Betriebsunfall eine Verletzung der linken Hand. Da der Unfall erhebliche Folgen hinterlassen hatte, erhob V. bei der Reichsdeutschen Holz-Berufsgenossenschaft Anspruch auf Entschädigung. Dieser wurde jedoch zurückgewiesen, da V. von der Genossenschaft als selbständiger Unternehmer angesehen wurde, der nicht zu den versicherungspflichtigen Personen gehöre. V. habe auch als Unternehmer nicht Selbstversicherung beantragt.

Die Stellung der Genossenschaft stütze sich auf folgende Tatsachen: zehn Holzarbeiter, darunter V., schloßen am 27. Juni 1906 einen Gesellschaftsvertrag und errichteten eine Tischlerei. Gewinn oder Verlust sollte gemeinschaftlich getragen werden. Der Mietvertrag wurde von allen zehn Gesellschaften unterschrieben. V. übernahm es, der Genossenschaft von der Errichtung der Werkstätte Kenntnis zu geben, wie er auch zunächst seinen Namen für das Unternehmen hergab. Am 7. Januar 1910 wurde die Fabrik als E. G. m. b. H. in das Genossenschaftsregister eingetragen.

Gegen den den Anspruch des V. zurückweisenden Bescheid der Genossenschaft legte derselbe Berufung beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung, Stadtfeld Berlin, ein, welches jedoch die Berufung zurückwies. Auch das Reichsversicherungsamt verneinte auf eingehenden Rekurs die Entschädigungspflicht der Genossenschaft.

Aus der Entscheidung seien des allgemeinen Interesses wegen folgende Sätze wiedergegeben:

Nach der ständigen Spruchpraxis des Reichsversicherungsamts hat bei einem derartigen gemeinschaftlichen Unternehmen jeder Teilhaber im Hinblick auf den § 28 Abs. 3. U. S. G. Versicherungspflicht als Unternehmer zu gelten, da der Betrieb auf seine Rechnung erfolgt. Dieser Grundsatz ist im vorliegenden Falle auf den Kläger anzuwenden; wenn er den Unfall vom 20. November 1909 beim Bedienen der Handgäge erlitt, so war er zu dieser Arbeit gleich den anderen Gesellschaftern allein durch den Vertrag vom 27. Juni 1906 verpflichtet und hand dabei nicht etwa auf Grund eines besonderen Vertragsverhältnisses der Gesamtheit der anderen Teilhaber als Arbeiter gegenüber. Die Stellung als Unternehmer trat bei dem Kläger um so deutlicher

in Erscheinung, als gerade er es war, der das Unternehmen, für dessen Firma er seinen Namen gegeben hatte, nach außen hin vertrat.

Kläger wurde also als Betriebsunternehmer und nicht als versicherungspflichtiger Arbeiter angesehen. Bei der Beurteilung des Falles schied die Frage, ob V. tatsächlich „Unternehmergewinn“ erzielt hatte, vollständig aus. Wir sind der Ansicht, daß bei derartigen Verhältnissen die Frage, ob Gewinn erzielt wurde, eine große Rolle spielt, da sonst eine ganze Reihe von Personen als nicht versicherungspflichtig angesehen werden wird.

Ungültigkeit der Konkurrenzklausein minderjähriger Gewerkschiffen.

Willenserklärungen Minderjähriger bedürfen grundsätzlich nach dem bürgerlichen Gesetzbuch zu ihrer Gültigkeit der Zustimmung des gesetzlichen Vertreters des Minderjährigen. Eine Ausnahme macht § 113 des bürgerlichen Gesetzbuchs, wonach der Minderjährige, wenn ihn der gesetzliche Vertreter ermächtigt in Dienst oder Arbeit zu treten, für solche Rechtsgeschäfte unbeschränkt geschäftsfähig ist, welche die Eingehung oder Aufhebung eines Dienst- oder Arbeitsverhältnisses der gestatteten Art betreffen. Dies wird von der herrschenden Meinung unrichtigerweise so aufgefaßt, als ob der Minderjährige sich auch wirksam ohne Zustimmung des gesetzlichen Vertreters Vertragsdräsen und Konkurrenzklausein unterwerfen könne. Im Gegenwärtigen zu dieser unrichtigen, im Arbeiterrecht § 56 an der Hand der Motive befaßten Ansicht steht ein jüngst von der Abteilung 7 des Amtsgerichts Berlin-Mitte (Amtsgerichtsrat Samter) erlassenes Urteil:

Die damals 17-jährige Beklagte war bei der Klägerin, der Firma Schindler u. Co., gegen ein monatliches Gehalt von 30—35 M. als Gewerdegewinn angestellt. Eines Abends wurde sie in das Büro des Prinzipals gerufen, um dort, ohne daß ihr Gelegenheit geboten war, sich mit ihrem Eltern zu besprechen, einen Schein zu unterschreiben, der sie verpflichtete, zwei Jahre nach ihrem Austritt aus der Firma der Klägerin bei zwei namhaft gemachten Konkurrenzfirmen keine Stellung anzunehmen, und zwar bei Vermeidung einer Konventionalstrafe von 200 M. Die Beklagte trat jedoch später bei einer der beiden Konkurrenzfirmen in Stellung und Klägerin klagte daraufhin die Konventionalstrafe ein, indem sie sich auf den Revers und auf § 118 U. G. stützte. Rechtsanwalt Dr. Siegfried Weinberg, der die Beklagte vertrat, führte demgegenüber aus, daß der Revers ungültig sei. Der § 118 erstrecke sich nur auf die Eingehung oder Aufhebung von Arbeitsverhältnissen der gestatteten Art, greife also nicht das Versprechen einer Konventionalstrafe in sich. In den Motiven sei ausdrücklich ausgesprochen, daß die Worte „der gestatteten Art“ herzustellen sollen, daß der Minderjährige nicht befugt sei, einen Vertrag einzugehen, dessen Inhalt ihm Verpflichtungen auferlegt, die über die Natur der Dienst- oder Arbeitsverhältnisse hinausgehen und welchen wegen ihrer Schwere oder Eigenart im voraus zustimmen der Vertreter nicht beabsichtigt haben kann. Zudem sprächen dieselben rechtspolitischen Erwägungen, die in § 74 des Handelsgesetzbuches zur Nichtigkeitserklärung von Konventionalstrafversprechen minderjähriger Handlungsgehilfen geführt hätten, im vorliegenden Falle für die Nichtigkeit des Reverses. Derselbe verfolge nach Lage der Dinge gegen die guten Sitten. Auch sei die Strafe unbillig und unzumutbar. Das Gericht schloß sich diesen Ausführungen an und erkannte auf Abweisung der Klage.

Aus Industrie und Handel.

Der Pulvertrust.

Auf der Tagesordnung der Aktionärsgeneralversammlung der Vereinigten Köln-Rottweiler Pulverfabriken steht ein Antrag auf Verlängerung der Kartellverträge. Damit wird die Öffentlichkeit wieder einmal an einen Trust erinnert, der seinerzeitlichen such. Die Herstellung und der Verkauf von Kriegsmaterialien ist ja von jeher ein lukratives Geschäft gewesen. Die Krupp, Maxim, Armstrong, Gloda und wie sie alle heißen, haben an dem Kriegsbedarf der Völker schöne Verdienste gehabt und werden es vorläufig wohl auch noch weiterhin haben. Heute, wo sich alles ändert und verzieht, sind die Pulverfabriken natürlich nicht zurückgeblieben, sie bilden ein Musterbeispiel der organisierten Staatenlunberei, wie es drastischer gar nicht gefunden werden kann.

Die Vereinigten Köln-Rottweiler Pulverfabriken stehen unter anderem in einem Kartellverhältnis zu den Pulverfirmen Dramer und Buchholz, Pulverfabriken m. b. H. in Königsfeld und Hannover, sowie mit Wolff u. Co. in Walsrode. Diese drei Firmen mit ihren weiteren Verbindungen sind als sogenannte deutsche Pulvergruppe bekannt. Sie stehen wieder mit der sogenannten Sprengstoffgruppe — dies sind alle zur Nobel Dynamite Trust Co. Ltd. gehörigen Dynamitgesellschaften — im Kartellverhältnis. Mit dem amerikanischen Pulvertrust ist ebenfalls eine Vereinigung geschlossen worden. Dieser Weltpulvertrust soll aber angeblich schon seit 1906 wieder aufgelöst sein. Dem steht aber entgegen, daß noch 1909 in den Vereinigten Staaten die Bundesregierung gegen diese Vereinbarung mit dokumentarischen Tatsachen, natürlich ohne Erfolg, ankämpfte. Damals kam das allerinteressanteste Vertragsmaterial zutage. Es besteht demnach eine geheime Abmachung zwischen dem amerikanischen Pulvertrust, der deutschen Pulver- und der englischen Dynamitgruppe. Die beiden letzteren haben mit dem zuerst genannten eine auf zehn Jahre laufende Interessengemeinschaft geschlossen. Der amerikanische Trust verpflichtet sich dabei, innerhalb der Vertragszeit keine Fabrik auf dem europäischen Festland zu bauen. Eine im deutschen Auszuge in Jamesburg N. J. im Bau befindliche Zündhütchenfabrik blieb damals unbenutzt. Als Gegenleistung übernahmen die amerikanischen verbundenen Gesellschaften die Verpflichtung, jährlich 5 Millionen Zündhütchen von der Rheinisch-Westfälischen Sprengstoffgesellschaft zu übernehmen.

Der Vertrag bietet auch noch in vieler anderer Hinsicht Interessantes. So besteht ein Pakt, daß die den kartellierten Firmen verboden ist, bei Regierungsarbeiten den Preis, welchen eine andere mitvereinigte Firma verlangt, zu unterbieten. Die Regierungen müssen eben zahlen, was verlangt wird. Damit ein Staat nicht auf die Idee kommt, sich bei der ausländischen Konkurrenz einzubeden, hat man vertraglich die Erde verteilt. Für die amerikanischen Gesellschaften wurde Nord- und Südamerika reserviert, die übrige Welt, mit Ausnahme von Kanada und Westindien, wo freie Konkurrenz herrschen soll, blieb den europäischen Fabriken zur Versorgung und Ausbeutung vorbehalten. Welche Summen dabei verdient werden, läßt sich überhaupt nicht feststellen. Sie sind auf jeden Fall enorm. Zumal gerade die Pulver- und Sprengstoffproduktion auf einer außerordentlich hohen Stufe steht, wird doch alljährlich ein riesenhaft tüchtiger Intelligenz zu nichts weiter gehalten, als die Produktionsverfahren zu verbessern und so die ganze Sprengstoffindustrie immer rentabler zu machen. Der Vorsitzende der Nobel Dynamite Trust Company erklärte einmal in einer Generalversammlung dieser Gesellschaft ganz offen, daß es durch systematische Arbeit gelungen wäre, die Produktionskosten auf das niedrigste Minimum herabzusetzen, während der Absatz durch kluge Kartellpolitik gesichert sei. Fast genau vor zwei Jahren stellte er verhängnisvoll fest, daß die „kurzlich vorhanden gewesene Erziehung der europäischen politischen Verhältnisse die Kartellfrage bei Gesellschaften, an denen wir interessiert sind, verstärkt hat.“ Wer denkt da nicht an jene Simplicissimuszeichnung, wo Krupp, schmunzelnd über dem Weltkrieg sitzend, meint: „Alles meine Kunden!“

Wenn jetzt die deutsche Pulvergruppe ihre Kartellverträge erneuert, was ohne weiteres anzunehmen ist, so ist dies auch mit ein Beweis dafür, daß die angeblich schon seit 1906 nicht mehr existierenden internationalen Abmachungen in irgendeiner Form noch bestehen. Dies wird im besonderen durch die Tatsache bekräftigt, daß von einem internationalen Wettkampf der Pulver- und Dynamitfabriken, der sonst bemerkbar sein müßte, nichts bekannt ist. Ja, Einigkeit macht stark, zumal wenn es aus Australien des

Gegen die antioziale Ausgestaltung der Reichsversicherungsordnung

protestierte gestern Abend die Arbeiterschaft von Groß-Berlin in 17 bis auf den letzten Platz gefüllten Versammlungen. Ein spärlicher, aber häufiger und widerlicher Regen, dessen Ende man gern zu Hause abgewartet hätte, hinderte in einigen Lokalen die frühzeitige Füllung und damit den Beginn der Versammlung. Als aber der Himmel absolut kein Einsehen haben wollte, machten Männer und Frauen sich dennoch auf den Weg und füllten nun bald die Versammlungsräume bis auf den letzten Platz. Wohin wir auch auf unserer Fahrt nach den verschiedenen Stadtteilen kamen, um einen Blick in die Versammlungen zu werfen, überall stießen wir auf eine dicht gedrängte Masse, welche zum großen Teil stehend den Worten der Referenten aufmerksam lauschte.

Es war gewissermaßen die Elite der Berliner Arbeiterschaft, die da versammelt war. Es waren die, welche in den Organisationen der Gewerkschaften und der Partei schon jene Schulung genossen hatten, die sie erkennen ließ, welche über den Rahmen der Sozialgesetzgebung weit ins Politische hinübergreifende Bedeutung der gegenwärtigen Krise einer Neugestaltung der Reichsversicherungsordnung hat. Folgt doch der schwarze Block bei seinem gegenwärtigen Versuch zur Entrechtung der Arbeiterklasse nur den Wünschen, welche aus Scharfmacherkreisen so und so oft laut geworden sind. Findet dieser Entrechtungsversuch nicht eine Arbeiterschaft, die sich energisch dagegen wehrt, so besteht Gefahr auch für die übrigen Rechte des Proletariats. Dann gewinnt die Reaktion den Mut, gegen das von den Scharfmachern nicht minder angefeindete Koalitionsrecht und gegen die wenigen vorhandenen politischen Rechte Sturm zu laufen.

In ihrer Beurteilung des dem Reichstage vorliegenden Entwurfes waren alle Versammelten sich einig, so daß überall einstimmig die nachfolgende Resolution angenommen wurde:

Der Entwurf der Reichsversicherungsordnung, der dem wieder zusammentretenden Reichstag zur Annahme vorliegt, beschränkt die ohnehin schon recht spärlichen Rechte der versicherten Arbeiter und Arbeiterinnen in der unerträglichsten Art und Weise.

Große Schichten der Bevölkerung bleiben nach wie vor von der Versicherung ausgeschlossen, die Verfolgung der Rechtsansprüche Unfallverletzter sind aufs härteste erschwert, die Witwen- und Waisenrenten werden auf einen Satz normiert, der zur allernächsten Lebensnotdurft niemals ausreicht, die Witwenrente soll nur invaliden Witwen zuteil werden und verliert damit fast jede Bedeutung für die arbeitenden Klassen.

Neben zahllosen weiteren Verschlechterungen der bestehenden Zustände wird die Verwaltung der Krankenkassen und aller Versicherungsinstitutionen den Arbeitnehmern völlig entwunden. Die hohen Beiträge und der Zweidrittelanteil der Arbeiter bleiben, das Mitbestimmungsrecht der Versicherten aber wird in schänder Weise eskamotiert und an die Behörden ausgeliefert.

Mit Entrüstung protestieren die Versammelten gegen den neuen Versuch, die deutsche Arbeiterschaft noch mehr zu entrechteten und zu verzwanglichen.

Die Versammlung ruft alle gerecht und billig denkenden Elemente des Volkes, jeden freiheitlich Fühlenden zum nochmaligen Protest gegen den schamlosen Entwurf auf, welchen der schwarze Block im Bunde mit den Scharfmachern dem deutschen Volke zu bieten wagt.

Die Anwesenden verpflichten sich insgesamt zu energischem Kampfe gegen die jegliche volksfeindliche Reichstagsmehrheit, sie versprechen, nicht eher zu ruhen und zu rasten, bis der Wille der Arbeiterschaft durch die Wahl sozialdemokratischer Abgeordneter zur Geltung gebracht wird.

Die Versammelten erblicken in der Stärkung der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen und im Lesen der Arbeiterpresse den ersten Schritt zur Durchführung des wahren Volkswillens, sie werden unablässig wirken und agitieren, die Freunde dieses Entwurfes der Reichsversicherungsordnung aus allen gesetzgebenden Körperschaften zu entfernen.

Die Polizei war überall vertreten, ohne jedoch durch eine große Zahl von Beamten in die Augen zu fallen. Zur polizeilichen Absperzung kam es auch unseres Wissens nur in den Pharus-Sälen, wo Genosse Link vor 2000 Personen sprach. In den Germania-Sälen waren Saal und Galerie derart gefüllt, daß man etwa 3000 Personen zählte. Dort sprach Genosse Eichhorn. In der Concordia referierte Genossin Zieg vor 1200 Personen. Im Gewerkschaftshaus mußte man durch Zusammenrücken etwas gewaltsam Platz für die Menge schaffen, die aufmerksam den Worten des Genossen Koblenzer lauschte. Im 2000 Personen fassenden Saale der Vorkammer sprach Genosse Trüner.

Auch in den Vororten hat man anscheinend von dem sonst üblichen Polizeiaufgebot abgesehen. Der uns zugegangene Bericht aus Charlottenburg, wo Genosse Stüde vor 1000 Personen sprach, stellt dies für die dortige Versammlung ausdrücklich fest. In dieser Versammlung sprach auch ein Demokrat. In Schöneberg referierte vor 750 Personen der neugewählte Abgeordnete Büchner. Weitere Berichte erhielten wir aus Bankow, Lichterberg, Rummelsburg, Treptow und Köpenick, wo die Genossen und Genossinnen Kollenbühr, Cohn, Robert Schmidt, Kürnberg und Hanna referierten. Auch in den nicht genannten Orten dürfte die Demonstration einen ähnlichen Verlauf genommen haben, so daß man die Zahl der Teilnehmer an dieser Protestaktion unter Berücksichtigung der Größe der Berliner Lokale auf etwa 20 000 schätzen kann.

80 Proz. aller Arbeiter ausmachen, sehr wichtig, da der Stundenlohn bisher für die Affordkalkulation eine große Rolle spielte und auch für die Entschädigung der Uebergeitarbeit und des Fehlusses in Betracht kommt.

Wenn die Arbeiter das Erreichte sich zu erhalten suchen, werden die jetzt erhöhten Löhne ganz von selbst Mindestlöhne werden. Genau so steht es mit der vertraglichen Bindung. Der Bestand der Zugeständnisse hängt auch bei vertraglicher Bindung wesentlich vom Verhalten der Arbeiter ab.

Berlin und Umgegend.

Der Arbeiterinnenstreik in der Glühlampenfabrik von Bergmann.

Als die Kommission der Streikenden der Firma den Beschluß der Streikversammlung am Dienstag überbrachte, kam es nochmals zu einer kurzen Besprechung mit der Direktion. Die Kommission machte dabei den Vorschlag, man möge alle Streikenden wieder einstellen und dann nachträglich die Regulierung der Affordfrage auf dem Wege der Vereinbarung mit den Arbeiterinnen in den verschiedenen Abteilungen vornehmen. Herr Direktor Hillebed notierte sich den Vorschlag. Die Antwort darauf wurde schriftlich gegeben und lautet:

Wir sind bereit, eine Anzahl erprobte Arbeiterinnen sofort einzustellen, welche nach den neuen Affordpreisen längstens 8 Tage arbeiten. Wird hierbei der gleiche Wochenverdienst wie früher erzielt, so sind die neuen Preise angenommen. Wird der Wochenverdienst nicht erzielt, so werden die neuen Affordpreise entsprechend erhöht.

In einer gestern vormittag abgehaltenen und wiederum vollständig besuchten Versammlung der Streikenden berichtete die Kommission über die Lage und verlas das Angebot der Direktion. Es fand nicht im geringsten irgendwelchen Anklang. Keine der Streikenden war dafür zu haben, daß die Direktion sich eine wahrscheinlich sehr kleine Anzahl Arbeiterinnen heraussucht, um auf diese Weise die Affordfrage zu bestimmen. Bei der Abstimmung wurde dann auch das Angebot der Direktion in diesem Punkte einstimmig abgelehnt. Ebenso einstimmig erteilte die Versammlung darauf der Kommission den Auftrag, der Direktion folgenden Vorschlag zu unterbreiten:

Die Arbeit wird mit den Löhnen und Arbeitsbedingungen, wie sie vor dem Streik bestanden, wieder aufgenommen. Eine Regulierung der Affordpreise ist binnen einer Woche zu beenden, jedoch bleibt den Arbeiterinnen der bisherige Verdienst gesichert.

Es wurde hierbei betont, daß die Arbeiterinnen sich einer Regulierung der Preise durchaus nicht entgegenstellen wollen; sie wünschen jedoch, daß hierüber erst eine Besprechung mit ihren Vertreterinnen in den einzelnen Abteilungen stattfindet.

Im weiteren Verlauf der Versammlung erwähnte Handke eine Notiz über „Ausbreitungen gegen Arbeitswillige“, die am Mittwochmorgen im „Sozial-Anzeiger“ erschienen ist. Darin wird behauptet, daß am Abend vorher in der Dudenarber Straße eine Arbeiterin Anna Wendland und mehrere andere Arbeitswillige von streikenden Frauen und Mädchen arg belästigt und verfolgt worden seien, so daß sie schließlich in ein Haus flüchten mußten. In der Marxstraße soll von der Reichsmenge, die sich angeammelt hatte, ein Strafentzug niedergegossen worden sein. Die Streikleitung hat nun, wie Handke ausführte, genaue Nachforschungen über diese Vorgänge angestellt und ist dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß Streikende mit der ganzen Angelegenheit nichts zu tun haben. Es sammeln sich vor einer großen Fabrik, wo gestreikt wird und Schutzleute herumstehen, in der Regel Keulgerige an, und hier waren es nach den Feststellungen der Streikleitung Kinder und junge Leute, wie sie eben überall zusammenlaufen, wo etwas los zu sein scheint. Menschen, die am Streik gar nicht beteiligt sind. Uebrigens werden die Streikposten vor dem Fabrikgebäude regelmäßig um 4 Uhr eingezogen, und erst um 5 Uhr ist Feierabend in der Fabrik, so daß die Streikenden überhaupt nicht mehr anwesend waren, als die sogenannten „Ausbreitungen“ stattfanden. Es ist auch an jenem Tage und Abend nicht eine einzige Streikende festgenommen worden, was doch sicher geschehen wäre, wenn Streikende wirklich Ausbreitungen begangen hätten. Was den eingerissenen Strafentzug anbelangt, so kann sich jeder, der in die Gegend kommt, überzeugen, daß er noch aufrecht besteht.

Uebrigens erzählt man sich, daß die Firma den paar Streikbrecherinnen, die sie gewonnen hatte, auf 14 Tage Urlaub gegeben haben soll. Es ist ihr offenbar in ihrer Glühlampenfabrik nicht möglich geworden, auch nur einen irgendwie nennenswerten Teil der Arbeit der Streikenden fertigzustellen.

Deutsches Reich.

Der Streik der Maurer und Bauhilfsarbeiter in Belken in der Mark ist am Dienstag mit vollem Erfolge für die Arbeiter beendet worden. Der abgeschlossene Vertrag hat bis zum 31. März 1912 Gültigkeit. Der Lohn der Maurer erhöht sich sofort um 2 1/2 Pf. pro Stunde und um je weitere 2 1/2 Pf. am 1. Juli dieses Jahres und am 1. April 1912, so daß der Lohn dann 65 Pf. beträgt. Der Lohn der Bauhilfsarbeiter wird zu den gleichen Zeiten ebenfalls jedesmal um 2 1/2 Pf. erhöht und erreicht 52 1/2 Pf. Der Lohn für ständiges Stall- und Steintragen unterliegt besonderer Vereinbarung.

Achtung, Böttcher! Bei der Hochseefischerei „Nordsee“ in Nordenhain (Oldenburg) sind Differenzen ausgebrochen, die zur Entlassung der Böttcher geführt haben. Zugang ist fernzuhalten.

Ausland.

Gelbe Anarchisten.

In Salzburg haben sich die Anarchisten — freilich sind sie nur ein Häuflein — mit den Gelben und den Bürgerlichen verbündet, um die Wiederwahl des gefälligsten Arbeiterfeindes, des Dr. Stöckel, und des Wienerhianers Dr. Schloßer zu sichern, deren Mandate von der Sozialdemokratie ernstlich bedroht sind. — Eine nur in dem national verwässelten Oesterreich mögliche Tatsache wird aus Karlsbad gemeldet. Das dortige nationale Arbeiterblatt lobt eine bürgerliche Kandidatenrede, die sich gegen das gleiche Wahlrecht ausgesprochen hat, weil es tief schädlich für das „Deutschtum“ (der Fabrikanten) sei!

Versammlungen.

Zweiter Wahlkreis. Eine außerordentliche Generalversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins, die am Mittwoch den großen Saal der Vorkammer füllte, beschäftigte sich mit der Frage der Expedition im Westen des Kreises, die, weil sie fortlaufend beträchtlichen Zuspruch erfordert, aufgehoben werden sollte, was den Genossen in jenem Stadtteil jedoch als ein schwerer Fehler erschien. Infolgedessen hatte sich der Vorstand mit der Angelegenheit befaßt, und es hatte eine gemeinsame Besprechung mit der Expedition des „Vorwärts“ stattgefunden, in der diese sich bereit erklärte, jene Expedition weiterhin aufrecht zu erhalten, wenn der Kreis selbst jährlich 1000 M. zu den Unkosten beitragen wollte. Der Wahlkreis ist auch noch insofern an der Sache interessiert, als der Expeditur, Genosse Schmidt, zugleich erster Kassierer des Wahlvereins ist und ein gut Teil seiner Zeit auf die tadellose Verwaltung der Kassengeschäfte verwendet. Ein großer Teil der Genossen und namentlich die Fürsprecher der Erhaltung der Expedition im Westen sind der Meinung, daß man kaum einen anderen Genossen finden würde, der die umfangreichen Kassengeschäfte neben seiner Berufsarbeit erledigen könnte, so daß man, wenn die Expedition aufgehoben und der Genosse Schmidt, wie die Expedition beabsichtigte, nach dem 6. Kreis versetzt wird, bald zur Anstellung eines besoldeten Kassierers oder Sekretärs des Wahlvereins kommen müßte. Die Bezirksführerkonferenz war sich dahin einig geworden, daß, wenn die Generalversammlung sich damit einverstanden erklärte, endgültig durch Abstimmung entschieden werden sollte, ob die Expedition in der vorgeschlagenen Weise aufrechterhalten werden soll. — Nachdem der Vorsitzende Schumke über die Angelegenheit berichtet hatte, folgte eine rege Debatte, in der ein Teil der Redner gegen, ein anderer für die Bewilligung der 1000 M. sprach. Genosse Appel stellte den Antrag, die Frage durch die Generalversammlung ohne Abstimmung endgültig zu erledigen. Der Antrag wurde angenommen, und darauf wurde dann auch, allerdings nur mit einem Uebergewicht von 12 Stimmen, beschlossen, die Expedition durch den erwähnten Zuspruch aus der Kasse des Wahlvereins aufrechtzuerhalten.

Ferner beschloß die Generalversammlung, dem jeweiligen Vorsitzenden des Wahlvereins eine jährliche Entschädigung von 100 M. zu gewähren. Ein Vortrag des Genossen Claus über das Fortbildungsschulwesen mußte wegen der vorgeschrittenen Zeit verlagert werden.

Die Bildhauer haben in ihren verschiedenen Branchenabenden Stellung zur Raiffeiler genommen. Die Holzbildhauer und Modellseure beschloßen in gewohnter Weise den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu begehen, die Steinbildhauer beauftragten ihre Kommission durch Audenrechte auf den einzelnen Plätzen für die Arbeitsruhe Sorge zu tragen. Es kam des weiteren noch zum Ausdruck, daß die Raiffeiler als Demonstration nur dann von Wirksamkeit sein kann, wenn alle Feiernden in der Versammlung anwesend sind. Nur die Teilnahme an dieser berechtigt zum Empfang der Kontrollmarke und entbindet von der Verpflichtung der Besteuerung zum Raifonds.

Die Zementierer, Einschaler und Hilfsarbeiter hielten am Mittwoch eine Gruppenversammlung ab, um zu der bevorstehenden Raiffeiler Stellung zu nehmen. Die Diskussion zeigte, daß man dem „freiwillig“ zu sammelnden Bezirksfonds nicht viel Sympathien entgegenbringt. Als nachahmenswert wurde der Beschluß des Töpferverbandes bezeichnet, der die Nichtfeiernden mit dem Ausschluß bedroht. Wenn auch ein solcher Beschluß nicht im Betonbauergewerbe durchgesetzt werden könne, so müsse doch die Arbeiterschaft dafür sorgen, daß die Arbeitsruhe diesmal allgemein durchgeführt und der 1. Mai 1911 ein Ruhmesblatt in der Geschichte der Bauarbeiterbewegung wird. Der Resolution des Zweigvereins (siehe „Vorwärts“ vom Dienstag) trat die Versammlung, wie gar nicht anders zu erwarten war, einstimmig bei.

Letzte Nachrichten.

Aus Marokko.

Mra, 27. April. (W. T. B.) Die „Königliche Zeitung“ meldet aus Tanger vom 27. d. M. Von einer Einnahme von Rifines, wo kein Europäer wohnt, durch die Verber ist nicht die Rede, vielmehr haben die Einwohner schon vor längerer Zeit im Einverständnis mit den Aufständischen einen Revolutionsführer ernannt, der unliebame Abgaben abschaffte und jetzt den Aufständischen den Zutritt zu der Stadt gestattete. Dabei fand keinerlei Gemehel statt, nur das Zubehörl hat ein Geldgeschenk als „freiwillige“ Abgabe dar. Mulay Hafid wurde wegen der Einräumung des herrschenden Einflusses an Frankreich für abgesetzt erklärt und Mulay el Sin als Khalif des abgesetzten Sultans Abdul Afs ausgerufen.

Aufstehende Krankheiten.

Dortmund, 25. April. (W. T. B.) Im Regierungsbezirk Arnberg waren letzte Woche insgesamt 901 Fälle von aufstehenden Krankheiten zu verzeichnen, von denen eine ganze Reihe tödlich verliefen.

Der Schuhmann als Zuhälter.

München, 27. April. Die „Münchener Post“ meldet, ist bez im Januar u. J. entlassene bisherige Schuhmann Greiter wegen Zuhälterei verhaftet worden.

Die Pest auf Java.

Amsterdam, 27. April. (W. T. B.) In der Woche vom 20. bis 27. April sind auf Java 117 Fälle von Pest, darunter 5 Fälle von Lungenpest vorgekommen. In 58 Fällen endeten die Erkrankungen tödlich.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Stierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Gewerkschaftliches.

Die Niederlage der Scharfmacher in Chemnitz.

Die Chemnitzer Formier haben ihren Kampf nun doch siegreich beendet. Mit 1724 gegen 684 Stimmen beschlossen die Streikenden, den Streik zu beenden. Die Arbeitsaufnahme begann am Donnerstag. Die Arbeiter werden nach Bedarf eingestellt. Nachregelungen sind ausgeschlossen. Gleichzeitig sind nun hiermit auch Aussperrung und Sympathiestreiks aufgehoben.

Die Unternehmer mußten sich zu folgenden Zugeständnissen bequemen:

1. Arbeitszeit: 9 1/2 Stunden für Montag bis Freitag, 8 1/2 Stunden für Sonnabend; also 50stündige Arbeitswoche unter Beibehaltung der bisherigen Löhne.

2. Ueberzeit- und Sonntagsarbeit: 20 Proz. Zuschlag zum Stundenlohn für Lohn- und Affordarbeiter. Kleinere durch die Natur des Gießereibetriebes bedingte Ueberschreitungen der Arbeitszeit bis zu einer halben Stunde bleiben außer Betracht.

3. Lohnfrage: Nach 14tägiger Beschäftigung findet Lohnfestsetzung nach Leistung mit Rücksicht auf die ersten 14 Tage statt. Ein Vierteljahr später endgültige Lohnfestsetzung für Affordarbeiter in Höhe von 75 Proz. des in der verfloßenen Zeit erzielten Affordverdienstes.

Lohnzulage für alle gelernten Lohnarbeiter (Gießereiarbeiter) über 18 Jahre und nach dreimonatlicher Tätigkeit im Berufe (Scharfmacher, Schmelzer, Gusspuher ufm.): bei einer bisherigen Lohnhöhe bis zu 28 Pf. pro Stunde 5 Pf. Zulage, von 29—32 Pf. 4 Pf., von 33—36 Pf. 3 Pf., von 37—40 Pf. 2 Pf. und von 41—44 Pf. 1 Pf. Handarbeiter (ohne berufliche Qualifikation) über 18 Jahre bei einem Stundenlohn bis zu 34 Pf. 2 Pf., von 35 Pf. ab 1 Pf. Zulage pro Stunde.

Diese Zulagen erfolgen unabhängig vom Lohnausgleich für Verkürzung der Arbeitszeit.

4. Affordarbeit: Affordpreis muß vor Beginn der Arbeit durch Affordzettel vereinbart werden. Abweichungen sind bei Massenartikeln nach Vereinbarung mit dem Arbeiterausschuß zulässig. Der festgesetzte Affordpreis darf nur bei Aenderung der Arbeitsmethode revidiert werden. Offensbare Irrtümer in der Kalkulation müssen eventuell spätestens bei der dritten Wiederholung der Arbeit berichtigt werden. Niedere Affordpreise, bei denen bei normaler Arbeit der Durchschnittsverdienst nicht erreicht wird, sowie während der Krise herabgesetzte Affordpreise sollen entsprechend aufgebessert werden.

Die Verweigerung des Aufusses soll gepußt erfolgen. Abweichungen nur nach Vereinbarung mit dem Arbeiterausschuß.

5. Fehlgeld wird, sofern nicht grobes Verschulden vorliegt mit dreiviertel des Lohnes bezahlt. Streitfälle sollen unter Hinzuziehung eines oder mehrerer unbeteiligter, erfahrener Formier, die beiden Parteien genehm sind, erledigt werden.

6. Lohnzahlung erfolgt Freitag; ist dieser ein Feiertag, tags zuvor. Für fünf Tage Lohn darf längstens stehen bleiben.

7. Günstigere Arbeitsverhältnisse als die vereinbarten bleiben bestehen.

8. Die Vereinbarungen treten am Tage der Wiederaufnahme der Arbeit in Kraft.

9. Die Wünsche der Arbeiter auf Betriebssicherheit und hygienische Einrichtungen will der Industriellenverband seinen Mitgliedern zur Veranschaulichung empfehlen.

Diese Zugeständnisse entsprechen zwar nicht ganz den Wünschen der Gießereiarbeiter, bedeuten aber für die meisten Arbeiter dennoch einen großen Erfolg. Nicht zugestanden sind Mindestlöhne und vertragliche Bindung der Abmachungen. Als Äquivalent für Mindestlöhne treten Lohnzulagen für Lohnarbeiter, bestimmte Normen für Festsetzung des Stundenlohnsatzes für Affordarbeiter ein. Das ist gerade für die Affordarbeiter, die ungefähr 75 bis

Stadtverordneten-Versammlung.

17. Sitzung vom Donnerstag, den 27. April, Nachmittags 5 Uhr.

Die Sitzung wird nach 5 1/2 Uhr vom Vorsteher Richelieu eröffnet.

Einscheidens des Stadts. Vorgrmann

(Sog.) gedenkt der Vorsteher in folgender, von der Versammlung stehend entgegenkommener Ansprache:

Meine sehr geehrten Herren! Wiederum hat der Tod mit raucher Hand in unsere Kreise eingegriffen und hat in diesem Jahre uns schon den siebenten Kollegen aus unserer Mitte entführt. Hermann Vorgrmann, voll Arbeitskraft, voll Arbeitsmut, voll Arbeitsfreudigkeit, ein Mann, der sich durch das lebhafteste Interesse, das er allen unseren städtischen Angelegenheiten entgegenbrachte, ein Mann, der sich durch sein ehrliches Bestreben, sich in womöglich alle Zweige der städtischen Verwaltung einzuleben und sie kennen zu lernen, ein Mann, der durch unerschöpfliche Tätigkeit, das Los der Minderbegüterten zu heben, sich die Achtung aller seiner Kollegen und Freunde in hohem Grade erworben hatte. Hermann Vorgrmann war seit dem 7. Januar 1892 Mitglied dieser Versammlung, er war als solches Mitglied der Tiefbaudeputation, der Verkehrsdeputation, der Deputation für die Kanalisation und die Güter Berlins und der Deputation für das Turn- und Bodewesen. Auf allen diesen Gebieten hat er sein Bestes eingesetzt und hat Erfriechliches gewirkt. Es würde schwer sein zu sagen, welches der Gebiete ihm am meisten am Herzen gelegen hat; ich bin der Meinung, daß sein Hauptinteresse mehr der Jugend zugewandt war. Mit Leib und Seele ist er eingetreten für unsere Gemeindefschule, mit Leib und Seele hat er gewirkt für das Turn- und Bodewesen und mit ebenso großem Fleiß hat er sich der Spielplätze unserer Schüler und Schülerinnen, ganz besonders der Ferienspielplätze in der Umgebung Berlins angenommen. Ein Sohn des Volkes wollte er sein und bleiben und ist es geblieben bis zum letzten Augenblicke; seine und seiner Freunde Ideale hat er unermüdet rednerisch hier vertreten und verteidigt. Seine Freunde in dieser Versammlung haben ihm neidlos das Führeramt anvertraut, und man muß anerkennen, daß er es mit Würde, mit Geschick und mit Erfolg geführt hat. Nach den schweren, heftigen Kämpfen, die er selbst während seines ganzen Lebens für das Wohl seiner Mitmenschen geführt hat, ruht er jetzt in Frieden aus. Sein Name und das Andenken an seine Tätigkeit aber wird noch lange in uns fortleben! (Lebhafte Beifall.)

Die Abteilungen haben eine große Anzahl von Ausschuhwahlen vollzogen. Von der sozialdemokratischen Fraktion gehören an: 1. dem Ausschuh für die Vorlage betr. die Rietsentschädigung der Volksschullehrer und Lehrerinnen die Stadtv. Bruns, Hinge, Kanasse, Pfannkuch; 2. für die Vorlage wegen Aufhebung der Jahrmärkte Lohm, Hoffmann, Kanasse, Mann; 3. für die neue Dienstanweisung für die Schulkommissionen Börner, Coblenger, Hinge, Kanasse.

In der gemischten Deputation für Vorbereitung des Empfanges des III. Internationalen Laryngo-Rhinologen-Kongresses ist die Fraktion durch Dr. Bernstein, Coblenger und Dr. Wehl vertreten.

Eine Reihe von Ersahwahlen in Deputationen, Kuratorien usw. werden vollzogen.

Die Anträge Baumann (Fr. Fr.), Dr. Arons (Sog.) und Deutsch (Sog.-fortschr.) auf Schaffung der Stelle eines

beforderten, städtischen Medizinalrats

haben in der Ausschuhberatung keinen Widerspruch gefunden; nur dagegen, daß der Medizinalrat sich und Stimme im Magistrat haben solle, hielt der Oberbürgermeister seine Bedenken aufrecht. Der Ausschuh hat gleichwohl empfohlen, für den neuen technischen Posten auch eine neue Stelle im Magistrat zu schaffen.

Referent ist Stadtv. Wehl (Fr. Fr.).

Ohne Debatte tritt die Versammlung dem Ausschuhantrage bei. Vom 1. April 1912 ab soll das Berliner Feuerwehrrachrichtenwesen vom Polizeinachrichtenwesen abgetrennt und an die Feuerwehr übertragen werden. In Ausgaben vor diesem Termin erwachsen der Stadt daraus etwa 8000 M., die aus dem Dispositionsquantum entnommen werden sollen.

Die Versammlung stimmt zu.

Kleines feuilleton.

Das Privateigentum als Kunstfeind. Die „Deutsche Arbeiter-Sängerzeitung“ hatte in Erfahrung gebracht, daß der Bibliothekar der Pariser Oper, Ch. Malherbe, im Besitze von Manuscripten sei, die ungedruckte Männerchöre Robert Schumanns enthalten. Sie wandte sich an den Herrn mit der Bitte, ihr — gegen angemessene Entschädigung — Abschriften zu überlassen. Der Herr Bibliothekar antwortete darauf:

„Mein Herr! Mit Ihrem Schreiben vom 22. Dezember 1910 ersuchen Sie mich um Ueberlassung der Chöre von Robert Schumann, deren ungedruckte Originalmanuskripte ich besitze. Verschiedene Gründe verbieten mir, Ihrem Wunsche nachzukommen. Gründe materieller, moralischer und politischer Natur. Die Autogramme haben einen um so größeren Wert, als sie ein Werk repräsentieren, das allen, außer mir, vollkommen unbekannt ist. Von dem Zeitpunkt an, da ich sie Ihnen überlasse, wird sie nicht nur alle Welt kennen, sondern jedermann wird auch das Recht haben, sich ihrer zu bemächtigen und sie zu veröffentlichen. Ich habe mit-hin durch eine Veröffentlichung alles zu verlieren und nichts zu gewinnen. Der Geizige hält die Hand auf seinem Schatz. Schumann hatte auch nicht gewollt, daß diese Chöre veröffentlicht werden; ob mit Recht oder Unrecht, sei dahingestellt; er hat sie stets bei sich behalten, und sie sind aus den Händen der Familie lediglich in die meinen übergegangen. Warum also seinen Willen mißachten, warum zeigen, was er zu verbergen wünscht? Die Stimme der Toten ist heilig, und jeder sollte sie hören und respektieren! Der Text der fraglichen Chöre ist revolutionären Charakter; sie mögen in Frankreich ohne weiteres gesungen werden können, aber in einer Monarchie, wie Deutschland, würde es nicht gestattet sein, zu singen: „Zu den Waffen!“, „Lacht und die Ketten brechen“, „Tod dem Tyrannen“ und „Hoch die Freiheit“. Was mich anbelangt, so kann ich, nachdem ich von Sr. Majestät dem Deutschen Kaiser Wilhelm II. mit dem Kreuz des Kronenordens dekoriert bin, eine derartige Intorelligkeit nicht begehen. Also entschuldigen Sie usw. usw.“

Charles Malherbe.

Dieses Schreiben enthält ebenso offenherzig wie empörend die Erniedrigung der Kunst zu kapitalistischen Profitzwecken. Die Verurteilung auf die „Stimme des Toten“ ist ja reine Heuchelei in dieser infamierenden Enthüllung. Herr Malherbe will Geschäfte machen mit den Werken eines Toten, der unter dem Druck der deutschen Reichsregierung sich zu seinen Lebzeiten scheute, damit an die Öffentlichkeit zu treten. Sch. hatte ja warnende Beispiele genug vor Augen. Daß aber heute ein durch preussische Orden hiezu gemachter Beamter der französischen Republik es wagen kann, dem deutschen Volke hochachtungsvoll seine revolutionäre Kunst vorzuenthalten, ist eine wahrhaft nationale Schmach für uns! Aber dieser Laial kapitalistischer und monarchistischer Interessen täuscht sich, wenn er meint, daß das deutsche Proletariat nicht revolutionäre Chöre zu singen wage. Es singt ja auch die Marschallaise, das vor abgehenden

Mit dem Verlangen des Polizeipräsidenten, daß die Nord-Süd-Bahn

sofort bis zur Sneyenaustraße statt bis zum Velle-Allianceplatz ausgebaut und die Endstation dort so angelegt wird, daß die Verlängerung sowohl nach Nixdorf wie nach Tempelhof ohne weiteres möglich ist, hat sich der Magistrat im Interesse baldigster Erlangung der Baugenehmigung einverstanden erklärt und die Versammlung um ihre Zustimmung ersucht.

Stadtv. Gassel (Fr. Fr.): Der Magistrat teilt uns den Bericht mit, den er am 24. Januar 1911 an den Eisenbahnminister erstattet hat. In diesem Bericht finden wir folgenden Passus: „Der Dezerent des königlichen Polizeipräsidentiums, Herr Regierungsrat Dr. Haasclau, bemerkt darauf, wenn Berlin jetzt die nachgefragte Genehmigung erhalte, würde die Gefahr bestehen, daß eine Verlängerung mit Tempelhof unterließe, so daß die Nord-Süd-Bahn am Velle-Allianceplatz enden würde.“ Das ist in der Tat eine ungeheuerliche Bemerkung. Es wird da vorausgesetzt, daß wir, wenn wir die Genehmigung erhielten, die Bahn unseren offen ausgeprochenen Intentionen entgegen nicht bis zur Sneyenaustraße ausbauen würden. Zu dieser Annahme hat der Herr Polizeidezerent nicht das mindeste Recht gehabt. Sodann liegt in diesem Satze offen ausgeprochen: „Wir müssen auf die Stadt Berlin einen Druck ausüben, damit sie sich willfähriger zeigt in den Verhandlungen mit anderen Gemeinden.“ Wir sind nicht wie die ungezogenen Kinder, denen man nicht zuviel Erlaubnis erteilen darf, weil sie sonst übermütig werden. Was uns hier unterstellt wird, ist kennzeichnend für die Behandlung überhaupt, für die Mühseligkeiten, in die wir in den vielen Jahren verstrickt worden sind, und es muß ganz besonders sonderbar anmuten, wenn angeichts solcher Vorkommnisse der Polizeipräsident noch gar erklärt, es sei „ein besonderes Entgegenkommen der Staatsbehörden gegenüber den Wünschen der Stadtgemeinde Berlin“, daß uns nun doch erlaubt wird, die Bahn bis zur Sneyenaustraße zu führen. Der Polizeipräsident hat gar nicht nach Wohlwollen, sondern nach rein sachlichem Gesichtspunkte zu handeln und zu entscheiden.

Stadtv. Bruns (Sog.): Ich habe diesen Ausführungen nichts hinzuzufügen, muß aber darauf hinweisen, daß wir seinerzeit sofort betont haben, es sei zweckmäßiger, die Bahn sofort bis zur Sneyenaustraße zu bauen. Hätten wir das beschlossen, so hätten wir uns diesen allerdings unberechtigterweise entgegengesetzten Bemerkungen entzogen (Zustimmung). Der Schein bleibt eben auf uns lasten. In Zukunft sollten wir uns also hüten, derartigen engherzigen Vorschlägen zuzustimmen.

Stadtv. Schmitz (Fr. Fr.): Der letzteren Auffassung möchte ich ganz entschieden entgegenzutreten. (Ruf: Aber richtig ist sie doch!) Wir haben uns doch auch mit den Kosten zu befassen; es ist durchaus nur billig, wenn wir erwarten, daß auch die Gemeinde Tempelhof oder die tatsächlich hinter ihr stehende Privatgesellschaft zu den Kosten herangezogen wird. Der Polizeipräsident sagt, in der Weigerung des Gemeindevorstandes Tempelhof, außer den Kosten der Strecke Sneyenaustraße bis zur Grenze von Tempelhof auch noch einen Beitrag zu den Baukosten der Strecke Velle-Allianceplatz — Sneyenaustraße zu übernehmen, könne ein mangelndes Entgegenkommen zurzeit nicht gefunden werden. Auch dieser Standpunkt ist unberichtigt; der Polizeipräsident geht hier über die Befugnis hinaus, die ihm das Kleinbahngesetz gibt. Wir geben der Vorlage unsere Zustimmung, auch ohne die Kosten zu kennen, die uns daraus noch erwachsen werden, und hoffen nur, daß nun keine weiteren Schwierigkeiten mehr entstehen.

Stadtv. Gassel: Auch ich war mit der Mehrheit der Verkehrsdeputation für den Bau sofort bis zur Sneyenaustraße. Das ist aber ein Interim, und die Ablehnung dieses Vorschlages durch den Magistrat berechtigt den Polizeidezerenten keineswegs zu seiner Annahme. Das Recht, sich dagegen zu verwahren, haben auch diejenigen, die ursprünglich anderer Meinung über die Trasse waren.

Stadtv. Rosenow (Fr. Fr.): Darüber, daß der Polizeipräsident seine Befugnisse und gegenüber überschritten hat, sind wir wohl einig. Wir wollten unter allen Umständen haben, daß losgebaut würde, darum haben wir seinerzeit der Magistratsvorlage Seestraße — Velle-Allianceplatz zugestimmt.

Die Vorlage wird darauf einstimmig angenommen. Der von der Stadt mit dem Fiskus über den

Ankauf der Wühlheide

abgeschlossene Vertrag muß verschiedene Änderungen erfahren, da der Eisenbahnminister noch etwa 12,7 Hektar zu Er-

zwarrenhof besetzte Kampfsied, das heute freilich zur Ehre der Republikaner von der Sorte des Herrn Malherbe entartet ist.

Was ein großer deutscher Künstler vielleicht in seinen kühnsten und besten Stunden komponiert hat als Vermächtnis für die Zukunft und Erinnerungsmemorial an die Zeiten der Schmach, das wird uns von einem Beamten der französischen Republik unterschlagen — weil er Geld damit machen will und weil ihn ein preussischer Orden ziert.

Literatur und Leben. Wenn die Künstler alt werden, sehen sie ihre Werke mit ganz anderen Augen an. Und nicht selten scheint ihnen ihr ganzes Schaffen nichtig. Ihnen hat diesem Gefühl erregenden Ausdruck in seinem letzten Drama „Wenn wir Toten erwachen“ gegeben. Spielhagen hat ähnliche Empfindungen gehabt. Peter Kogger, der eben Spielhagens Weife an ihn in seiner Zeitschrift „Heimgarten“ veröffentlicht, gibt u. a. auch folgenden Brief wieder, den Spielhagen im Jahre 1900 nach dem Tode seiner Gattin schrieb:

„Ich danke Ihnen tausendmal für Ihren letzten herzlichsten Brief. Sie möchten mir so gern helfen; aber für mich gibt es keine Hilfe. Wenn man einundsechzig ist, hat die Natur ihre Selbstheilkräft eingebüßt; man verblüht an der Wunde, langsam vielleicht, aber sicher. Als Sie die Geliebte Ihrer Jugend verloren, lebte in Ihrem Marke noch die schaffende Gewalt, die sprossend eine Welt aus sich gebären“ mußte. Sie wußten das nicht und konnten keinen Trost daraus fangen. Aber es war der Fall, und in der Arbeit, der Sie sich nicht entziehen konnten — denn sie war Ihnen bedürftig, notwendig wie das Atmen — fand der Trost. Was kann mir noch die Arbeit sein? Ich habe die, die mir das Schicksal zuwies, getan. Sie liegt hinter mir. Und ich bin m i d e l ! So m i d e l ! Wenn ich es recht bedenke, war ich es längst. Und ich arbeitete nur noch für sie, der ein äußerlich behagliches, mit einem bescheidenen Luxus umgebenen Leben zu schaffen, mein Ehrgeiz war. Jetzt, da sie dahin ist, ich durch die leeren Räume irre, an deren Ausstattung sie ihre Freude hatte — was soll mir das, was nun in meinen Augen zum Trödel geworden ist? Die Literatur aber — daß Gott erbarm! Ich wünschte, ich brauchte von ihr nichts zu hören und nicht zu sehen. Sie widert mich an, wie eine Speise, an der man sich überfättigt hat. Mügen andere, die hungrig zum Mahle kommen, sich daran ergötzen! Ich räume ihnen gern den Platz. Und sie warten ja nur darauf; und die besonders Wierigen tun, als ob mein Platz bereits leer sei. Ich kann's ihnen nicht verdenken. In meinen jungen Jahren habe ich es nicht anders und besser gemacht.“

Dazu kommt noch eines. Wer erfahren hat, was ich jetzt erfahren mußte; wer des Daseins fürchterliche Bitternis gekostet hat; wer endlich weiß, wie brutal kalt, wie grausam schief das wirkliche Leben in unser zuckendes Herz schneiden, es zerreißen kann, dem kommt seine sogenannte Poesie, von der man glaubte, daß sie, alles in allem, doch ein Spiegelbild der Realität sei, vor wie ein an der Wand verhängenes Schattenspiel. Und, endlich wissend, was das Leben wirklich ist, das Schattenspielkunststück weiter treiben — es erscheint mir lächerlich, unwürdig, blasphemisch.“

weiterung des Bahnkörpers der Schlesischen Bahn bis Sabowa, sowie zu einer Verbindungsbahn Wiesdorf-Grünau gebraucht und seinem Verlangen Rechnung getragen werden muß, da dem Eisenbahnfiskus für die zu Eisenbahnzwecken erforderlichen Ländereien das Enteignungsrecht zusteht. Der Magistrat legt den abgeänderten Vertrag zur Genehmigung vor.

Stadtv. Sonnenseld (Fr. Fr.): Wir können dem allgemeinen Wunsche, diese wichtige Vorlage ohne Zeitverlust zu erledigen, nur dann Rechnung tragen, wenn der neue Vertrag in § 3 eine Fassung erhält, die unsere Rechte ausgiebiger zu schützen geeignet ist, als es in dem Entwurfe geschieht. Hier heißt es: „Der Stadt Berlin wird die Eisenbahnverwaltung gemäß einem zu treffenden Abkommen gestatten, die Eisenbahnflächen mit Brunnengalerien, Röhren, Kanälen und Kabeln zu kreuzen; unter den Eisenbahndämmen darf die Stadt Berlin aber keine Tiefbrunnen legen.“ Ich beantrage, statt dessen zu sagen: „Die Stadt Berlin erhält das Recht, die Eisenbahnflächen mit Brunnengalerien“ usw. zu kreuzen; unter den Eisenbahndämmen“ usw. wie im Entwurfe.

Stadtv. Dr. Wehl (Sog.): Auch wir wünschen dringend, die Vorlage sofort zur Annahme zu bringen. Dem Kollegen Sonnenseld ist zuzugestehen, daß § 3 geändert werden muß, wenn man ihn mit den Augen des Juristen und nicht mit denen des gesunden Menschenverstandes ansieht (große Heiterkeit); wenn man aber ganz besonders vorsichtig zu Werke gehen wollte, müßte man auch noch das Wortchen „unentgeltlich“ aufnehmen. Wir werden dem Antrage zustimmen, um auf alle Fälle die Vorlage heute zu verabschieden, damit der

Bau des Wasserwerkes

so schnell als irgend möglich vor sich gehen kann.

Oberbürgermeister Kirchner: In dem Passus des § 3 kommt es nach meiner Auffassung nicht auf das Prinzip, daß die Anlagen fertiggestellt sein sollen, als vielmehr auf die Ausführung, wo sie erfolgen sollen, an. Wenn wir die bedingungslose Zusage haben, daß die Anlagen hergestellt werden können, können wir wohl die Konzeption machen, die Ausführung im einzelnen besonderer Vereinbarung zu überlassen. Es möchte genügen, unseren Standpunkt in dem Begleitfahreiben an das Eisenbahnministerium zum Ausdruck zu bringen. Wir haben es hier doch mit einer Behörde zu tun und müssen ihr mit einem gewissen Vertrauen entgegenkommen. (Rufe: „Ja, na!“ und Heiterkeit.)

Stadtv. Sonnenseld: Auch uns gegenüber geht der Fiskus von diesem Vertrauen nicht ohne weiteres aus, er verlangt vielmehr vielfach grundsätzliche Eintragungen, die einseitig nur die Stadt, aber nicht ihn binden! Ich modifiziere meinen Antrag dahin, daß ich hinzusetze: „Die Ausführung im einzelnen erfolgt nach Verhandlung der Stadt mit dem Eisenbahnfiskus.“ Auch das Wortchen „unentgeltlich“ nehme ich nach dem Vorschlage des Kollegen Wehl in meinen Antrag auf.

Nachdem noch Stadtv. Rosenow für diesen modifizierten Antrag Sonnenseld gesprochen, wird § 3 in der so veränderten Fassung und sodann der Vertrag einstimmig gutgeheißen.

Schluß der öffentlichen Sitzung 7 Uhr.

Gerichts-Zeitung.

Kreditfahwendeleien.

Ein umfangreicher Prozeß gegen die inzwischen geschiedene Ehefrau des Generaldirektors und Stadtrats Lapp in Ascherleben, die Frau Maria Lapp geb. Hillmer, begann heute vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I. Den Vorstoß im Gerichtschofe führt Landgerichtsdirektor Dr. Geber, die Anklage vertritt Staatsanwalt Dr. Schwiderath, die Verteidigung der Angeklagten führen die Rechtsanwält Dr. Alberg und Dr. Berthauer. Als psychiatrischer Sachverständiger ist vom Gericht Medizinalrat Dr. Hoffmann geladen worden.

Die 44jährige Angeklagte war noch bis vor kurzem mit dem Generaldirektor der „Aktiengesellschaft für Tiefbauunternehmung“ in Ascherleben verheiratet. Diese Ehe ist vor etwa drei Monaten wegen beiderseitigen Ehebruchs geschieden worden. Während der Ehescheidungsprozeß schwebte, erhielt die Angeklagte von ihrem Ehemann eine jährliche Unterstützung von 7200 M. Diese Summe reichte, wie die Angeklagte behauptet, bei weitem nicht aus, da sie z. B. allein für ihre damals in der Weisbergstraße gelegene Wohnung 6000 M. Rente zahlte. Da die Angeklagte von jeher ein sehr üppiges Leben geführt hatte, — ihr geschiedener Ehemann soll nach ihrer Angabe vor Gericht ein Vermögen von etwa 5—6 Millionen Mark besitzen, soll sie, um dieses Leben fortsetzen zu können, zu

Humor und Satire.

Ein edler Knaster. Wenn schon die Italiener allen Grund haben, sich über ihre „Virginia“ bitter zu beschweren, so scheint es doch, daß es den anderen Nationen in den gelegenen südlicheren Himmelstrichen noch viel schlechter geht. Und zum Trost ihrer Landeskunde fährt die italienische Zeitschrift „Il Tabacco“ einige Verhaltensregeln an, die, wie sie sagt, ein kostbarer Mann den Rauchern von Virginias in Kolumbien gegeben hat: 1. Man wähle nur ganz helle Zigarren, da kein Regen, so stark er auch sei, die mit dunklem Deckblatt vertragen könne. 2. Man entferne sorgfältig alle Pöden, Haare, Worsen und Lederstücke, die auf der Oberfläche der Virginia erscheinen. 3. Man schliefte vor dem Rauchen eine Lebens- und Unfallversicherung ab. 4. Man begeben sich an einen völlig einsamen Ort, der wenigstens drei Kilometer von jedem Beweisen entfernt ist. 5. Man verbehe sich mit einem Arzt, mit einer Taschenuhr, einem kleinen Becken, einer Luftpumpe, einer Waage und zwei kräftigen Gepädrägern, wobei der Arzt und die beiden Gepädräger mit Gläsern und eßiggetränkten Schwämmen versehen sein müssen. 6. Dann verhafte man geduldig, die Zigarre anzuzünden, wobei man zwei bis drei unserer Streichholzschachteln verbrauche, und 7. man wende immer die höchste Vorsicht an, und wenn man zu Ende geraucht hat, so löfche man den Stummel in einem Tümpel.

Notizen.

— Neue Opern. „Der schwarze Doktor“, ein Erstlingswerk von Sepp Rosegger, Peter Rosengers Sohn, hatte im Brazer Stadttheater guten Erfolg. Der Text der im achtzehnten Jahrhundert spielenden Oper rührt auch vom Komponisten her. — Die vor bald 40 Jahren zuerst aufgeführte Oper „Wozis Sobunow“ von dem russischen Komponisten Mussorgsky erweckte in Stockholm großes künstlerisches Interesse.

— Kunstausstellung. Die Eröffnungsfest der Großen Berliner Kunstausstellung findet Sonnabend, den 29. April, 4 Uhr nachmittags statt. Nach der Feier ist die Ausstellung für den allgemeinen Besuch geöffnet.

— Gemma Bellincioni will sich von der Bühne zurückziehen und in Berlin eine Gesangschule leiten. Sie sagte zu einem Zeitungsmann: „Gewiß sind die Erfolge auf der Bühne die am meisten beachtenden, aber schließlich kommt doch einmal die Stunde, wo man müde wird, immer nur zwischen fremden Menschen zu leben. Wenn man im Jahre zehn Monate lang auf Reisen ist, 200 Abende singt und auf Schnellbahnen oder in Schlafwagen von einer Stadt zur anderen, von Europa nach Amerika, von Amerika nach Europa hüpft, und dann endlich müde und erschöpft daheim ankommt, um einige Wochen auszuruhen, dann kann man die Schönheit des Heims kaum noch wirklich genießen. Und so scheidet ich denn mit leichtem Herzen von der Bühne und betrete meine neue Lebensbahn voll von Freude und Hoffnung. Ja ich glaube fast, die Möglichkeit, junge Künstler heranzubilden, sozusagen zu schaffen, muß noch eine größere Freude sein, als Rollen zu kreieren.“

einige Reize von Kreditinstituten Zustimmung haben. Hierbei spezialisierte die Angeklagte hauptsächlich mit Beschaffen, welche von ihrem Sohne Heinrich Lapp unterzeichnet waren. Da ihr Ehemann ebenfalls den Vornamen Heinrich führt, war eine absichtliche Verwechselung sehr leicht möglich. Obwohl die Angeklagte schon im Februar 1909 vor dem Amtsgericht Charlottenburg den Offenbarungseid geleistet und nur das als ihr Eigentum angegeben hatte, was sie auf dem Leibe trug, soll sie sich stets mit dem Kimbus einer schwerreichen Dame und Millionärin umgeben haben, um den Boden für alle möglichen Darlehensgeschäfte genügend vorzubereiten. Im einzelnen werden ihr folgende Betrugsfälle zur Last gelegt. Sie bestellte bei einem Installateur Schnaaf in Schöneberg für 700 M. Beleuchtungsbörser, die sie mit einem auf ihren Ehemann gezogenen Wechsel bezahlte. Bald darauf ließ sie sich von dem Vorhändler des Hotels „Weißes Haus“ ein Darlehen von 650 M. geben, wofür sie ihm ebenfalls einen Wechsel mit der Unterschrift Heinrich Lapp ausstellte. Dem Inhaber eines Finanzierungsinstituts Endemann übergab die Angeklagte eine eidesstattliche Versicherung, in welcher versichert wurde, daß die Wechsel von ihm, Heinrich Lapp, akzeptiert worden seien und ferner, daß sie mit diesem, ihrem Ehemann in Gütergemeinschaft lebe. Endemann gab daraufhin auf die Wechsel ein Darlehen von 1700 M. Durch einen ähnlichen Coup ließ sich eine Frau Emilie Schmidt in Friedenau verleiten, auf einen mit Heinrich Lapp unterzeichneten Wechsel 8000 M. zu zahlen. — Wegen die Angeklagte schwelgte schon einmal zwei Betrugsprozesse, in welchen aber ihre Freisprechung erfolgte. Vor Gericht bestritt die Angeklagte jede betrügerische Absicht und behauptete, in die Hände bekannter Bucherer und Wechselhändler geraten zu sein, die ihr damals förmlich nachgelassen waren und ihr Geld angeboten hätten in der Hoffnung, daß ihr Ehemann schließlich doch ihre Verbindlichkeiten regulieren würde. Von den Rechtsanwältinnen Dr. Wisberg und Dr. Werthauer wird ferner unter Beweis gestellt, daß die Angeklagte, da sie mit ihrem Ehemann in Gütergemeinschaft gelebt hatte, einen Anspruch auf mindestens 2 Millionen Mark habe, so daß von einer Vermögensschädigung keine Rede sein könne.

Staatsanwaltschaftsrat Dr. Schwiderath führte in seinem Plädoyer u. a. aus, daß er ohne weiteres anerkennen wolle, daß die Angeklagte, die in den glänzendsten Verhältnissen aufgewachsen sei und gelebt habe, nach der Trennung von ihrem Ehemann in eine sehr verzweifelte Situation geraten sei; dies ändere aber die rechtliche Beurteilung der Sache nicht. Sie habe sich stets als die reiche Frau aufgeführt und ihre wahren Verhältnisse verschwiegen. Mit Rücksicht darauf, daß die Verurteilung aber jeht nahe gelegen habe, erwiderte eine Geldstrafe für ausreichend. Er beantragte eine solche von 1000 M. — Die Rechtsanwältin Dr. Wisberg und Werthauer legten dar, daß die Angeklagte mit aller Bestimmtheit die Verurteilung ihrer Gläubiger habe erwarten können, wie dies ja auch schon zum größten Teil geschehen sei. Eine Täuschung durch die Wechsel allein sei ebenfalls nicht anzunehmen, da keiner der Gläubiger der Meinung gewesen sein konnte, daß der Generaldirektor Lapp in Mischgesellen, ein Mann, der eine so bekannt sei, wie etwa Rudolf Herzog, sich in dieser Weise für ihn lächerlich kleine Beträge auf Wechsel besorgen würde. Nach längerem rechtlichen und tatsächlichen Erörterungen hielten die Verteidiger die Freisprechung der Angeklagten für geboten. — Das Gericht erkannte in allen Fällen auf Freisprechung, da als festgestellt angesehen wurde, daß der Angeklagten jede Absicht der Vermögensschädigung gefehlt habe.

Eine Gefängnisbefreiung
hat der Malergeselle Albert Wulff zu einem raffinierten Schwindel ausgenutzt, welcher ihn nunmehr vor die 3. Strafkammer des Landgerichts II führte. Der Angeklagte hatte vor einiger Zeit eine längere Strafe in dem Strafgefängnis Tegel zu verbüßen. Vier Monate vor dem Wörtchen Lorenz kennen, der ebenfalls Strafe zu verbüßen hatte, jedoch schon einige Zeit vorher entlassen wurde. Als der Angeklagte dann im Juli d. J. ebenfalls aus der Anstalt entlassen war, legte er sich sofort wieder auf einen neuen Schwindel. Er suchte seinen früheren Zellengenossen auf und ersuchte ihn um ein Darlehen von 1000 M., da er vorher erfahren hatte, daß A. ganz gut finanziert war. Er erzählte dabei, sein Vater sei ein reicher Holzhändler in Straßund und werde sofort die Summe zurückzahlen. Um den A. recht sicher zu machen, telephonierte der Angeklagte nach Straßund und sprach angeblich mit seinem dort wohnhaften Verwandten, da sein Vater zufällig nicht anwesend sei. Nach etwa einer Stunde wurde von Straßund aus telephonisch angerufen. Ein Komplize des Angeklagten, der bisher noch nicht ermittelt ist, gab sich als Vater des Wulff aus und erklärte, daß er für den Betrag zum sagen wolle, wenn er die Summe von Lorenz erhalte. Dieser ließ sich jedoch nicht täuschen, sondern stattierte den Angeklagten nur mit einem neuen Anzug aus, gab ihm auch noch seine Uhr mit und schließlich auch noch 50 M., damit B. nach Straßund fahren und persönlich von seinem Vater das Geld holen solle. Wer aber nicht wiederkam, war der Angeklagte. Lorenz erludigte sich nunmehr und erfuhr, daß ihn sein Bekannter aus dem Gefängnis betrogen hatte. Die Strafkammer erkannte gegen Wulff mit Rücksicht auf die raffinierte Ausführung des Gaunerstreichs auf 9 Monate Gefängnis.

Eine etwas mysteriöse Ent- und Verführungsgeschichte.
in deren Mittelpunkt ein Eisfänger aus dem Eispalast in der Lutherkirche steht, wird am 20. d. M. unter Vorh. des Landgerichtsdirektors Dr. Schamer vor dem Schwurgericht des Landgerichts III zur Verhandlung kommen. Der in Untersuchungshaft befindliche Eis- und Kollidantfänger Gustav Steinide hat sich unter der Anklage des Verdrachens der verdachten Notzucht zu verantworten. Steinide, der schon mehrfach vorbestraft ist, lernte im November d. J. in dem Eispalast, wo er allabendlich seine Rüste produzierte, eine Räuberin Frieda K. kennen, die sich auch anscheinend sehr stark für ihn interessiert hatte. Beide verabredeten einige Tage darauf ein Rendezvous in dem Sportpalast in der Potsdamer Straße, von wo sie dann in das Cafe „Reichshof“ gingen. Wie die K., die von allen Seiten als ein durchaus anständiges und fleißiges Mädchen geschildert wird, behauptet, habe sie der Angeklagte hier mit mehreren Glas Punch betrunken gemacht und ihr versprochen, sie in einer Autodrosche nach Hause zu bringen. Als die Drosche hielt, habe sie erst gemerkt, daß sie in eine ihr völlig fremde Gegend verschleppt worden sei. Wie sich später ergab, war dies der westlichste Teil der Kantstraße, welcher zum Teil noch unbebaut ist. Wie die K. weiter behauptet, habe sie der Angeklagte dann in seinen Laden, in welchem er Sportartikel verkauft, gewaltsam hineingezogen. Hier habe er in seinem mit Silberreifen versehenen Samitohium eine Art Indianertanz aufgeführt, so daß sie erst geplatzt habe, er sei nämlich irrsinnig geworden. Wöglich habe er sich auf sie gestürzt, ihr mit den Nähnen die Kleider vom Leibe gerissen und ihr mit der Drohung, daß es ein Drama gebe, einen Revolver auf die Brust gesetzt. Erst als sie weinend bat, ihr nichts zu tun, habe er sie in Ruhe gelassen. Die Folge dieser Szene war die jegliche Anklage. Der Angeklagte behauptet, daß er schon einmal in der Trennanstalt Hergberge gewesen sei und für seine Tat nicht verantwortlich zu machen sei.

Aus der Frauenbewegung.
Wie man Arbeiterkern von bürgerlicher Seite „einzufangen“ sucht.
Der Verein für „handwerkliche und fachgewerbliche Ausbildung der Frau“ hielt kürzlich in den „Kammerjalen“ in Berlin seine Generalversammlung ab. Neben die Bestrebungen des Vereins wollen wir und hier nicht des Näheren auslassen, sondern nur betonen, daß neben dem ganz veralteten Prinzip, den weiblichen Arbeitern, im Interesse ihrer individuellen Entwicklung und ihrer wirtschaftlichen Fortkommens, dieselben Ausbildungsmöglichkeiten wie den männlichen zu liefern, sehr viel günstigere und reaktionäre Bestrebungen mit unterlaufen.
Was uns veranlaßt, von der Tagung Notiz zu nehmen, sind die Ausführungen einiger Diskussionsredner, die zeigen, aus welchen Motiven man sich um die Arbeiterjugend so anstrengt.

Künne und welche Mittel angewendet werden, ihrer habhaft zu werden. Der Vorschlag des Referenten zur Frage des Lehrstellennachweises für gewerbliche Lehrlinge gipfelte in der Hauptsache in folgenden Forderungen: Errichtung eines kommunalen Zentrallehrstellennachweises, der von der Schule, den Handwerks- und Handelskammern, den Gewerbe- und Berufsorganisationen, der Jugendfürsorgeorgane sowie den beteiligten Staats- und Gemeindebehörden zu unterstützen sei. Ein Kuratorium aus Delegierten der beteiligten Körperschaften, unterstützt von einem sachmännlichen Beirat, sollte die Zusammenarbeit organisieren und die ganze Lehrstellensmittlung überwachen.
Dieser Vorschlag veranlaßte eine lebhafte Debatte, bei der Herr Dr. Winberg, Sekretär der Handelskammer in Hannover, heftige Ausfälle gegen die freien Gewerkschaften und gegen die Sozialdemokratie machte; der letzteren unterstellte er, daß sie die Jugend von der fachgewerblichen Ausbildung fernzuhalten suche, um sie als jugendlich ungelernete Arbeiter in den Großbetrieben um so leichter fassen zu können. Dann beklagte er sich bitter darüber, daß die von der Handwerks- und Handelskammer in Hannover einberufenen Elternabende leider sehr schwach besucht gewesen seien, die Arbeiterzeitung habe vom Besuch der Veranstaltung abgesehen.
Darauf antwortete die Vorsitzende des Berliner Vereins weiblicher Handlungsgehilfen: „Wenn man Elternabende veranstalten wolle, müßte man es schlaue anfangen. Man müßte ein ganz unverfängliches Thema wählen oder noch besser sei es, wenn man auf die Tagesordnung etwa setze: „Aus Weibers Leben“; dann kämen die Arbeiterkern und habe man sie erst einmal da, dann könne man auf sie einwirken.“
Die Herrschaften glaubten jedenfalls vollständig unter sich zu sein, daß sie so aus der Schule plauderten. Wir sind ihnen natürlich dankbar, daß sie rücksichtslos ausdrachen, mit welchen verwerflichen Mitteln der Täuschung sie arbeiten, um Leichtgläubige zu fädeln. Aber wie niedrig muß die Dame, die nicht einen Moment erörtere, als sie ihr Mittel des Volksbetruges zur Nachahmung empfahl, die Arbeiterkern einschätzen, daß sie glaubt, einen Einfluß auf diese ausüben zu können, indem sie unter falscher Flagge segelt. Alle besseren Elemente werden sich entrüsten abwenden, sobald sie den geübten Betrug erkennen und das wird nicht allzulange dauern. Welche Ueberhebung liegt zudem in dem Vorgehen des genannten Vereins, wenn dieser sich so kraampfhaft bemüht, just auf Arbeiterkern und deren Ausbildung Einfluß zu gewinnen. Die Arbeiterklasse, die sich ihre großen, achtunggebietenden Organisationen geschaffen hat, um die ihrigen wirtschaftlich, sozial und intellektuell zu heben, sie braucht nämlich bei den bürgerlichen Damen und Herren nicht Rat zu holen, in welchem Beruf und bei welchem Vorkommen sie ihre jungen Leute am besten weiterbilden läßt.
Aber was der Zweck der ganzen Uebung, das plauschle Fräulein Lischnewska aus, die alle möglichen Korporationen und Einzelkräfte für die Bestrebungen des Vereins nutzbar zu machen wünscht, denn — diese seien doch nur ein Teil der allgemeinen Jugendfürsorge, für die sich neuerdings die preussische Regierung lebhaft interessiere und die in dem Entwurf, der den preussischen Landtag beschäftigt, näher präzisiert sei. Hier kam also der reaktionäre Pöbelbesuch ganz deutlich zum Vorschein. Der Kampf gegen die freie Jugendbewegung, wie er von den Behörden geführt wird, soll dadurch ergänzt werden, daß reaktionäre Vereine ihren Köder nach der proletarischen Jugend auswerfen, indem sie sich an die Eltern wenden.
Ein feiner Plan. Wollte man ihn zur Ausführung bringen und Erfolg erzielen, so dürfte man ihn aber nicht gleichsam auf offenem Markte ausführen. Wir werden jetzt Sorge tragen, daß er in den weitesten Kreisen bekannt wird, damit Frauen und Männer der Arbeiterklasse gewarnt werden und auf der Hut sind.
Die lebhafte „Fürsorge“ für unsere Jugend, die von jener Seite kommt, sie soll und aufs neue ein Ansporn sein, mit verdoppeltem Eifer an der Aufklärung der Jugend und der Mütter weiterzuarbeiten. Organisierte und zielklare Genossinnen sind ohne weiteres immun gegen alles „Liebeswerben“ von bürgerlicher Seite.

Verfammlungen.
Centralverband der Schuhmacher Deutschlands. Die Jahreshelle Berlin hielt am Mittwoch ihre Generalversammlung ab. Den Geschäftsbericht erstattete Hamann. In der Lederverwarendindustrie waren verschiedene Streiks zu verzeichnen, die fast alle günstig für die Organisation verliefen und annehmbare Verbesserungen erzielten. Zurzeit wird bei der Firma Dörz u. H. e. gestreikt. Der Streik brach am letzten Montag aus und betrifft 18 Mann.
Die allgemeine Lage im Schuhgewerbe kann als mittelmäßig bezeichnet werden. Mit der Ballschuh- und Lederverwarendindustrie steht es gut, dagegen ist die Lage in der Reise- und Pilzschuhindustrie nicht besonders günstig. Das ergibt sich schon aus der hohen Arbeitslosenunterstützung, die im letzten Quartal allein 8484,10 M., also gerade noch einmal so viel wie im ersten Quartal des Vorjahres betrug. Redner teilte auch mit, daß mit einem Zwischenmeister von Conrad Tad u. Cie. Differenzen beständen, da derselbe den Minimallohn nicht einhält. Auf das Erjuden der Verhandlung hat die Direktion der Firma Verhandlungen zugestimmt, bis jetzt aber nichts mehr von sich hören lassen. Die Firma hat 17 Verkaufsstellen in Berlin. Wie viel Zwischenmeister die Firma beschäftigt, war bis dahin nicht festzustellen. So viel ist jedoch bekannt, daß nur einer davon den Minimallohn bezahlt. Die Kollegen müßten unbedingt versuchen, sämtliche Zwischenmeister des genannten Geschäfts ausfindig zu machen, damit der Minimallohn überall durchgesetzt werden kann.
Bei „Salamander“ mußte sich ein Zwischenmeister, der niedrige Löhne zahlte, auf das Eingreifen des Verbandes hin bequemen, sich den festgelegten Bedingungen im wesentlichen anzupassen. Einzelne Betriebe, die mit Maschinen Reparaturen fertigstellen, betreiben eine geradezu unerhörte Schmutzkonkurrenz.
Die Zahl der Veranstaltungen war eine sehr große im letzten Quartal. Versammlungen, Sitzungen, Konferenzen wurden 147 abgehalten. Die Differenzen mit den Unternehmern waren ebenfalls zahlreich.
Wendig gab den Kassenbericht. Abrechnung der Lokalkasse, Einnahmen und Ausgaben bilanzieren mit 15 067,00 M. Der Kassenbestand der Zusatzkasse betrug am 31. 3. 1911: 7071,88 M. Die Einnahmen und Ausgaben der Lokalkasse bilanzieren mit 15 940,05 M. Die Zahl der Mitglieder beträgt 2835, im vorigen Quartal 2694. In diesem Quartal mehr Mitglieder 149.
Eine Diskussion fand nicht statt. Als Delegierter nach dem Dresdener Gewerkschaftskongress wurde Hamann in Vorschlag gebracht.
Bezüglich der Reiseier stimmte die Versammlung folgendem vom Vorstand eingebrachten Antrag einstimmig zu:
Die Generalversammlung hat Kenntnis genommen von der Ankündigung der Mitglieder des Verbandes der deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten, die am 1. Mai feiernden Arbeiter und Arbeiterinnen auf die Dauer von drei Tagen auszusperrten. Die Versammlung erwidert, daß ungeachtet dessen die Kollegen und Kolleginnen in den Fabriken den Beschluß fassen, den 1. Mai durch Arbeitstrübe zu bezeichnen und beschließt, die Ausgesperrten nach den Sätzen des Verbandsstatuts auf den Mitteln der Lokalkasse zu unterstützen.

Aus aller Welt.
Wiederauftreten der Cholera in Petersburg.
Allen Anscheine nach wird in diesem Sommer die Cholera in Russland seuchenartig auftreten und Tausende von Menschen hinraffen. Wie ein Telegramm aus Petersburg meldet, sind dort in der vergangenen Woche zwei choleraverdächtige Fälle vorgekommen. Am Mittwoch waren drei verdächtige Erkrankungen zu verzeichnen.
Wenn in dem offiziellen Telegramm auch versichert wird, daß alle Vorsichtsmaßregeln getroffen seien, um ein Weitergreifen der Cholera zu verhindern, so weiß doch alle Welt, was von den Versicherungen der russischen Nachhaber zu halten ist.
Auch ein Naturdokument.
An den Gemeindevorsteher zu Grube in Holftein war von einem jetzt in Grömitz bei Rensdorf wohnenden, aber aus Grube gebürtigen Schmied namens Ehler das Schreiben gerichtet worden, er möge zwecks Erlangung eines Automobilscheins für den Bruder des E., der in Grube zur Schule gegangen sei, ein Führungsattest ausstellen. Darauf kam folgendes Schreiben zurück:
Grube i. H., den 8. April 1911.
An den Herrn Ehler, Grömitz.
Zurück mit dem Bemerkten, daß der p. Heinrich Ehler, welcher hier derzeit in Grube gewohnt und die hiesige Schule besucht haben soll.
Aber in den Melde-Bücher nicht ersichtlich ist, wohl als ein ordentlicher Junge betragen hat, ist wohl nicht zu schweifen, jedoch ein Führungsattest wehr wohl schwachmähig wenn es von der Schulbehörde ausgestellt würde.
Der Gemeindevorsteher.
Hermes.
Ob es nicht zweckmäßiger wäre, die preussische Regierung Nebe ihre Gemeindevorsteher erst einmal richtig Deutsch lernen, bevor sie die Dänen in Nordschleswig gewaltsam verpreußt?
Buenos Aires unter Wasser.
Die Ueberschwemmung in der argentinischen Hauptstadt nimmt einen immer größeren Umfang an. Wie ein Telegramm meldet, erreicht das Wasser in den starkbevölkerten Stadtvierteln Nueva Poyeha und Abellana eine Höhe von zwei Metern. Auch eine Anzahl von Dörfern ist überschwemmt. Mehrere Häuser sind eingestürzt und haben zahlreiche Personen unter ihren Trümmern begraben. Die Flüge erleiden Verspätungen. Tausende sind obdachlos. Man glaubt, daß viele Personen, die während der Nacht in den Häusern von den Fluten übertrasselt wurden, umgekommen sind.
Todessturz eines Aviatikers.
Nach einer Meldung aus Bombay ist der Aviatiker Emanuel Hemptinnes nach einem Fluge in der Nähe von Juobal mit seiner Maschine in einen Fluß gefallen. Der Flieger konnte nur als Leiche unter seinem Apparat herbeigeholt werden.
Kleine Notizen.
Arbeitereifers. In den Portlandzementwerken in Gardeggen (Hannover) geriet in der Kohlenmühle auf unauffällige Weise ein zwanzigjähriger Arbeiter in das Getriebe der Transmission. Der ganze Körper wurde durch den Treibriemen förmlich zerrissen, so daß der Tod sofort eintrat.
Schwere Gasvergiftung. In einer Kesselfabrik der russisch-polnischen Grenzstadt Sosnowice erkrankten infolge Verschädigung der Gasleitung ein Ingenieur und sieben Arbeiter an Gasvergiftung; vier von ihnen sind gestorben.
Schwarze Pöden. Im Dorfe Pfeilsdorf in Westpreußen sind in den Familien mehrerer Arbeiter die schwarzen Pöden festgestellt worden. Die Krankheit ist durch eine kürzlich aus Russland eingewanderte Witwe eingeschleppt worden. Alle Vorsichtsmaßregeln gegen Weiterverbreitung wurden getroffen.
Schweres Strafenbahnunglück in Italien. Bei der Einweihung der neuen Trambahn zwischen Albano und Zuccarella ereignete sich ein schwerer Unfall. Beim Passieren einer Brücke gleisten drei Wagen und einer stürzte in den Fluß. Dreißig Personen wurden verletzt, darunter vier lebensgefährlich.

GUMMI-ABSATZE
Continental



Angenehm weich u. elastisch!
Dauerhafter als Leder!
Eine Wohltat für Jeden!

Verlangen Sie von Ihrem Schuhmacher
Continental-Gummi-Absätze,
es sind die besten!

Alleinige Lieferanten
Schwelm Gummiwaren-Industrie, G. m. b. H., Schwelm i. Westf.

Stoffe ohne Fett
Schwarte
und ohne Lager-Fleisch
1 Pfd. 50 Pr., 5 Pfd. 2.40
Kasseler 90 Pl.

für Knöpfe, Paletots, Kostüme etc. selbst einlaufen, heißt Geld sparen!
Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudenstr. 20-21
Bettendorferstr.

Kranzspenden
sowie sämtliche Blumenarrangements liefert schnell und billig 13329*

Paul Groß
Lindenstraße 69
(L. Borsdorf-Quart.)

F. Nielsch
Friedrichstraße 245,
Wilhelmstr. 100-110

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Petersburger Viertel.
(Bezirk 358 L.)
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Arbeiter
Julius Reichow
(Weidenweg 20) gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 29. April, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
218/11 Der Vorstand.

**Verband der Schneider und
Schneiderinnen.**
Den Mitgliedern geben wir
hiermit bekannt, daß die Kollegin
Franziska Gawalska
am 25. April cr. im Alter von
37 Jahren verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 30. April, nach-
mittags 4 Uhr, von der Halle des
St. Hedwigs-Kirchhofes zu Weihen-
see statt.
163/5 Die Ortsverwaltung.

**Kranken-Unterstützungs- und
Begräbnis-Verein für Bau- und
gewerbliche Arbeiter Berlins
und Umgegend.**
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser langjähriges Mitglied
Julius Reichow
Weidenweg 20, am Sonntag,
den 29. April, verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 29. April, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
37/2 Der Vorstand.

Am Mittwoch verstarb mein
lieber Mann, unser guter Vater
und Großvater, der Klempner
Otto Stoltenburg.
Die trauernde Witwe
nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 29. April, nach-
mittags 5 Uhr, auf dem
Kirchhofe der Himmelspforten-
Gemeinde in Nieder-Schönhausen
statt. 15065

Am Mittwoch verstarb mein
lieber Mann, der Schlosser
Paul Giese.
Martha Giese geb. Krüger.
Die Beerdigung findet am Son-
ntag in Altdrenth bei Küstrin statt.

Deutscher Bauarbeiterverband.
Zweigverein Berlin.
Am Sonntag, den 29. April,
verstarb im Alter von 44 Jahren
unser Mitglied
Julius Reichow
Bezirk Osten II
an Gehirnerschütterung.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 29. April, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
138/8 Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten
die traurige Nachricht, daß unser
lieber Bruder und Schwager, der
Schlosser
Paul Giese
Alte-Moabit, Ringendorferstraße 6,
am 26. d. M., früh 4 1/2 Uhr, sanft
entschlafen ist. 15075
Die Beerdigung findet am
Sonntag nachmittags 4 Uhr in
Altdrenth bei Küstrin statt.
Die tieftrauernden Brüder
Ernst und Karl Giese.

Dankfagung.
Allen denen, welche meinem lieben
Nanne, dem Restaurateur
August Brinkmann
die letzte Ehre erwiesen haben, sowie
für die zahlreichen Kranzspenden sage
ich meinen herzlichsten Dank. 40412

Witwe **Marie Brinkmann,**
O., Komintener Straße 53.
Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung meiner
lieben Frau sage ich allen Beteiligten,
insbesondere dem Fabrikarbeiter-
Verband, dem Spar- und Lotterie-
Verein „Vorwärts“ meinen innigsten
Dank. **Ludwig Funk.**

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung meines
lieben Mannes und guten Vaters
Hermann Horn
sagen wir allen Beteiligten, insbesondere
den Kolleginnen und Kollegen der
A. G. G., sowie dem Kranken-
arbeiter-Verbande unsern herzlichsten
Dank. 15065

Frau Horn
und Kind.

**Beerdigungsverein
Berliner Zimmerleute.**
Am 24. d. M. starb nach kurzem
Krankenlager der frühere Gewerks-
kassierer, unser Mitglied
Ferdinand Plötz
im Alter von 78 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
28. April, nachmittags 3 1/2 Uhr,
bei der Leichenhalle des Kranken-
hauses am Friedhofshain aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
15085 Der Vorstand.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise der Teil-
nahme bei der Beerdigung meiner
lieben Frau, unserer guten Mutter,
insbesondere den Kollegen und
Weibern der Firma Israel unsern
aufrichtigsten Dank.
Gottfried Philipp
und Kinder.

Achtung! Am 1. Mai Achtung!
bleibt auch in diesem Jahre mein Geschäft geschlossen.
Arbeiter-Anzüge Wilhelm Pahr,
Brunnenstraße 116.

Restaurant Bellevue, Woltersdorf Schleuse,
Dampferanlegestelle, herrlicher Garten, großer Saal für Vereine und
Gesellschaften. 14726
Borzügliche Küche, Kaffeeküche, gut gekühlte Biere empfiehlt
Emil Schmitz.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,
10-2, 5-7, Sonntags 10-12 3-4

Üdkt. Bautischler,
Machinenaufsteller für Genossenschafts-
Kassentische in 1000-2000 Umlage ge-
richteten Vorkassentische 90, Berlin 76.

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35
Sie sparen Geld! Wenn Sie
Möbel direkt zu Engrospreisen
in der Möbelfabrik
H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35
kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur
eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.
35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Möbel-Angebot.
Solides Möbelgeschäft liefert bürgerliche Wohnanordnungen sowie ein-
zelne Möbel gegen mäßige Zinsvergütung bei kleiner Anzahlung u. geringen
monatlichen Teilzahlungen. Anzeigen unter Postlagerkarte 16, Postamt 103.
Kein Abzahlungsgeschäft. 14065

AnzugWoche

Beginn morgen Sonnabend!

Ausnahme-Angebote

zu besonders billigen Preisen

Sehr günstige Kaufgelegenheit
moderner Anzüge
für Herren und Jünglinge

Man beachte das
morgige Inserat!

Baer-Sohn

Kleider-Werke □ Deutschlands größte Fabrik dieser Art

Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Straße 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Der neueste Haupt-Katalog No. 42 kostenfrei.



**Schuhputz
SERVUS
das Beste**

Überall zu haben in Dosen à 10 und 20 Pf.
Fabrik: Lubazynski & Co., Berlin-Lichtenberg.

Zur Probe

NEU! 20 Stücke
auf einmal zu-
gleichem Apparat

mit Rücksendungsrecht bei Nicht-
gefallen, also ohne jede Kaufver-
pflichtung und ohne Anzahlung
lediglich gegen Monats-Raten von
2 Mark an liefern wir: Sprech-
Apparate mit Pathe-Platten,
Musik-Instrumente aller Art, photo-
graphische Apparate, Waffen etc.

Kaufen Sie niemals ohne mehr-
tägige Probe! Kaufen Sie nur
unsere adeliosen Pathe-Platten.
Alle anderen Platten werden durch
den ständigen Nadelwechsel ange-
griffen u. schließlich völlig zerstört.

Gratis

und franco senden wir auf Ver-
langen an jedermann unseren
Illustr. Katalog. Postkarte genügt.

BIAL & FREUND
Breslau Postfach 120/26

Möbel

liefert auf **Teilzahlung**
bequeme
bei kleinster Anzahlung in be-
kannter Güte
(mit größter Rücksicht bei Krank-
heit und Arbeitslosigkeit)

E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58

Fahrrad-Haus „Frisch auf“
Walter Wittig & Co.
Berlin N. 31, Brunnenstr. 35. Filiale: Kottbuser Str. 9.
Am 1. Mai sind die Geschäfte geschlossen!

Jeder **Handwerker, jeder Arbeiter**
kauft seine Kleidung in dem größten Spezialgeschäft von
Kohnen & Jöring, Arbeitskleidung für jeden Beruf.
Hauptgeschäft: Alexanderstr. 28. Filiale: Rosenbaler Str. 53, Ecke Weinmeisterstraße;
Hansberger Allee 118, am Friedrichshain; Rixdorf: Bergstr. 66, am Ringbahnhof.

**Kranken-Unterstützungs- und
Begräbnis-Verein für Bau- und
gewerbliche Arbeiter Berlins
und Umgegend.**
Sonntag, den 30. April, vorm.
pünktlich 10 Uhr:
General-Versammlung
bei Vercht, Ritterstraße 75.,
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 1. Quartal 1911.
2. Vereinsangelegenheiten und Ber-
echnung. 37/3
NB. Arbeiter jeden Berufes, welche
das 16. Lebensjahr erreicht und das
50. nicht überschritten haben und
Mitglieder des Vereins werden
müssen, werden in der Versammlung
aufgenommen.
Jedes Mitglied ist verpflichtet, zu
erscheinen.
K. A. Gasegast, Goldbiter Str. 75, part.,
Vorsitzender.

**„Berliner Arbeiter-
Radfahrer-Verein“**
Mitglied des Arbeiter-
Radfahrer-Bundes
„Solidarität“.

Touren
zum Sonntag, den 30. April:
1. bis 5. Abt.: 7 Uhr: Rauen
(Rumple). 12 1/2 Uhr: Ballenhausen-
Seegefeld (Rudow).
6. bis 11. Abt.: 7 Uhr: König-
Wusterhausen (Altes Schützenhaus).
1 Uhr: Niederhorst.
Start: an den bekannten Stellen.
Die Zentralfahrtleitung findet
der Generalversammlung wegen am
12 Mai statt. 12/1

Sichtenberg und Umgegend.
Abteilung Sichtenberg und Jugend-
abteilung: 5 Uhr: Leupitz (Zornow
Abt.). 12 Uhr: Proletus (Gärtner).
Start: Harenstraße 74.
Abt. Friedrichsfelde: 4 1/2 Uhr:
Berber (Schwarzer Acker). Start:
Berliner Str. 68.
Abt. Hohen-Schönhausen: 4 1/2 Uhr:
Berber (Schwarzer Acker). Start:
Berliner Str. 85.
Abt. Vorhagen - Himmelspforten:
7 Uhr: Streifzüge durch den Blumen-
tal. Start: Dorfstr. 9.

Vorbeugung der Syphilis durch
Ehrlich-Hata 606.
Anführungszeichen über Vorsichts-
maßregeln u. Erkennung d. Lust-
seuche von Dr. Zikel. Für
M. 1.— franco d. d. Medizin. Verlag
E. Schweizer & Co., Berlin NW. 87a.
Am 30. April 1911
Laubland in Groppegraben
(sticht an Rennbahn) unweit Bohn, hart
an Frankl. Chaussee, ist in H. Parzellen
u. Eigent. billig z. verpachten. D. F. L. 175
Groschmanns Ann.-Bur., Alexanderstr. 1.



A. WERTHEIM

G. M. B. H.

Rosenthaler Str.

Oranien-Strasse



Besonders preiswertes Angebot!

Baumwoll-Musselin 28 Pf.
bedruckt, neue Muster Mtr.

Gestreifter Zephir 28 Pf.
für Blusen Mtr.

Gestreifte Zephir-Blusen 1.60
mit Falten

Batistblusen 2.15, 2.65, 3.50
weiss, mit Stickerei

Herrensocken
Mako
30 und 48 Pf.

Damen-Strümpfe
schwarz od. geringelt . . **35**,
braun u. schwarz durchbrochen . . **55 Pf.**

Gummigürtel
für Damen
95 Pfennig.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das fettgedruckte Wort 20 Pf. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). Stellengeseuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Vorwärtsleser erhalten fünf Prozent Extrarabatt, selbst bei Gelegenheitskäufen Teppich-Thomas.

Teppiche, farblich, spottbillig.

Schlafdecken, Schülerplais 1,15.

Teppichdecken, Schülerteppich 3,75.

Teppich-Thomas, Oranienstr. 160, Oranienplatz; Rosenfelderstr. 54. 25008*

Grundbegriffe der Politik, von Friedrich Stampfer, Gebunden 3 Bde. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69 (Laden).

Federbetten, Stand 11,00, große 16,00, neue Aussteuerbetten, Aussteuerkissen, Gardinen, Portieren, Teppiche, Decken, große Auswahl, spottbillig. Pfandleihhaus, Köpenickerstr. 7. 22008*

Kredithaus Wobitz, Turmstr. 55. Jede Wochentage, erhalten Sie Möbel und Waren jeder Art auf Teilzahlung, unter denkbar günstigen Zahlungsbedingungen. Spezialität: Herren- und Damenbekleidung. Grátis erhält jeder Herr beim Kauf eines Anzuges oder Paletots einen Hut, Stock oder Schirm; jede Dame Handtasche oder Gürtel. Beim Kauf größerer Wohnungseinrichtung Teppich oder Regulator. 22008*

Drehbrosen, Kollertzergerate, Biogeschalen, Krüge u. Nissen, Baumgummi, Str. 29. Täglich Verkauf. 24178*

Teppiche: (sehr billige) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Drinn, Hofescher Markt 4, Bahnhofstraße. (Leder des „Vorwärts“ erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Herrengarderobe ohne Geld bei kleiner Anzahlung in reicher Ausstattung. Der ganze Ofen läuft bei und Kreditmann u. Co., Koppenstr. 4 (Schlesischer Bahnhof).

Kalenderbuch für Gartenfreunde Ein Kalender für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des häuslichen Gartens, Gemüse- und Obstgärtens von Max Desbrières. Zweite vermehrte Auflage. Mit 187 Farbabbildungen. Preis 3,50 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstr. 69.

Gardinen: Gardinenhaus Bernhard Schwarz, Wallstraße 13 - Gardinenfabrik. 22418*

Portieren: Gardinenhaus Bernhard Schwarz, Wallstraße 13 - Gardinenfabrik.

Tüllbestanden: Gardinenhaus Bernhard Schwarz, Wallstraße 13 - Gardinenfabrik.

Teppiche, Gardinenhaus Bernhard Schwarz, Wallstraße 13 - Gardinenfabrik.

Neu! Kolonie Schöntal bei Jepernitz (Steiniger Vorortbahn). Billige Land- und Waldparzellen, Quadratante von 7 Mark an, verkauft aus erster Hand bei geringer Anzahlung. Näheres: Jepernitz, Dorfstraße 22b. 25408*

Herrenanzüge, Herrenpaletots, aus feinsten Stoffen, zurückgelegt, 16,00-38,00, verkauft Deutsches Versandhaus, Jägerstraße 68, I. Arma-Druckerei. 14898*

Teppiche, Portieren, Tülldecken, Gardinen, Steppdecken, Aussteuerkissen, Tischdecken, Divandecken, spottbillige Nissenplais. Potsdamerstraße 109, Teppichhaus Conrad Fischer. Vorwärtsleser Extrarabatt. 25018*

Herrmannplan 6. Pfandleihhaus. Staumendbillige Gardinenanzüge, Bettdecken, Herrenpaletots, Herrenhosen, Extrabilliger Bettenverkauf. Wäscheverkauf, Teppichdecken, Tischdecken, Nissenanzüge, Schmutzlappen, Taschentücher, Handtücher, Vorleibhafte Einkaufsquelle. Pfandleihhaus Herrmannplan, auch Sonntags geöffnet. 720*

Damenanzüge, Mädchenanzüge, Rodencaps, Einzelverkauf zu Engrospreisen, auch Rohanfertigung. Nicht Neue Köpenickerstr. 58 I. 25288*

Kinderwagen, Kleiderwagen gratis. Klappwagen, Kinderbetten, Metallbetten. Billigste Spezialgeschäft, Teilzahlung, Beihagenburgerstr. 3, Kottbuserdamm 90. 21118*

Die Grundbegriffe der Wirtschaft, Eine populäre Einführung von Julian Forstardt. Preis 40 Pf. Expedition Vorwärts, Lindenstr. 69.

Similiseidene Teppichdecken 4,15 (Seidenerzeit). Polster-Teppichdecken 8,50, große Schlafdecken, grau-rot, 1,10, Normal-Schlafdecken 1,65. Inventur-Ausnahmepreise. Teppichhaus Emil Leschke, Oranienstr. 168. *

Jugendzur-Räumungopfer nur kurze Zeit. Extraliste gratis und gratis. Teppichhaus Emil Leschke, Oranienstr. 168. 19088*

Tambouriermaschinen Hofmeyer, alleiniger Fabrikant Westmann, Gollnowstraße 26. Dreifache billig, Abzahlung günstig. 20598*

Vorjährige sowie zurückgelegte Herrenanzüge und Paletots, teilweise aus besten Rohstoffen 15-40 Mark. Abonnementhaus, Jägerstraße 11.

Zurückgelebte Beinleder 5-12 Mark. Beileitung von Beileidungsanzügen jeder Art. Abonnementhaus Jägerstraße 11. Bitte genau Hausnummer beachten! 24248*

Geschichte der Revolutionen, von A. Conrad, wöchentlich ein Heft a 20 Pf. Bestellungen nehmen die Ausgabestellen des „Vorwärts“ entgegen. Probehefte gratis.

Monatsanzüge und Winterpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Herbstanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für farbige Figuren. Neue Garderobe zu namengebigen Preisen, aus Pfandleihhaus des alten Mannes, Lindenstr. 14.

Chae Anzahlung, Woch. 50, Bilder, Spiegel, Ferner: Möbel, Polsterwaren, Teppiche, Gardinen, Steppdecken, Tischdecken, Bettdecken, Portieren, Uhren, Gasdröten, Beber Grenzauerstraße 25. Besuch eventuelle. 25188*

Teppiche (Gartenstühle), Steppdecken, Gardinen, Tischdecken, Tüllbestanden, Lebergardinen, Sofa, Kissen, spottbillig. Fabriklager Annerhof, Große Frankfurterstraße 9, Nureingang. Vorwärtsleser zehn Prozent Sonntags geöffnet. 24888*

4.25 prachtvolles Bett, ganzer Stand 10,00. Brautbetten ganzer Stand 24,00, 27,00. Laken, Damalbedüge 3,50, nur Beizgen-Pfandleihe, Bringenstraße 34 I. 25488*

Wäscheartikel: Hocheraten 1.-, Wäscheartikel Lewin, Oranienstr. 12. 6578*

Prima Gutsmitz, zweimal täglich frisch, Str. 18, Zentralmarkthalle Köpenick. 657

Eggendorfer (Café) verkauft billig Bauparzellen. Via, Berlin, Embdenstraße 33. 6576

Billig, billig, billig! Monatsanzüge, wenig getragene Winterpaletots, Beinleder, Frack, Smoking, Kauf man nur bei Beizgarten, Bringenstraße 28 I, Ecks Haus Ritterstraße, früher 20 Jahre Büchsenstraße. *

3.25 Steppdecken, Brautsteppiche, Plüschschliffdecken 5,00, Portieren 3,75, Gardinen, Bezüge, Laken nur Oranien-Pfandleihe, Dramenstraße 23a. *

3.90 prachtvolle Betten, 7,00 baumige Betten, 10,00 ganzer Stand, rot-schwarze Inlette, nur Oranien-Pfandleihe, Dramenstraße 23a. Jahrgeld vergütet. 6510*

Geschäftsverkäufe.

Restaurierung zu verkaufen. Erstragen Köpenick, Wäckerstraße 3. 7119

Restaurant billig zu verkaufen. Rieße 800 Mark. Offerten unter E. 4 an die Expedition dieses Blattes.

Restaurierung preiswert wegen Bezug nach außerhalb sofort veräußert. Schöneberg, Vorbergstraße 9. *

Möbel.

Wiederverkauf! Sofas, Garnituren, Kleiderstühle, Veritabs, Schreibtische, Spiegel, Bettstellen, Küchenschrank, Pianinos, ganze Einrichtungen spottbillig, große Gelegenheit, Nissenanzüge, 5 Stagen. Möbelwerkerei Neue Köpenick, 5/6, Beberstraße 202. Sonntags geöffnet. Teilzahlung gestattet. 24019*

Verwalter verkauft Kupferwaren, fast neu, mit hochgelegener Plüschgarnitur. Teppich, Krone, prachtvolle Küchenschrank, Küchenschrank 190,- nur Privatkaufen, Kupferwaren, Köpenickerstr. 11-2. 6419

Sofort veräußert: (Gändler werden!) Schreibisch, elegantes Plüschsofa, Umbau, 2 englische Bettstellen, Ankleidekranz, Spiegel, Plüschschliff, Ausziehisch, Kleiderkranz, Spiegelveritab, Plüschschliff, Truhen, Wandbilder, Gasdröten. Köpenickerstr. 11, vorn I rechts, Fischer.

Möbel, Teilzahlung, Etude und Küche, schon bei 15 Mark Anzahlung. Einzelne Möbelstücke, wöchentlich eine Mark, verkauft Möbel-Magazin Gohn, Große Frankfurterstraße 58. 22168*

Brautleute sparen viel Geld durch günstigen Einkauf in der Möbel-, Polsterwaren-Fabrik Max Reumann Oranienstr. 202. Teilzahlung gestattet. Vorwärtsleser 3 Prozent. *

Möbel ohne Geld bei ganz kleiner Anzahlung, besten Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisermäßigung. Der ganze Ofen läuft bei uns. Kreisbühnen u. Co., Koppenstraße 4, Schlesischer Bahnhof. 19518

Ottostraße 2, nahe der Turmstraße, im Laden, erhalten Sie solide gearbeitete Möbel jeder Art, mögliche beste Garantie übernehmen, zu außerordentlich billigen Preisen. Sollten Leuten gewöhnte Teilzahlung mit nur geringem Aufschlag. Bei größerer Anzahlung auch ohne Aufschlag. Veräußerung ohne Kaufzwang erbeten. J. Kirlein. *

Möbel, Gelegenheitskäufe in englischen Bettstellen, Wochschliffen, Verbindungstischen, Schlafzimmern, modernen Schränken, Truhen, Plüschschliff, Schreibtischen, kompletten Kücheneinrichtungen in Möbelwerkerei Gollnowstraße 49, Hirschowitz. *

Möbelhandlung Berlin-Oranienstr. 25, billige Preise. Teilzahlung gestattet. Vorwärtsleser 3 Prozent Rabatt. 25038*

Möbel-Verkauf, Oranienstr. 7, am Rosenthaler Tor, Wohnungseinrichtungen auf Kredit und gegen bar. Nissen-Anzüge, Etude und Küche Anzahlung von 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke von 5 Mark Anzahlung an. Hervorragend schöne Küster in bunten Küchen, Wochens, Monats- oder vierteljährliche Raten nach Lebens-einkunft. Lieferung auch nach auswärts. Vorzeiger dieses Anzeigers erhält beim Kauf 5 Mark gutgeschrieben. *

Auf Teilzahlung liefert komplette Wohnungseinrichtungen, sowie einzelne Möbel unter kulantesten Zahlungsbedingungen. Tischlermeister Nolte, Jägerstraße 39. 15095*

Chaiselongue, Valentinstadt 23,-, Lederhühner 70, Kago, Ritterstraße 88. 642

Bilder.

Fertigerahmte Bilder, Iose Blätter, Delgemalde, Leisten und Rahmen kaufen Sie heute am billigsten direkt in der Fabrik bei Bilderverlag, Berlin, Weinmeisterstraße 2. Verlängen Sie nach dem Einkauf 5 Prozent. 23808*

Fahrräder.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, einmal benutzt, 35,-, Holz, Blumenstr. 83b. 21088*

Fehlerfreies Brennborrad 25,00 und Freilaufborrad. Straßburgerstraße 30, Fischgeschäft. 1510b

Fahrradkäufe 25,00, neue spottbillig, Fahrradwerke, Fahrradrep. u. Reparatur, Große Frankfurterstraße 14. 6219

Musik.

Klavierkursus, Erwachsenen Schnellmethode. Monatspreis 3,00, Klavierübungen frei. 20 Klavier. Musikfabrik, Oranienstr. 147, Korymbus, Uniontheater. 6413*

Verschiedenes.

Patentanwalt Bessel, Gütshinerstr. 94a.

Patentanwalt Müller, Gütshinerstr. 81. 24808*

Kunstkopiererei von Frau Kofsky, Schützenstr. 8 III.

Marinabälle, Gram 4,70, Jagdbüchse, Silber, Altgold, Kunstblumen, Auguststraße 19, III. 757*

Jahresgebisse, Zahn bis 80 Pfennig, Goldschmied, Pfandleihhaus Köpenick, Köpenickerstr. 76. 21113*

Kupfer, Messing, Metallarbeiten, Silberarbeiten, Goldschmied, Rieper Köpenickerstraße 20a (gegenüber Wasserturm). 2058*

Handwerker, Werkmeister, Hornmermeister, Poliermeister, Tischlermeister (Tages-, Abendkurs), Honorar möglich. (Monatskursen). Sprechzeit: 7-9 abends, Mittwoch, Sonnabend angenommen, Sonntag 10-12. Rieper, Auguststr. 15. *

Englischen Unterricht (Einzelstunden und in Klassen) für Anfänger und Fortgeschrittene. Frau G. Eberhart, Charlottenburg, Stadtgartenstr. 13, Gartenhaus III. 22388*

Schnelle und billige Erwerbung und Verwertung von Patenten, Gebrauchsmustern und Warenzeichen. Probest. kostenlos. Thome u. Co., Berlin SW. 48, Friedrichstr. 249. *

Jahresgebisse, Goldschmied, Silber, Platin, Pfandleihhaus Köpenick, Köpenickerstr. 76. 21113*

Niederl. Steuer-Reklamationen fertig. Köpenick, Bergstraße 154. 727

Pfandleihe Marktstraße 27. *

Kanarienvogel kauft, Postlagerkarte 120, Postamt 43. 64200*

Putzmaier, tüchtige Kraft, organisiert, wird für Annoncen- und Samstags-Abrechnung als Teilhaber gesucht. Offerten unter „D. 4“ an die Hauptexpedition des „Vorwärts“.

Vermietungen.

Andreasstraße 70: Keine Wohnungen billig. 14898*

Dittmannstraße 15 schöne Wohnungen, 2 Stuben und 1 Etude und Küche von 21 bis 29 Mark sofort und 1. Mal zu vermieten. Näheres beim Wirt. 25018*

Zimmer.

Möbliertes Zimmer mit Schreibtisch zu vermieten. Frau Jacoby, Wiesenstraße 10, vorn II. 13196*

Sauber möbliertes Zimmer, Friedrich, Rheinsbergerstraße 23, vorn IV. 750*

Möbliertes Zimmer vermietet. Thierstr. am Urban 19, vorn IV. 15148

Möbliertes, billiges Balkonzimmer, 1-2 Herren, Wiedigstraße 10, vorn III, Witwe Bitterhoff. 7131

Freundlich möbliertes Zimmer findet Parteilogenes Kottbuser Ufer 61, I rechts. 15145

Flurzimmer, einseitig für zwei Herren, 14,00, vermietet. Köpenick, Mannstraße 13 III. 15015

Möbliertes Zimmer, Jägerstraße 17, Quergebäude I, Et. 655b.

Kleines möbliertes Zimmer, Seebahnstraße 6, Hof parterre. 653

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle, separater Eingang, 10 Mark. Czepaniad, Gollnowstraße 9. 7139

Möblierte Schlafstelle vermietet. Köpenick, Schwedenstraße 4, rechter Seitenflügel I. 753*

Schlafstelle Kolonnenstr. 31, Mittag. 15138

Möblierte Schlafstelle für Genossen bei Sengin, Reichstraße 30, II. 799

Möblierte Schlafstelle zu vermieten. Pappeallee 47, Quergebäude II. Witwe Bogynski. 7118

Bessere Schlafstelle, ein oder zwei Mädchen, Stallstraße 123, Hof II. 15138

Sofort zwei Herren vermietet. Köpenick, Adalbertstraße 62. 7192

Schlafstelle, möbliert (freundliches Heim), Jägerstraße 33/34, Seitenflügel III rechts. 6511

Möblierte Schlafstelle zu vermieten. Köpenickerstraße 142, Quergebäude eine Treppe, Jägergang, Reher. 6514

Möblierte Schlafstelle zu vermieten. Witwe Kalbe, Köpenickerstraße 26, vorn. 6576

Schlafstelle, sauber, Herrn, Köpenickerstraße 24, vorn III links. 6511

Möblierte Schlafstelle, Köpenick, Eisenbahnstraße 6 II. 7116

Mietsgesuche.

Möbliertes Zimmer zum 1. Mal gesucht. Offerten, Preis, „P. 14“ „Vorwärts“, Jägerstraße 14/15.

Junger Mann sucht billiges, sauberes Heim Nähe Stadtbahn Köpenick oder Treptow. Gefällige Offerten Postamt 4, Charlottenburg. 761

Herr sucht eine alleinige, aber durchaus ruhige Logis-Schlafstelle, ganz gleich, ob in oder um Berlin. Dieselbe muß sich im obersten Stockwerk und nach vorn befinden. Am liebsten bei alten, kinderlosen Leuten. Offerten mit Preisangabe bis 1. Mai unter P. P. Expedition Köpenickerstraße 49. 7138

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Hier Detachierte und Kohlenkoffer auf Garderoben gesucht. Gebr. Wittenberg, Köpenick, Köpenickerstr. 4. 7144*

Gändler, Hausierer für Kreutz zum 1. Mai gesucht. Rudolf Antonie, Gollnowstraße 69. 7148*

Tüchtige Bauhölzer verlangt. Turmstr. Nummer 3. 7138

Sattlergesellen verlangt. Köpenick, Jägerstraße 25. 7156

Vader, auch zum Muster schneiden geeignet, sucht Goldschmied, Köpenick, Jägerstraße 18. 1512b

Tüchtiger Maler für Leipziger Goldschmied gesucht. Näheres B. Groß, Billa, Berlin, Alte Köpenickerstr. 7. 1500b

Möbelschleifer findet sofort dauernde Beschäftigung. Brederode, Köpenickerstr. 1. 1502b

Arbeiter, der selbständig Gipselfisch herstellen kann, verlangen. Köpenick u. Co., Groß-Köpenicker-Weil, Köpenickerstr. 4. 25428

Tüchtige Kattierer, aber nur erste Kräfte, auf Luxuskarosserien sofort verlangt. Karosseriewerke Wermühle G. m. B. O., Große Frankfurterstraße 187. 652

Schiffbauer und Gränzwerker verlangt. Christianen, Westendendort, Berlinerstraße 22. 1511b

Zeitungsfrauen sofort verlangt. Köpenickerstr. 48. 6511*

Hausarbeiten, Zülfrauen. Arbeiterinnen auf dem Haus verlangt. Köpenick, Köpenickerstr. 18. 1501b

Arbeiterinnen zum Sortieren von Papierballen, Anfangslohn 10,00 Mark, steigend bis 15 Mark, verlangt. Köpenick, Köpenickerstr. 11.

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Tüchtige Akquisiteure für Kinder- und Sterbekassen-Versicherung finden Anstellung mit Direktionsvertrauen unter sehr günstigen Bedingungen. Kein Feuerpensum. Offerten sub O. P. 3360 an Haasenstein & Vogler A.-G., Berlin W. 8. 15317*

Schilder-maler, der nach Zeichnung arbeiten kann, dauernde Stellung, sucht sofort. **Karl Fleischer**, Dresden A., Schmorstr. 10.

Die Bäcker vor dem Einigungsamt.

Am Donnerstag vormittag begannen die Verhandlungen der Bäcker vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts unter dem Vorsitz des Magistratsrats Schulz.

Geßhuld begründete die Forderungen der Arbeiter. Bei der Lohnbewegung im Jahre 1907 handelte es sich in der Hauptsache um die Erringung eines wöchentlichen Ruhetages und die Beseitigung des Kost- und Logiszwanges.

Obermeister Schmidt erklärte, die Bewilligung der aufgestellten Forderungen bedeute für die Meister eine Mehrbelastung von 40-50 Proz. und werde viele Existenzen zugrunde richten.

tag brauche nicht verkürzt werden, denn er werde ja durch Pausen von einer, in manchen Betrieben von 2-3 Stunden unterbrochen.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden Schulz wurden zunächst die von Geßhuld als den prinzipiellen Teil der Forderungen bezeichneten Punkte behandelt.

Schneider und Geßhuld erklärten diesen Vorschlag der Meister für unannehmbar. Das sei kein paritätischer Arbeitsnachweis, sondern dieselbe Einrichtung, die 1906 zum Bruch des Vertrages führte.

Obermeister Schmidt erklärte hierauf, die Meister hätten die ehrliche Absicht, einen unparteiischen Arbeitsnachweis einzuführen.

Nach dieser Erklärung des Obermeisters Schmidt konnte man annehmen, daß eine Vereinbarung über die Gestaltung des Arbeitsnachweises keine Schwierigkeiten machen werde.

Um 1 Uhr zog sich das Einigungsamt zur Beratung zurück. Wiederholt wurden Sonderbesprechungen bald mit den Vertretern der einen, bald mit denen der anderen Partei gepflogen.

Anscheinend teilen die übrigen Meistervertreter nicht den Standpunkt des Herrn Schmidt, oder seine Erklärung ist nicht als eine Billigung wirklicher Parität aufzufassen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 30. Heft des 29. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Krieg und Frieden. Betrachtungen zur Raiffeiser. Von Karl Rautsch.

Heuilleton der Neuen Zeit Nr. 39: Vom Gedächtnis. Von Ernst Pmt. Religionsgeschichtliche Streifzüge. V. Von Heinrich Cunow.

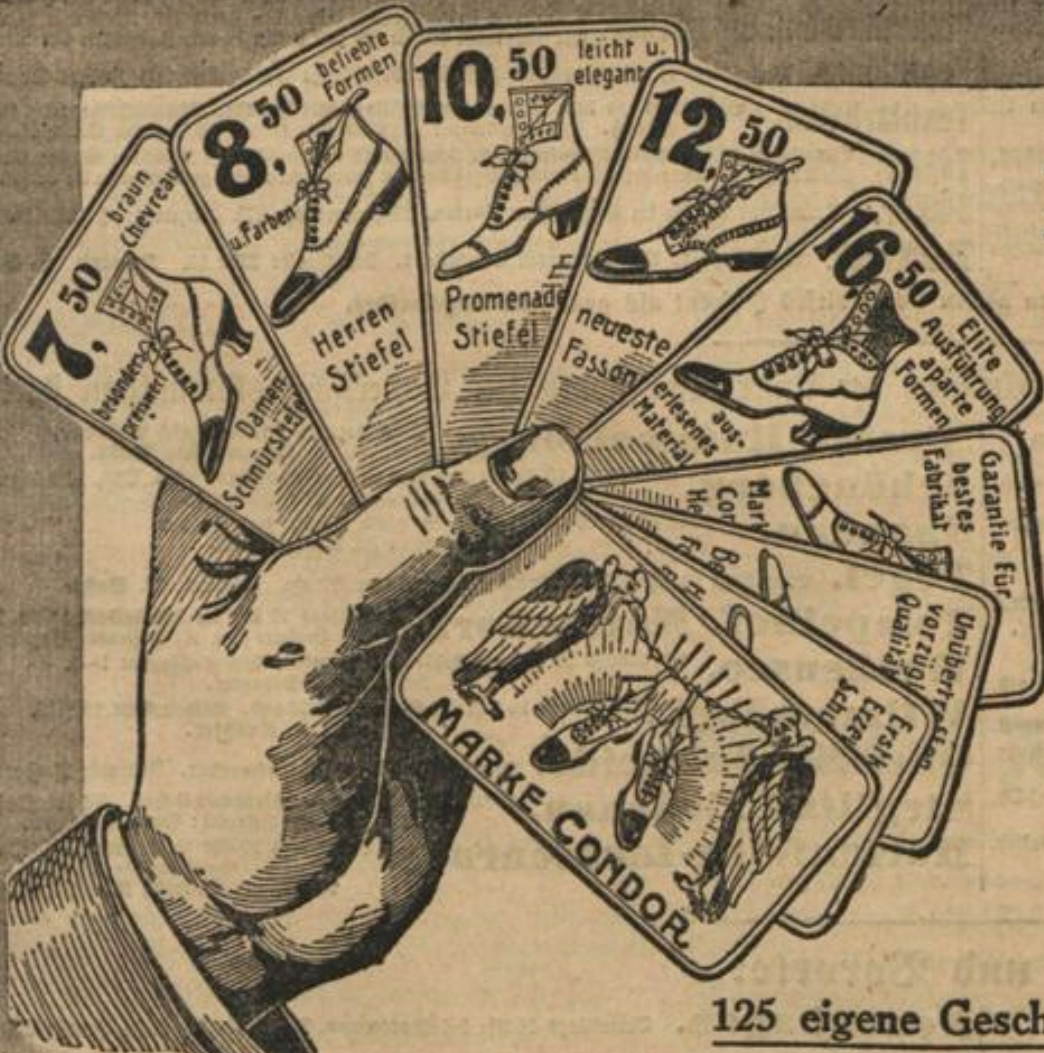
Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Marktpreise von Berlin am 26. April 1911, nach Ermittlung des Königl. Reichsanwalts. Markthallenpreise. (Reinhandel.) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00-50,00.

Maizeitung 1911

soeben erschienen. Reichhaltiger Inhalt. U. a.: „Sturmtraum“ von Franz Diederich — „Raiffeiser und Reichstagswahl“ von H. Müller — „Die Jugend vor der Front“ von Karl Korn — „Die Frau in der heutigen Gesellschaft“ von Hermann Wendel — „Die Gewerkschaftsbewegung — eine Kulturbewegung“ von Paul Umbreit — „Der Weltfriede und das Proletariat“ von Ph. Scheidemann.

Buchhandlung Vorwärts Berlin SW. 68 Lindenstraße 69 (Laden).



Unvergleichlich preiswerte Frühlings-Neuheiten

- Damen-„Pumps“ f. Chevette, f. Kalblack 5.50
Damen-„Pumps“ braun Chevette 6.50
„Oxford“-Knopfschuhe in feinen Farben 5.90
Schnürschuhe echt Cheveau, schwarz und braun mit modernen farbigen Einsätzen . . 7.50
Lasting-Schnürschuhe für leidende Füße 3.90
Knaben- und Mädchen-Schnürstiefel braun, echt Cheveau, mit Lackkappen, elegant und solide
Gr. 25-26 27-28 29-30 31-33 34-35 36-38
5.25 5.75 6.25 6.75 7.25 8.00
Sandalen gesundes Tragen Gr. 36-42
2.50 2.80 3.00 3.40 3.70 4.20

125 eigene Geschäfte, davon in Berlin und Umgebung:

Conrad Tack & Cie. Schuh-Fabrik Burg bei Magdeburg

- C. Spittelmarkt 15 (Telhaus)
C. Rosenthalerstrasse 14
W. Potsdamerstrasse 50
W. Schillstrasse 16
NW. Turmstrasse 41
NW. Wilsnackerstrasse 22
NW. Beusselstrasse 29
N. Friedrichstrasse 127
N. Müllerstrasse 3
N. Reinickendorferstrasse 23
N. Brunnenstrasse nur 37
N. Danzigerstrasse 1
O. Andreasstrasse 50
O. Frankfurter Allee 123
SO. Oranienstrasse 52
SO. Oranienstrasse 2a
SO. Wrangelstrasse 49
SW. Friedrichstrasse 240-241
Charlottenburg: nur Wilmersdorferstrasse 122-123
Rixdorf: Bergstrasse 30-31
Potsdam: Brandenburger Strasse 54

Achtung! Gewerkschaften.

Öffentliche Versammlungen am 1. Mai.

Sämtliche Versammlungen finden mit Hilfsarbeitern und Frauen statt.

Die Tagesordnung in sämtlichen Versammlungen lautet:

Die Bedeutung des 1. Mai.

Glaser, Glasarbeiter, Glasschleifer, Glasbläser, Hilfsarbeiter u. -Arbeiterinnen. Vormittags 10 Uhr bei Liska, Remler Str. 67. Referent: G. Girbig.

Graphisches Gewerbe. Treffpunkt der Glaser 9 1/2 Uhr im Hauptrestaurant des Gewerkschaftshauses. Treffpunkt der Glas-
schleifer und Glasbläser um 9 Uhr im Vereinstokal, Wackelstr. 18.
Gruppenversammlung: **Buchdruckerei (Kleiner Saal), am Tempelhofer Berg,** vormittags 10 Uhr. Referent: H. Maslitz.

Handels-, Transport- u. Verkehrsgewerbe. Gruppenversammlung im Deutschen Hof, Ludauer Str. 15, mittags 12 Uhr.
Referent: M. Grünwald.

Leitergerüstbauer u. Platzarbeiter. Vormittags 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal 3. Referent: C. Franke.

Holz- u. Bretterträger. Vormittags 10 Uhr im Königsbühnen Kasino, Holzmarktstr. 72. Referent: J. Fromke. Die in der Holzindustrie tätigen Väter und Hausdiener, als auch die in der Metallindustrie tätigen Berufsbekleideten, sowie die Drechsler und Klebholzwerker beteiligen sich an dieser Versammlung.

Lederbearbeitung. Gruppenversammlung vormittags 10 Uhr bei Schmidt, Pringelallee 33. Referent: Gammacher.

Nahrungs- u. Genussmittel-Gewerbe. Vormittags 10 Uhr, in Becker's Festsaal, Weber-
straße 17. Referent: Fritz Jubeil.

Schneider und Schneiderinnen, Wäsche- und Krawattenarbeiterinnen und Zuschneider. Vormittags 10 Uhr: Keller's Neue Philharmonie, Köpenicker Str. 96/97. Ref.: H. Hofmann.
Treffpunkt der Bäcker, Krawatten-, Hüte-, Reglig-, Anzetz- und Schürzenbranche sowie der Wäscherinnen und Wäscherinnen vormittags 10 Uhr in Schulz' Festsaal, Am Königsgraben, Rungstr. 17.

Asphalteure und Pappdachdecker. Treffpunkt: Gewerkschaftshaus.

Bäcker und Konditoren. Vormittags 10 Uhr in den Konfektions-Festsaal, Andreasstr. 64. Referent: G. Wöhlich.

Deutscher Bauarbeiter-Verband. Maurer, Miesener, Badofenmänner, Kunststein-
verleger, Isolierer und Tischhölzler.
Vormittags 10 Uhr in der Berliner Buchdruckerei, Tempelhofer Berg. — Referent: W. Manasse.
Treffpunkt der Hülfsarbeiter bis 9 Uhr bei Habel, Bergmannstraße; dann Umanisch.

Putzer. Vormittags 10 Uhr: Klein's Festsaal, Holtenauer Str. — Referent: F. Kofke.

Gips- und Zementarbeiter. Vormittags 10 Uhr: Alt-Berlin, Blumenstr. 10. Referent: A. Wuschel.

Holz-, Stein- und Gips-Bildhauer und Modelleure. Vormittags 10 Uhr in der
Alhambra, Berliner-Theater-
straße 15. — Referent: Dr. A. Verstein.

Bootsbauer. Vormittags 10 Uhr im Arbeiternachweilokal, Stralauer Allee 17a. Referent: Johann Hinrichsen.

Böttcher. treffen sich vormittags 9 Uhr im Restaurant des Gewerkschaftshauses und gehen in die
Versammlung der Holzarbeiter nach Neue Welt.

Buchbinder u. Buchbinderei-Arbeiterinnen, Etui- u. Leder-Galanterie-Arbeiter u. -Arbeiterinnen. Vormittags 10 Uhr im Restaurant Sophien-Säle, Kottbuser Damm 76. Referent: C. Gerschold.
Treffpunkte: Album-, Mappen- u. Galanteriebranche: 1/9 Uhr bei Wöhlich, Schallerstr. 22. Buchbinder-
branche: 1/9 Uhr bei Bercht, Müllerstr. 75. Goldschmiedbranche: 1/9 Uhr bei Ranzig, Reichensberger
Straße 16. Buchpapierbranche: 1/9 Uhr Fürstenthor, Köpenicker Straße 137. Kartonbranche:
1/9 Uhr Gewerkschaftshaus, Restaurant.

Dachdecker. Vormittags 10 Uhr im Englischen Garten, Alexanderstr. 27a. Referent: C. Ziller.

Fabrik- und Hilfsarbeiter. Vormittags 10 Uhr im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11/12. Referent: H. Woldi.

Gemeindearbeiter. Vormittags 10 Uhr im Gewerkschaftshaus (Saal 5). Referent: H. Feinig.

Holzarbeiter. Vormittags 10 Uhr in der „Neuen Welt“, Holtenauer Str. 108/114. Referent: Frau Luise Jick vom Parteivorstand.
Die Mitglieder der einzelnen Branchen treffen sich vormittags 8 Uhr in folgenden Lokalen:
Fürstenthor bei Preuss, Holzmarktstr. 65.
Hofenlager im Gewerkschaftshaus, Zimmer 2.
Einleger im Gewerkschaftshaus, Saal 11.
Fahnenarbeiter bei Walter, Köpenicker Str. 62.
Kammacher bei Walter, Köpenicker Str. 62.
Kleidermacher bei Kling, Breslauer Str. 28.
Kleidermacher im Märkischen Hof, Admiral-
straße 18a.
Kordmacher bei Krause, Ludauer Str. 20.
Maschinenarbeiter bei Merkmöhl, Andreasstr. 26.
Modell- und Fabrikarbeiter im Rosenthaler Hof,
Rosenthaler Str. 11/12.
Perlmutterarbeiter bei Thomas, Reichstr. 5.
Rahmenmacher bei Wehlich, Schaller Str. 22.
Stellmacher im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße.

Hutmacher, Blumen-, Federnarbeiter und -Arbeiterinnen. Vormittags 10 Uhr,
Königsplatz 5/6. Referent: J. Sassenbach. Treffpunkt: Große Hamburger Str. 18/19.

Schmiede und Kupferschmiede. Vormittags 10 Uhr in Dittes Festsaal, Sebastianstr. 33. Referent: Otto Hanke.

Kürschner. Vormittags 10 Uhr in den Musikern-Sälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 18. Referent: P. Pawlowitsch.

Maler und Lackierer. Vormittags 10 Uhr in den Andreas-Festsaal, Andreasstr. 19. Referent: Emil Dittmer.
Die Maler der Küchenmöbelbranche Treffpunkt 8 1/2 Uhr im Englischen Garten, Alexanderstr. 27a.

Metallarbeiter. Vormittags 10 Uhr in der Brauerei Friedrichshagen, Am Friedrichshagen 16-23. Referent: G. Verstein.
Besondere Zusammenkünfte sind vorher nicht. Sämtliche Metallarbeiter begeben sich direkt in das Versammlungskokal.

Schuhwaren-Industrie. Gruppenversammlung vormittags 10 Uhr im Schweizergarten, Am
Friedrichshagen 29-32. Referent: Davidsohn.

Porzellanarbeiter und Schildermaler. Gewerkschaftshaus, Engelauer 15 (Saal 1),
vormittags 10 Uhr. Referent: W. Groger.

Sattler, Portefeullier. Vormittags 10 Uhr in der Brauerei Königsplatz, Schönhauser Allee 10. Referent: W. Schippel.

Steinarbeiter. Vormittags 10 Uhr in den Arminköchen, Kommandantenstraße 58/59 (Kleiner Saal). Referent: A. Trunsel.

Steinsetzer, Rammer und Steinhauer. Vormittags 10 Uhr Sophien-Säle, Sophien-
straße 17/18. Referent: Dr. G. Wehl.

Stukkateure u. Gipsgießer. Vormittags 10 Uhr Keller, Köpenicker Str. 96/97. Referent: G. Bauer.
Die Mitglieder treffen sich um 8 Uhr in den Zahlstellen des Verbandes.

Tapezierer. Vormittags 10 Uhr Industrie-Festsaal, Deutschstraße 19/20. Referent: Kollege Engel.

Textilarbeiter. Vormittags 10 Uhr in den Prachtfaulen Alt-Berlin, Blumenstraße 10. Referent:
C. Gubich. Die Arbeiter der Textilindustrie treffen sich in ihren Vereinstokalen.

Töpfer. Vormittags 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15 (großer Saal). Referent: Eugen Bräuner.
Die Kollegen versammeln sich in den Bezirkszahlstellen u. gehen von dort aus gemeinsam in die Versammlung.

Staker. Vormittags 10 Uhr im Englischen Garten, Alexanderstraße 27a. Referent: G. Weise.

Zimmerer. Vormittags 10 Uhr Brauerei Königsplatz, Schönhauser Allee 10. Referent: G. Strödel.

Alle in Berlin stattfindenden Versammlungen gelten durch dieses Inserat als genügend angemeldet.

Außerdem finden in Groß-Berlin noch folgende Versammlungen der Unterkommissionen zur Gewerkschaftskommission statt:

Adlershof. Vormittags 11 Uhr bei Kaul, Bismarckstr. 16. Referent: Hermann Lehmann.

Charlottenburg. Vormittags 10 Uhr im Volkshaus, Rosenstr. 3. Referent: J. Goh.

Erkner. Vormittags 11 Uhr in Degebrodt's Gesellschaftshaus, Friedr. Str. Referent: F. Galda.

Groß-Lichterfelde. Vormittags 10 Uhr im Kaiserhof, Kranoldplatz. Referent: Wermuth.

Köpenick. Vormittags 10 Uhr im Wilhelmshagen (Nbh. Scheer). Referent: W. Ritsche.

Friedrichshagen. Vormittags 10 Uhr im Wilhelmshagen. Referent: P. Barthel.
Zusammenkunft 8 1/2 Uhr, Gesellschaftshaus.

Lichtenberg. Vormittags 10 Uhr bei P. Schwarz, Köpenicker Str. 25/26. Referent: Leopold.

Pankow. Vormittags 10 Uhr in Roetzsch's Gesellschaftshaus, Kreuzstr. 3/4. Referent: Ad. Tomnid.

Nieder-Schönhausen. Vormittags 10 Uhr in Neu-Karlshof, Buchholzer Straße. Referent: F. Fack.

Reinickendorf-Ost. Vormittags 10 Uhr im Restaurant Kabau, Reinickendorf-Str.,
Reinickendorf 124. Referent: Rob. Fendel.

Rixdorf. 3 Versammlungen. Vormittags 10 Uhr bei Frau Hoppe, Hermannstr. 49, Felsch,
Knechtstr. 48/49. Bürgerhalle, Bergstr. 147.
Referenten: A. Schmidt, Dr. Schneider, Th. Glöck.

Stralau-Rummelsburg. Vormittags 10 Uhr im Café Bellevue. Referent: Fr. Wulff.

Schöneberg. Vormittags 10 Uhr in den Neuen Rathausfaulen, früher Obst, Reisinger Str. 8. Referent: Ida Kitzmann.

Spandau. Vormittags 10 Uhr im Volkshaus (Nbh. Böhl), Favelstr. 20. Referent: Fr. Clara Wehl.

Tegel. Vormittags 10 Uhr bei Klippenstein, Spandauer Straße. Referent: R. Bahn.

Tempelhof, Mariendorf. Vormittags 10 Uhr im Wilhelmshagen, Tempel-
hof, Berliner Str. 9. Referent: Oegewald.

Weißensee. Vormittags 10 Uhr im Schloß Weiskens, Königs-Platz 1-4. Referent: A. Störmer.

Wilmerdorf. Vormittags 10 Uhr im Gesellschaftshaus, Wilhelmstraße 110/112. Referent: G. Knäuper.

Ober-Schöneweide. Vormittags 10 Uhr in Gasselwerder. Referent: J. Hartmann.

Steglitz-Friedenau. Vormittags 10 Uhr im Birkenwäldchen, Schötenstraße, Ede
Hausstraße. Referent: Emil Eichhorn.

Marienfelde-Lichtenrade. Vormittags 10 Uhr im Hermanns Restaurant,
Großbeerenstr. 78. Referent: Maria Kaiser-Umbreit.

Kartelle und Vororte:

Alt-Glienieke. Vormittags 10 Uhr bei Gentschel, Grünauer Straße Nr. 23. Referent: Veria Langwitz.

Bernau. Vormittags 11 Uhr im Schützenhaus. Referent: Genosse Knäuper.

Eichwalde. Vormittags 10 Uhr in Dittes Waldschützen. Referent: Genosse Wehle.

Grünau. Vormittags 10 Uhr bei Dahnke. Referent: Genosse Hermann Ranzig.

Königs-Wusterhausen. Vormittags 10 Uhr im Alten Schützenhaus. Referent: Ottilie Bander.

Lankwitz. Vormittags 10 Uhr bei Edel, Nützenstraße 9. Referent: Genosse Barth.

Mahlsdorf-Kaulsdorf. Vormittags 10 Uhr in Hermanns Gesellschaftshaus,
Kaulsdorf. Referent: Genosse Baumhauer.

Neuenhagen. Vormittags 10 Uhr bei Wortmann, Bahnhofstraße. Ref.: Genosse Stimmung.

Nowawes. Vormittags 10 Uhr in Schmidt's Deutschen Festsaal. Ref.: Genosse Sonnenburg.

Oranienburg. Vormittags 10 Uhr im Waldhaus, Sandhausen, Schötenstraße. Referent: Schwenz.

Teltow. Vormittags 11 Uhr bei Bonow, Berliner Str. 16. Referent: Fromke.

Trebbin. Vormittags 10 Uhr in der Plantage. Referent: Stähler.

Wannsee. Vormittags 10 Uhr im Fürstenthor. Referent: Thurow.

Zehlendorf. Vormittags 10 Uhr im Gesellschaftshaus. Referent: Hlm.

Die Reisierenden erhalten in den Vormittagsversammlungen unentgeltlich je eine Maifestmarke.

Die Anmeldung der Versammlungen der Vororte haben die Funktionäre der einzelnen Orte in der örtlich üblichen Weise zu betreiben.

Die Bureau der Versammlungen werden beauftragt, über die Zahl der Versammlungsbesucher der Redaktion des „Vorwärts“, Lindenstr. 60, schriftliche Mitteilung zu machen.

Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend.
Alwin Körsten, Engelauer 15, I.

Der Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlin und Umgegend.
L. Liepmann, Lindenstr. 60.

Mai-Feier

der sozialdemokratischen Wahlvereine

am Montag, den 1. Mai 1911.

Nachmittags- und Abend-Veranstaltungen.

Tagesordnung aller Versammlungen:

Die Bedeutung des 1. Mai.

Berlin.

Brauerei Kappoldt, Hasenheide 32—38.
Kliems Festsäle, Hasenheide 13—15.
Bock-Brauerei, Tempelhofer Berg.
Neue Welt, Hasenheide 108—114.
Gewerkschaftshaus, Engelufer 15.
Eudwig, Treptow, Köpenicker Landstraße.
Concordia-Festsäle, Andreasstraße 64.
Slysium, Landsberger Allee 40—41.

Brauerei Friedrichshain, Am Königstor.
Neumanns Volksgarten, Lichtenberg, Röderstraße 5—6.
Schweizer-Garten, Am Königstor.
Fröbels Allerlei-Theater, Schönhauser Allee Nr. 148.
Prater-Theater, Kastanien-Allee 7—9.
Ohligos Festsäle, Schwedter Str. 23—24.
Stablisement Ballschmieder, Badstr. 16.

Jos. Frankes Festsäle, Badstr. 19.
Bock-Brauerei (Abt. II), Chausseest. 64.
Voigts Theater, Badstr. 58.
Pharus-Säle, Müllerstr. 142.
Brauerei Patzenhofer, Turmstr. 25—26.
Stadt-Theater, Alt-Moabit 47—49.
Moabiter Gesellschaftshaus, Wickestr. 24.
Insel-Restaurant, Plözensee.

Referenten: Barthel — Alfred Bernstein — Dr. Borchardt — Brückner — Büchner — Gertrud David — Theodor Fischer — Richard Fischer — Regina Friedländer — Dr. Herzfeld — Adolf Hoffmann — Koblenzer — Kubig — Ledebour — Litfin — Pfannkuch — Poetzsch — Sabath — Ströbel — Dr. Weyl — Louise Zietz.

Wahlkreis Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg.

Adlershof, Wollsteins „Zustgarten“.
Bohnsdorf, Schäfer, Am Falkenberg.
Britz, Raddatz, Chausseest. 29.
Charlottenburg, „Vollshaus“, Rosinenstr. 3.
Cöpenick, „Stadt-Theater“.
Dabendorf bei Boffen, „Zur Vogelwiese“.
Eichwalde, „Seglerhütchen“, Gantfeld Abtege.
Friedenau, „Zur Klause“, Hildegardestr. 5/6.
Groß- u. Kleinbesten in Kleinbesten bei Gustav Schmidt.
Groß-Lichterfelde, Warendorf, Bösestr. 22.

Grünau, Duchaufour, Köpenicker Str. 79.
Johannisthal, „Lindenhof“, Friedrichstr. 61.
Königs-Wusterhausen, Witwe Wedhorn, „Altes Schützenhaus“.
Lankwitz, Ebel, Wäldenstr. 9.
Lichtenrade bei Deter.
Mariendorf, Preuß, Sursfürstenstr. 44.
Mariensfelde, Herrmann, Großbeerenstr. 68.
Mittenwalde, „Gasthaus zum Kronprinzen“.
Nieder-Schöneweide, Restaurant „Rathhaus“.
Nowawes, (Zwei Ver-anstaltungen) Singers „Vollshaus“ und Schmidt, „Deutsche Festsäle“.

Niedorf, (Drei Ver-anstaltungen) „Vereinsbrauerei“, Hoppen Festsäle und „Karlsgarten“.
Schöneberg, „Schloßbrauerei“, Hauptstr. 22.
Steglitz, „Virkenshütchen“.
Teltow, Bonow, Berliner Str. 16.
Tempelhof, „Wilhelmsgarten“, Berliner Str. 9.
Treptow-Baumschulenweg, (Zwei Ver-anstaltungen) Nonnenberg, Parkstr. 1 und Geler, Parkstr. 2.
Trebbin, „Gesellschaftshaus“.
Wilmersdorf, „Gesellschaftshaus“, Wilhelmshaus.
Zehlendorf, „Gesellschaftshaus“, Karlstr. 12.
Boffen, Kurzer, Garuther Str. 10.

Referenten: Gustav Becker — Eduard Bernstein — Brühl — Anna Dietz — Eichhorn — Hartmann — Hass — Hetzschold — Manasse — Piek — Frida Schulte — Sonnenburg — Spliedt — Frida Wulff — Mathilde Wurm — Zeuer.

Wahlkreis Niederbarnim.

Bernau, Franz Salemann, Böhrender Straße.
Birkenwerder, Gesellschaftshaus Feuerstak, Hauptstraße.
Borsigwalde, Borsigwalder Festsäle, Konradstr. 42.
Erkner-Woltersdorf, Degebrodts Gesellschaftshaus.
Franz Buchholz, Kähne, Berliner Straße 39.
Friedrichsfelde, Babe, Prinsen-Allee 30.
Friedrichshagen, Lerches Festsäle, Friedrichstr. 112.
Friedrichsthal, Bleise, Gasthof zu den 4 Linden.

Hohen-Schönhausen, Gesellschaftshaus Weber in Wilhelmberg.
Karlshorst, Fürstenbad.
Lichtenberg, (Zwei Ver-anstaltungen) Schwarz, Wäldenstraße 25/26, Arnhold, Frankfurter Chaussee 5/6.
Mahlsdorf, Karl Linke, Granowstraße.
Neuenhagen-Petershagen, Zum alten Dessauer, Petershagen.
Nieder-Schönhausen, Neu-Carlshof, Charlottenstraße 64.
Ober-Schöneweide, Hörners Blumengarten.
Oranienburg, Waldhaus Sandhausen, Schützenstraße.

Pankow, Zum Kurfürsten, Berliner Str. 102.
Reinickendorf-Ost, Schönholzer Tivoli, Eduard Schaller.
Reinickendorf-West, Eichborn-Säle, Eichbornstr. 60, Waldschlösschen, 49.
Rummelsburg-Stralau, Tempel, Café Bellevue, Hauptstraße.
Tegel, Trapps Festsäle, Bahnhofsstraße 1.
Waidmannslust, Bergschloß, am Bahnhof.
Weißensee, Schloß Weißensee.
Wilhelmsruh, Deutschmann, Hauptstr. 1.

Referenten: Barenthin — Domnik — Ewald jr. — Grunwald — Hesse — Marie Juchacz — Anna Matschke — Mohs — Stoermer — Woldt — Zernike.

Die Abendfeiern sind zusammengesetzt aus festreden, Konzert-Aufführungen, Gesangsvorträgen des Arbeiter-Sängerbundes, Darbietungen des Turnvereins Fichte, des Arbeiter-Radfahrerbundes sowie Spezialitätenvorstellungen.

➡ Anmeldung eventl. Festreden sind durch die Kreise resp. Orte zu bewirken. ➡

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Col I. Amt 3, 1239. Charitstraße 3. Col III. Amt 3, 1987.

Sonntag, den 30. April 1911, vormittags 10 Uhr:
Allgemeine Versammlung

der
Rohrleger u. Heifer Berlins u. Umgeg.
im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 4.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Schriftführers Genossen Eduard Bernstein über: "Wirtschaftsfragen der Neuzeit". 2. Diskussion. 3. Branchen- und Verbandsanliegen. 4. Verschiedenes.
In Anbetracht des sehr lehrreichen Vortrages ersuchen wir die Kollegen, recht zahlreich zu erscheinen. Die Kollegen von Piume und Deutsche Wasserwerke sind ganz besonders eingeladen.

Sonntag, den 30. April 1911, vormittags 10 Uhr:
Branchen-Versammlung

der **Wickel- u. Isolationsarbeiter und Arbeiterinnen**
im Voigt-Theater, Badstraße 58.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Agitationskommission. 2. Neuwahl derselben. 3. Branchenanliegen.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Sonntag, den 30. April 1911, vormittags 9 1/2 Uhr:
Versammlung

aller **Kernstückformer**
im Lokal von Wolffschläger, Adalbertstr. 21.

Tages-Ordnung:
1. Wie ist es möglich, unsere Lage zu verbessern? 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Zahlreichen Besuch erwartet.
Die Ortsverwaltung.

116/3

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15, Saal 4 (Arbeitsloftsaal):

Sitzung der Ortsverwaltung.

Bautischler.

Sonntag, den 30. April 1911, vormittags 10 Uhr:

Branchen-Versammlung
für Groß-Berlin
bei Anton Voeter, Weberstraße 17.

Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zur Maschinen-Berechnungstabelle. 2. Diskussion. 3. Bericht über die Tätigkeit der Kommission. 4. Verbandangelegenheiten.
Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.

82/16 S. u.: Karl Reiche.

Kardinal

Malzkaffee

übertrifft an Wohlgeschmack
alle bisherigen Kaffeesatzmittel
Man probiere alles
und behalte das Beste

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.
Heute Freitag, den 28. April, abends 1/2 8 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im „Rosenthaler Hof“, Rosenthaler Str. 11/12.
Tages-Ordnung:
1. Wahl einer Wahlprüfungskommission. 2. Aufstellung eines Kandidaten zum Dresdener Gewerkschaftstongress. 3. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Zahlreiches Erscheinen erwünscht.
Die Ortsverwaltung.

Zum Ausschneiden



Dr. Rud. Wells

Nährsals - Bananen - Kakao

ist wohlschmeckend, äußerst nahrhaft und stopft nicht. Beste Kraftnahrung bei Magen- und Darmstörungen, bei Schwächezuständen, bei Unterernährung, bei Appetitlosigkeit. Angenehmstes Frühstücksgetränk für Gesunde und Kranke. Paket = 1/2, Bund 1 Mk., 5 Pakete 4,75 Mk., 10 Pakete 9 Mk. Zusendung in Berlin und Vororten frei Haus. Prospekte gratis und franko.

D. Mader, Berlin S., Prinzenstr. 37. Versandgeschäft gesunder Nahrung- und Genussmittel. Ausführl. Preisliste bitte zu verlangen. 1081b*

„Silesia-Bad“

11942* Schlesische Str. 31

Alle Arten medizinische Bäder.

Lieferant aller Kassen.

Theater und Vergnügungen

Freitag, den 28. April.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Königskinder.
Königl. Schauspielhaus. Die Braut von Messina.
Deutsches. Faust 2. Teil. (Anfang 8 Uhr.)

Anfang 8 Uhr.
Kammerspiele. Frühling's Er-machen.
Königl. Opern-Theater.
Königl. Schauspielhaus.
Wienerinnen.

Leistung. Glaube und Heimat.
Komische Oper. Die Bohème.
Kleines. Der Reichardt.
Berliner. Hummelstudenten.
Westen. Die lustigen Ribbelungen.
Neues. Rein erlauchteter Hühner.
Kuhspielhaus. Der Registrator auf Reisen.

Trianon. Thodore u. Cie.
Residenz. Fernands Ehekontrakt.
Zhalia. Polnische Wirtschaft.
Schiller O. (Königl. Theater.)
Der Bund der Jugend.
Schiller Charlottenburg. Liebele.
Literatur.

Friedrich-Wilhelmstädtisches.
Kasernenluft.
Herrnfeld. Scheidungs-Souper. Die Bar-Schwester.
Neues Operetten. Der Graf von Lügenburg.
Volkoper. Fra Diavolo. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Luifen. Die Kaufleute.
Modernes. Großstadtluft. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Role. Robert und Gertram.
Folies Caprice. Werheim wird plätzen!
III. Klasse. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Metropol. Geschlossen.
Kasino. Zwei Wappen.
Voigt. Gefallene Mädchen.
Wissa. Spezialitäten.
Wassage. Spezialitäten.
Woad. Der Blühtling.
Reichshallen. Stettiner Säger.
Wintergarten. Spezialitäten.
Walhalla. Bravo! Da capo!
(Anfang 8 1/2 Uhr.)

Intimes. Nacharbeit. Madame Wabele. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Urania. Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Lebende Tierbilder von nah und fern.
Sternwarte. Invaldenstr. 57-62.
Kaiser-Panorama. Besuch der Ostseebäder. Reise über den Brenner nach Benebig.
Wedding. Lichtspiele.

Schiller-Theater O. Berliner.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Bund der Jugend.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Liebele. Hierauf: Literatur.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Die Ehre.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Traum ein Leben.

Schiller-Theater Charlotten-burg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Liebele. Hierauf: Literatur.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Im Klubessel.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Zapfenstreich.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Ein idealer Gatte.

Neues Theater.
Täglich:
Mein erlauchter Ahnherr.
Anfang 8 Uhr.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Bummelstudenten.
Morgen: Bummelstudenten.

Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Die lustigen Ribbelungen.
Sonn. 8 1/2 Uhr: Die geschiedene Frau.

Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:

Fernands Ehekontrakt.
Schwank in 3 Akten von Georges Feydeau. In deutscher Bearbeitung von Benno Jacobson.
Schlag der Spielzeit:
Sonntag, den 30. April.
Wiedereröffnung Donnerstag, den 3. August.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Der Registrator auf Reisen.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Freitag, den 28. April, 8 Uhr:
Kasernenluft.
Morgen und folgende Tage: Kasernenluft.

Luisen-Theater.
8 Uhr Premiere:
Die Kaufleute.

Schwank in 3 Akten von Alexander Engel und Julius Horst.
Sonnabend 8 Uhr: Käpfenreich.
Drama in 4 Akten v. Adam Beneklein.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr Ende 11 Uhr.
Robert und Gertram.
Poffe mit Gesang in 4 Akten von Käber.
Sonnabend: Robert und Gertram.

Metropol-Theater.
Geschlossen.
Sonnabend, den 29. April 1911:
Zum erstenmal:

Hohheit amüsiert sich!
Operette in 3 Akten von J. Fremund. Musik von Rudolf Kellon.
In Szene geföhrt vom Direktor Richard Schnitz.
Anfang 7 1/2 Uhr. Karten gestattet.

Herrnfeld Theater
Sensations-Erfolg
der drei Robitäten
Das Scheidungs-Souper
von Julius Horst.

Die Bar-Schwester
von Anton und Donat Herrnfeld.
Ein Verlobungsgeschäft
von Anton und Donat Herrnfeld
mit den Autoren in den Hauptrollen.
Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.



„CLOU“

BERLINER KONZERTHAUS
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90-91
Täglich
nachmittags und abends

Große Konzerte

ausgeführt von Garde-Regiments-Kapellen
bei freiem Eintritt.

Vorzügliche Küche. Spezialauschank von Münchener Mathäuser Bräu.

Potsdamer **Sport-Palast** Potsdamer
Str. 72/72a Str. 72/72a

Auf vielseitigen Wunsch bleibt bis auf weiteres geöffnet als:
Größter Eispalast der Welt.

Allabendlich:
Glänzende sportliche Vorführungen und die Ausstattungs-Feerie
„Eisfest an der Newa.“
Eintritt bis 5 Uhr 50 Pf.
Nach 5 Uhr M. 1.—, reservierter Platz M. 2.—.

Neue Welt

Amerikanischer Vergnügungs-Park.
Hasenheide 108/114.

Eröffnung morgen

Neue Direktion. . . .
Neue Schaulstellungen.
Neue Belustigungen.

Urania.

Wissenschaftliches Theater
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Lebende Tierbilder von nah und fern.



WINTERGARTEN

Letzte Woche!
Der
sprechende
Hund
„Don“
und weitere
12 Attraktionen 12
U. a.:
Roda Roda.
Rauchen gestattet.

Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill.
Berlin N., Drummenstraße 16.
Der Flüchtling.
Schauspiel u. d. gleichnam. Roman
der „Berl. Morgenpost“ v. P. Diller.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Entree 30 Pf. bis 1 Mark.
Vorzugsarten, überall zu hab., gältig.

Zirkus Busch.

Freitag, den 28. April 1911,
abends 8 Uhr:
Große Gala-Vorstellung!
Letzte Aufführung des
gr. Volks-Manege-Schaustücks
„Armin“.
Sonnabend, 29. April,
abends 8 Uhr:
Premiere
der neuen großen Früh-
jahrs-Pantomime
Ein Jagdfest am
Hofe Ludwigs XIV.
Original-Ausstattungsstück
des Zirkus Busch.

Stadt-Theater Moabit

Alt-Moabit 47/48.
Sonntag, den 30. April 1911:
Die Lieder des Musikanten.
Lebhaft Winter: Dir. Hans Reih.
Kasseneröffnung 8 1/2 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Nach der Vorstellung:
Tanz.



Luna-Park

Sensationelle
Attraktionen.
Eröffnung
morgen

Passage-Theater.

Abends 8 Uhr:
Melia
die gefeierte russische Tänzerin.
Lina Loos
mit neuem Repertoire.
Patty Frank Truppe
Weltmeister d. Akrobatik
Willi Prager
u. d. gr. April-Variete-Programm.

Trianon-Theater.

Täglich abends 8 Uhr:
Théodore & Cie.

Admiralspalast

am Bahnhof Friedrichstraße.
Eis-Arena
Nachmittags und abends
Kunstlauf-Produktionen.
Allabendlich das feenhaft aus-
gestattete Eishallet.
Montreal
Die Stadt auf Schlittschuhen
Die Eisbahn ist für Schlitt-
schuhläufer ununterbrochen
von 10 Uhr vorm. geöffnet.
Mittags: Korso bei Musik.
Nach-
mittags: **Militärkapelle**
Abends: Einödshofer-Konzert
Bis 7 Uhr halbes Kassonpreiso.
Unterricht im Schlittschuh- und
Kunstlaufen wird erteilt.

Apollo Theater

Letzte Tage
des gr. Weltstadt-Programms.
9 1/2 Uhr:
Heinrich Prang
in seiner Burleske
Ein Gemütsmensch.

Karl Haverland-

Anfang Theater. Kommandanten-
präz. 8 Uhr. (Straße 77/79).
Das Aprilprogramm über-
trifft alles Dagewesene.
Neu! Die schwedische Musik.

Königstadt-Kasino.

Gelmarckstr. 72.
Täglich: Frasn Sobanski,
Viktor Ritter, Lotte in Mans, Geschw.
Waldow, Adolf Holländer als Gast,
der berühmte Improvisator Tho
Wodlows usw.
Der undankbare Sohn.
Vollständ. in 1 Akt von Reiffingen.

Folies Caprice.

Täglich 8 1/2 Uhr:
Werheim
wird plätzen!
Bunter Solo-Teil.
III. Klasse.

Casino-Theater

Lothringer Straße 37.
Von Presse und Publikum anerkannt!
Großartiger Lacherfolg!
„Zwei Wappen“
von Blumenthal und Nabelburg.
Dazu: Tarkoffs Kosaken-Exoritzien.
Sonntag 8 1/2 Uhr: „Marianne“
(ein Weib aus dem Volke).

Reichshallen-Theater.

Stettiner Säger.
Britton als
Mleze
im
Hasenrock

Voigt-Theater

Gelundbrunnen, Badstraße 58.
Freitag, den 28. April 1911:
Gefallene Mädchen
oder: Am Banne des Wählungs.
Sittend. in 4 Aufzügen v. F. Schöler.
Kasseneröffnung 7, Anfang 8 Uhr.

Gür den Inhalt der Intereze
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Partei-Angelegenheiten.

Maifeier.

Zur Beachtung für die Komitees!

Wir haben sämtlichen Referenten der Abendveranstaltungen die Mitteilung gemacht, daß die Festreden überall gegen 8 Uhr abends stattfinden, und bitten, bei Einteilung des Programms hierauf Rücksicht zu nehmen. Das Verbandsbureau.

Rixdorf. Heute abend 8 Uhr in der „Neuen Welt“, Hasenheide Nr. 108-114: Öffentliche Versammlung. Tagesordnung: 1. „Auf der Suche nach einer Wahlparole“. Referent: Reichstagsabgeordneter Fritz Jubeil. 2. Diskussion. — Genossen, sorgt für Massenbesuch. Der Einberufer.

Mit-Glied. Am Sonnabend, den 29. April, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Jahn Generalversammlung des hiesigen Wahlvereins.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Unserem verstorbenen Genossen Borgmann schmerte der Vorfall Micholet gestern einen Nachruf, der durch eine ungewöhnliche Wärme auffiel. Herr Micholet spendete den Verdiensten Borgmanns um die Stadt Berlin rückhaltlose Anerkennung und hob besonders auch hervor, was der Verstorbene dem arbeitenden Volke bedeutet hat.

Die Sitzung war nur kurz und brachte keine großen Debatten. Am den Stadtmedizinalrat, den die Stadtverordnetenversammlung fordert, wurde nicht mehr gestritten. Ueber die bezüglichen Anträge hat ein Ausschuss beraten, und nach seinem Vorschlag sprach gestern die Versammlung sich in bestimmter Form dafür aus, daß dem Magistratskollegium ein Stadtmedizinalrat beizugeben sei. Worte wurden hierüber nicht mehr gewechselt, aber gerade dieses völlige Schweigen war sehr viel sagend.

Die Änderung des Planes für die Unterpflasterbahn „Nord-Süd“ wurde genehmigt; die Bahn wird nun zunächst bis zur Gneisenaustraße reichen. Auch hier wäre es nicht erst noch zu einer Erörterung gekommen, wenn nicht Herr Caffel das Bedürfnis gefühlt hätte, gegen eine vorläufige Ausführung zu protestieren, die in den Verhandlungen mit dem Magistrat ein Vertreter des Polizeipräsidiums sich geleistet hat. Genosse Brunns stellte fest, daß diese Ausführung leider durch ein Verhalten der Gemeindebehörden herausgefordert worden ist, das den Eindruck einer kleinlichen Schifane gegen die Vororte erwecken mußte.

Der Krankenhausbau in Lichtenberg

Am gestrigen abend von der Stadtverordnetenversammlung nach kurzer Debatte endlich beschlossen worden. Die von der Mehrheit bisher geübte Taktik der Verschleppung dieses bereits 13 Jahre erwogenen Projekts hatte in der Öffentlichkeit immer größeres Aufsehen erregt und war den Nachbarn im Lichtenberger Rathaus recht unangenehm geworden. Durch die öffentliche Erörterung in der Presse, vor allem im „Vorwärts“, waren auch andere Behörden von neuem auf das skandalöse Verhalten der Lichtenberger Grundbesitzer hingelenkt worden und der Polizeipräsident von Lichtenberg richtete unterm 19. April an den Magistrat folgendes dringliche Schreiben:

Der Polizeipräsident. Tgb. Nr. II. Gen. 48, 11.

Lichtenberg bei Berlin, den 19. April 1911.

Wie ich aus der Tagespresse ersehen habe, ist in der Stadtverordnetenversammlung vom 6. d. Mts. die Vorlage über die Errichtung eines Krankenhauses in Lichtenberg an den Magistrat zurückverwiesen worden.

Unter Bezugnahme auf die seit Jahren schwebenden Verhandlungen erlaube ich ergebenst, auf eine recht baldige Regelung der Angelegenheit hinzuwirken.

Hierbei weise ich ergebenst darauf hin, daß die Unterbringung einzelner Kranken aus Lichtenberg in die umliegenden Krankenhäuser schon jetzt mit großen Schwierigkeiten verbunden ist. Beim Ausbruch von Wasserkrankheiten würde dagegen eine große Gefahr für die Bewohner Lichtenbergs dadurch eintreten, daß die in engen Wohnungen befindlichen Kranken nicht untergebracht werden können, zumal auch die Krankenbarade am Parallelweg nur für eine beschränkte Zahl ausreicht.

Auch die Ortskrankenkasse von Lichtenberg ersuchte in einem Schreiben an den Magistrat um dringliche Ausführung des Krankenhausbaues.

In der gestrigen Sitzung erklärte die Mehrheit durch ihren Redner, der Magistratsvorlage zustimmen zu wollen. Von sozialdemokratischer Seite wurde beantragt, für den ersten Bauabschnitt eine Bettenzahl von 275 vorzusehen, gemäß dem einstimmigen Beschlusse der Krankenhausbaukommission. Der Antrag wurde abgelehnt und die Magistratsvorlage, die zunächst 225 Betten vorsieht, gegen eine Stimme angenommen.

Militärmusik für Tiergartenreiter.

Es wird berichtet, daß der Kaiser kürzlich die Anordnung getroffen hat, daß an schönen Frühlingstagen am Hippodrom eine Militärkapelle spielen soll. Dieses Militärkonzert ist für die Tiergartenreiter bestimmt.

Das Hippodrom ist der große, runde Reitplatz zwischen dem Zoologischen Garten und der Charlottenburger Technischen Hochschule, in den, von allen Seiten her, ein Duzend Reittwege einmünden. Jeder Spazierritt im Tiergarten endet mit natürlicher Sicherheit am Hippodrom, zu dem man durch die Stadtbahnhöfen — eine sehr nützliche Probe für schwere Pferde — gelangt. Die „Deutsche Tageszeitung“ schildert das Tiergartenreiten und die Personen, die es ausüben, also: „Es wird sehr viel geritten in Berlin, und aus sehr verschiedenen Gründen: der Pflicht halber, zum Vergnügen — und aus Gesundheitsrücksichten. Die Offiziere, die nicht Frontdienst tun, verschaffen sich und ihren Pferden das nötige Training. Mannleute machen ihren unentbehrlichen Morgenritt. Aber meistens die Reitzahl aller Reiter und Reiterinnen betreibt die edle Kunst der Pferdebehandlung, um sich eine körperliche Bewegung zu verschaffen, die der Hausarzt für notwendig erklärt hat, damit der sitzende Lebensweise — am Arbeitsplatz und am Schreibtisch — einiges Gegengewicht geboten werde. So sind früh morgens am Hippodrom alle Arten von Reitsport — und Tieren vertreten. An heißen Tagen beginnt der Reitzug schon um sechs Uhr, wenn die letzten Nachtdämmerer erst im Auto heimwärts rufen. Der frühesten einer ist der Kaiser selbst, schon von weitem durch sein zahlreiches Gefolge kenntlich: einen Generaladjutanten, meist den hünenhaften Herrn von Scholl, den Chef seines Marzalls Baron Reichard, die beiden Flügeladjutanten vom Dienst, Stallmeister, Leibgardien, Reitmehle. Nicht viel später erscheint der Weidmännler. Gleich seinem Vorgänger, dem Fürsten Bülow, beginnt Herr von Bethmann Hollweg sein lautes Rufen mit einem

fröhlich-hygienischen Morgentritt, begleitet von seinem Adjutanten, der einst der muntere Hauptmann von Schwarzkoppen war und jetzt der Dragonerleutnant Graf Hohenthal ist. Erste Generalstabler und Kriegsministerielle ziehen des Weges. Geheime, Rechtsanwälte, Bankiers, Kerle, Schauspieler mit und ohne Gattinnen stellen sich mit der Binslichkeit ein, mit der sie an die Brunnen-Kaisersbads und Kissingens zu wässern gewohnt sind, — manchmal rudelweise, auf den kammströmigen Kleppern irgendeines Falterjaks. Der Anblick ist nicht immer sinnberührend schön. Alle Stände, alle Jahrgänge, alle Teilnehmenden sind da. Und so gehts, wie es im alten Berliner Tanzstudenlied heißt: „Rechts herum, links herum, mitten mang das Publikum“, — das am Wasserturn Postjo gefahrt hat und mit lauter Kritik nicht immer zurückhält.“

Hoffentlich bekommt den Reitern und Reiterinnen der Morgentritt beim Militärkonzert besser als bisher. Welchen Zwecken das Militär noch dienen muß, ist nicht abzusehen.

Ueber die Aufgaben der weltlichen Vormundschaft sprach Mittwoch abend Frau Amtsgerichtsrat Dunkelberg in der deutschen Gesellschaft für Mutter- und Kindesrecht. In der Debatte erregte die Mitteilung Adele Schreiers, daß in Berliner Krippen vielfach uneheliche Kinder zurückgewiesen worden seien, lebhaftes Entrüstung. Es gelangte folgende Resolution zur Annahme: Die Versammlung nimmt mit Bedauern davon Kenntnis, daß in Krippen Groß-Berlins Kinder ihrer unehelichen Geburt wegen zurückgewiesen wurden. Sie ist der Meinung, daß gerade diese, an ihrer unehelichen Geburt doch schuldlosen Kinder, wenn ihre Mutter erwerbstätig ist, in besonderem Grade der Obhut und Fürsorge bedürfen, und ersucht deshalb alle Krippen und Kinderhorte Groß-Berlins, bei der Aufnahme keinen Unterschied zwischen unehelichen und ehelichen Kindern zu machen.“

Da Krippen und Kinderhorte von der Stadt Berlin subventioniert werden, dürfte zu verlangen sein, daß Zuschüsse nur unter der Bedingung gegeben werden, wenn kein Unterschied zwischen ehelichen und unehelichen Kindern gemacht wird. Rationeller aber ist es schon, wenn die Gemeinde die Verwaltung der Krippen und Kinderhorte selbst übernimmt.

Genehmigung der 165 Prozent Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer. Die Beschlüsse der städtischen Körperschaften zu Berlin vom 23./25. März 1911, wonach im Rechnungsjahre 1911 a) die beiden untersten Stufen der Staatseinkommensteuer von 2,40 M. und 4 M., die Einkommen von mehr als 420 bis einschl. 600 M. betreffend, von der Gemeindecinkommensteuer freigelassen werden und b) zur Deckung der Gemeindebedürfnisse erhoben werden sollen 100 Proz. Zuschläge zur Staatseinkommensteuer, 165 Prozent der staatlich veranlagten Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer, und zwar die Grundsteuer in Form von 3,2 vom Tausend des gemeinen Wertes der steuerpflichtigen Grundstücke — sowie 100 Proz. der Betriebssteuer sind, soweit nach den Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1903 eine Genehmigung erforderlich ist, vom Oberpräsidenten genehmigt worden. Die Minister des Innern und der Finanzen haben zu dieser Genehmigung, wonach neben einem Kommunalzuschlag von 100 Proz. zur Staatseinkommensteuer, 165 Proz. der staatlich veranlagten Realsteuern für das Rechnungsjahr 1911 erhoben werden können, ihre Zustimmung erteilt.

Ueber den Genossen Borgmann bringt die „Pädagogische Zeitung“, das Hauptorgan des Deutschen Lehrervereins, in ihrer gestrigen Nummer dem Verstorbenen folgenden ehrenvollen Nachruf: Am 18. April starb der sozialdemokratische Stadtverordnete Hermann Borgmann im 58. Lebensjahre. Er war fast in allen Schulfragen der Sprecher seiner Fraktion; wenn er das Wort nahm, so konnte man gewiß sein, eine gründlich vorbereitete, mit innerer Wärme vorgetragene Rede zu hören, mochte es sich nun um die unentgeltliche Lieferung von Lernmitteln, um die Schulpflicht, um die Lehrerbildung oder um sonst was immer handeln. Ganz besonders interessierte ihn alles, was die Gesundheit des Volkes und der Jugend berührte, und so hat er sich auf den uns nabestehenden Gebieten besonders um die Förderung des Turn- und Badewesens, um die Speisung armer Kinder und um das Jugendspiel und die Ferienpflege verdient gemacht.

Eine Störung im Straßenbahnverkehr ereignete sich in der letzten Nacht an der Friedrichsbrücke. An jener Stelle, an der gegenwärtig Pflasterarbeiten vorgenommen werden, sprang gegen 11 Uhr nachts ein Straßenbahnwagen der Linie 55 in der Kurve aus dem Schienen. Durch Mannschaften des herbeigerufenen Rettungswagens der Straßenbahn wurde der Wagon wieder eingeleist. Bis zur Beendigung dieser Arbeit, die etwa 50 Minuten währte, mußten die die Unfallstelle passierenden Linien 33, 54, 55 und III über die Weidenhammer Brücke, Friedrichs- und Oranienburgerstraße abgelenkt werden.

Vom Laßahn gestürzt und ertrunken. Ein trauriger Vorgang spielte sich gestern auf dem Finowkanal ab. Der sechsjährige Sohn des Schiffseigners Siebert hatte auf dem Laßahn des Vaters herumgespielt und war dabei vom Vordrand in den Kanal gestürzt. Wohl hatte man den Vorfall bemerkt und sofort Rettungsversuche unternommen, die aber leider erfolglos blieben; nur noch die Leiche des Knaben konnte man bergen.

Ein aufregender Vorfall ereignete sich in der letzten Nacht am Tempelhofer Ufer. Dort schwam sich in der Nähe der Trebbiner Straße vor den Augen zahlreicher Passanten eine etwa 25jährige, gutgekleidete Frau über das Geländer des Landwehrkanals und stürzte sich, ehe sie daran gehindert werden konnte, in die Fluten, in denen sie sofort versank. Zwei Herren, Augenzeugen des Vorfalls, sprangen der Lebensmüden sofort nach und es gelang ihnen unter großer Anstrengung und erst nach mehrmaligem Tauchen, die Frau zu erfassen und den Fluten zu entreißen. In besinnungslosem Zustande wurde die Selbstmordkandidatin nach der nahen Unfallstation am Tempelhofer Ufer gebracht und von dort in sehr bedenklichem Zustande nach dem Urban-Krankenhaus übergeführt. Bei der Frau wurden keinerlei Legitimationspapiere vorgefunden, so daß ihre Personalsien bisher noch nicht festgestellt werden konnten.

Ueber den Kriminalkommissar Karl v. Treslow II werden seit einiger Zeit Beschuldigungen öffentlich verbreitet, die geeignet sind, die Persönlichkeit und die Amtstätigkeit des Herrn Kriminalkommissars in der ungünstigsten Weise erscheinen zu lassen und ohne daß bisher eine befriedigende Erklärung gegen diese Anschuldigungen gegeben worden wäre. Zunächst handelt es sich um Angelegenheiten privater Natur, die der Öffentlichkeit nichts angingen, wenn Herr v. Treslow II nicht beschuldigt würde, in dieser seiner privaten Angelegenheit auch als Kriminalkommissar amtlich sich betätigt zu haben. Eine Schwester des Herrn v. Treslow II war mit einem Bankdirektor verlobt, die Verlobung wurde aus bestimmten Gründen aber wieder aufgehoben. Seit der Zeit liegen sich der Kriminalkommissar und der Bankdirektor in den Haaren. Es sind große Summen deponiert worden, um Ruhe zu schaffen. Es kam ein Vergleich zustande, daß einer dem anderen aus dem Wege gehe. Herr v. Treslow II wird beschuldigt, sein gegebenes Ehrenwort nicht gehalten zu haben. Alles das aber würde weniger interessieren, wenn nicht behauptet würde, daß im weiteren Verlauf der Angelegenheit Herr v. Treslow II Beamte und Vigilanten und Vigilantinnen in dieser seiner privaten Angelegenheit in Anspruch genommen habe. Diese Beschuldigung ist so ungeheuerlich, daß die vorgelegten Behörden schon der Öffentlichkeit gegenüber verpflichtet sind, dieselbe zu untersuchen und sich öffentlich darüber zu äußern. Ob es richtig ist, daß Herr v. Treslow früher in Düsseldorf als

Schreibmaschinenhändler ansässig war und ob er infolge unbegleitener Schulden von Düsseldorf verschwand ist, ist für uns weniger von Bedeutung und gleichfalls Privatfache des Herrn v. Treslow II. Wir erwähnen das nur, weil auch diese Notiz in der „Düsseldorfer Volkszeitung“ gestanden hat und kürzlich von der „Welt am Montag“ wiedergegeben wurde.

Auf eine Notiz des letztgenannten Blattes, nach der gegen den Kriminalkommissar Herrn Karl v. Treslow II ein Disziplinarverfahren schwebt, hat das Polizeipräsidium berichtet, daß es unrichtig sei, daß eine Disziplinaruntersuchung gegen Herrn v. Treslow eingeleitet worden sei, weil ein Berliner Bankdirektor den Nachweis erbracht habe, daß der Kriminalkommissar v. Treslow für die „Wahrheit“ Artikel geliefert habe.

Dabei wird behauptet, daß bereits im Dezember an das Polizeipräsidium eine Disziplinaranzeige ergangen sei und zwar von dem Prokuristen Heinrich Wolf und am 25. März eine zweite von dem Bankdirektor W.

Soweit es sich in diesen Anzeigen um Amtsmißbrauch handelt, hat nicht nur die Disziplinarbehörde Anlaß, sich ernsthaft mit der Prüfung der Angelegenheit zu befassen, sondern auch die Staatsanwaltschaft. Und die Öffentlichkeit hat dringendes Interesse zu erfahren, inwiefern die schwereren Anschuldigungen gegen den Kriminalkommissar Herrn v. Treslow II begründet sind. Mit einem allgemeinen Rechtfertigungsversuch und Verunglimpfung des Gegners in dem einen besonderen Ruf genießenden Mittwochblatt der „Großen Glocke“ ist da nichts getan. Die Sache ist zu ernst. Hier muß eine klare, ungewöhnliche Antwort erfolgen.

Arbeitslosigkeit und Nahrungsvorgen haben den 44 Jahre alten Arbeiter Theodor Robertson aus der Fehrbelliner Str. 29 in den Tod getrieben. Er erhängte sich in seiner Wohnung mit einer Wajschleime.

Von einem Bierwagen überfahren und schwer verletzt wurde am Mittwoch an der Ecke der Barnim- und Georgenkirchstraße das Kind des Arbeiters Konarske, Georgenkirchstr. 65. Das verletzte Kind wurde in einem Krankenwagen fortgeschafft. Zeugen des Vorfalls beklagten sich lebhaft über die dabei zutage getretene Verwahrlosung.

An die arbeitende Jugend!

Die Zeit des Wanderns und des Spiels in freier Natur ist wieder gekommen. Leider ist es der werktätigen Bevölkerung nur vergönnt, an schönen Sonntagen sich diesem gesunden Sport zu widmen, da sie die ganze Woche dem Erwerb ums tägliche Brot nachgehen muß. Dieses Los teilt auch die arbeitende Jugend. Umso mehr ist es zu begrüßen, wenn die kurze freie Zeit zur Bewegung in Feld und Wald ausgenutzt wird, um sich zu erheuen an der Natur und auszuatmen beim fröhlichen Spiel im Kreise von Kameraden und Kameradinnen.

Der Jugendausschuß für Groß-Berlin veranstaltet am Sonntag, den 30. April 1911

Gruppenpartien

- Gruppe Norden: Partie nach Sadoma-Altehof. Treffpunkte: 7 Uhr Waldquellstraße, Ecke Nazarethkirchstraße (Leopoldplatz), Mittelbühlplatz (Normaluhr) und 1/8 Uhr Wald-, Ecke Schwedenstraße (Normaluhr). Treffpunkt für Radfahrer: Altehof von 2-6 Uhr bei Wöllmer, Bismarckstraße 24. Radfahrt von Karlshorst. Fahrgeld 40 Pf.
- Gruppe Rosenthaler Vorstadt: Partie nach Wilschmerder (Alter Freund). Treffpunkte: 7 Uhr Bismarckplatz (Normaluhr), Rappellplatz, Artonaplatz, Gartenplatz, Gultas-Werder-Allee (Normaluhr). Treffpunkt für Radfahrer: Wilschmerder (Alter Freund) von mittags 12 Uhr an. Fahrgeld 20 Pf.
- Gruppe Schönhäuser Vorstadt: Partie nach Wilschmerder (Alter Freund). Treffpunkte: 7 Uhr, Poppelallee, Ecke Schönhäuser Allee, Grenzauer Allee und Ecke Danziger Straße, Bahnhof Schönhäuser Allee. Fahrgeld 20 Pf.
- Gruppe Noabli: Partie nach Saathwinkel. Treffpunkte: 8 Uhr, Bahnhof Weißelstraße, Straußstraße, Ecke Turmstraße. Kein Fahrgeld.
- Gruppe Osten: Partie nach Karlshorst, Sadoma, Rauensteiner Wäldchen, Friedrichsbrücke. Treffpunkte: 7 Uhr, Bismarckplatz (Normaluhr), Schleißer Bahnhof (Koppenstraße, Ecke Kadaststraße), Landsberger Tor (Striegenderdamm), Grenzauer Tor. Fahrgeld 30 Pf.
- Gruppe Südosten: Partie nach Hessewinkel. Treffpunkte: 7 Uhr, Götlicher Bahnhof (Innsbrunn), Mariannenplatz (Denkmal), Laufher Weg, Schleißer Tor. Fahrgeld 40 Pf.
- Gruppe Süd-Südwest: Partie nach Regal, Hüllengasse. Treffpunkte: 7 Uhr, Wollschlag, Halleisches Tor (Dachbahn), Hohenstaufenplatz. Fahrgeld 20 Pf.

Für Spielgelegenheit ist gesorgt. Die Teilnehmer werden gebeten, in möglichst leichter Kleidung zu erscheinen, sich mit Proviant zu versehen und die Lederbücher nicht zu vergessen.

Alle Beibringe, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen sind zu dieser Ausflüge freundlichst eingeladen.

In der Säuglingsfürsorgestelle I, Blumenstr. 78, findet im Mai je einmal wöchentlich Unterricht in Säuglingspflege mit praktischen Übungen statt. Rechnungen schriftlich oder mündlich: Bureau des Kinderhauses, Blumenstr. 78, vorn links part. Bureauzeit: werktäglich von 2-4 Uhr.

Warnung vor Schwindlern. Die Landesversicherungsanstalt Berlin teilt mit:

„In letzter Zeit sind mehrere Fälle zu unserer Kenntnis gelangt, in denen ein unbekannter Mann bei den Hinterbliebenen solcher Personen erschienen ist, die der Versicherungspflicht unterlagen, sich als Beamter vorgestellt hat und unter dem Vorgeben, er wolle beantragen, daß den Angehörigen ein Teil der für den Verstorbenen gezahlten Beiträge bezw. ein Sterbegeld von der Landesversicherungsanstalt gezahlt werde, sich die Quittungslaste bezw. die Aufrechnungsbescheinigungen des Verstorbenen und zur Verschaffung eines ärztlichen Attestes einen Geldbetrag, meistens von 8 Mark, hat geben lassen. Wegen seines sehr sicheren Auftretens ist ihm der Schwindel meist gelungen. Der Gauner wird uns als ein Mann Ende zwanzig von Mittelgröße mit blondem Haar und kleinem blonden Schnurbort geschildert; er trägt eine Altklampe unter dem Arm und veranlaßt seine Opfer in der Regel, ein von ihm bereits ausgefülltes grünes Rentenquittungsformular zu unterschreiben. — Die Staatsanwaltschaft ist benachrichtigt worden.“

Wir warnen vor dem Gauner; es wird ersucht, den Wurschen polizeilich feststellen zu lassen, wenn er irgendwo auftauchen sollte.

Wer ist die Tote? Bis zur Unkenntlichkeit verwest ist eine weibliche Leiche, die gestern mittag vor dem Grundstück Neu-Cölln am Wasser Nr. 6-8 aus der Spree gefischt wurde. Sie hat schon so lange im Wasser gelegen, daß bereits eine Verfaulung eingetreten ist. Eine Beschreibung ist deshalb nicht mehr möglich. Vielleicht aber läßt sich die Persönlichkeit mit Hilfe der Kleiderreste, die noch vorhanden sind, besonders eines schwarzen Rodes, eines Lederbügels und eines Schuhs noch feststellen.

Im Luisen-Theater muß infolge technischer Schwierigkeiten die Premiere des Schauspiel „Ohne Mutter“ auf Dienstag, den 2. Mai, verschoben werden.

Seugen gesucht.

Dieserigen Passagiere des Personenzuges Nr. 1918 des Nordringes, welche geleben haben, daß am 20. April 1911, abends 7,31 Uhr, auf der Strecke zwischen Viehhof und Frankfurter Allee ein Fahrgast von einem in den Wagen geschleuderten Stein während der Fahrt verletzt worden ist, werden gebeten, ihre Adresse an Herrn Ferdinand Behrens, Charlottenburg, Rosenstr. 12b abzugeben.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich am Mittwoch zunächst mit einer Vorlage des Magistrats, für die deutsche Südpolar-Expedition, für die andere Gemeinden, z. B. Berlin, bereits Beiträge zur Verfügung gestellt haben, gleichfalls einen Beitrag von 1000 M. zu bewilligen. Die Vorlage wurde aber abgelehnt, nachdem sowohl Stadtv. Dr. Frenzel (lib.) als auch Genosse Richter darauf hingewiesen hatten, daß für die Gemeinden kein Grund vorliege, dem Reich, das für alle möglichen unproduktiven Zwecke Gelder verwendet, finanzielle Pflichten abzunehmen. — Weiter nahm die Versammlung Kenntnis von der Mitteilung des Magistrats, daß er gegen die Festsetzung der Polizeikosten Einspruch erhoben habe, da seiner Meinung nach Aufwendungen für Zwecke der Landespolizei einfach als ortspolizeiliche Ausgaben eingestuft sind.

Eine längere Debatte knüpfte sich an die Vorlage betr. das Ortsstatut über Einschränkung der Sonntagsarbeit in offenen Verkaufsstellen. Im Gegensatz zu dem vom Magistrat vorgeschlagenen Ortsstatut, das sich mit dem für Berlin erlassenen deckt, beantragten die Sozialdemokraten im Prinzip die Einführung der völligen Sonntagsruhe, und für den Fall der Ablehnung dieses Antrages, wenigstens für Lehrlinge und für jugendliche Personen das Verbot der Beschäftigung am Sonntag. Genosse Sebert, der den sozialdemokratischen Antrag begründete, führte an der Hand seiner praktischen Erfahrungen aus, daß die Prinzipale die Bestimmungen über die Sonntagsruhe sehr oft zu umgehen verstanden; so lange nicht die völlige Sonntagsruhe eingeführt sei, werde kein Ortsstatut hiergegen Schutz gewähren. Warum solle man denn immer auf Berlin warten, aufstatt selbst einmal vorbildlich vorzugehen? Auch das Charlottenburger Kaufmannsgericht siehe ja auf dem Standpunkt der völligen Sonntagsruhe. Im Gegensatz hierzu warnte Stadtrat Voll vor dem völligen Verbot der Sonntagsarbeit. Wenn irgendwo, so sei hier ein schrittweises Vorgehen geboten. Auch das Publikum müsse sich erst allmählich an eine andere Geschäftszeit gewöhnen. Für ein gemeinsames Vorgehen mit Berlin sprechen sich eine Reihe weiterer Redner und auch der Bürgermeister Matting aus; letzterer bekämpfte noch ausdrücklich den von der Sozialdemokratie geforderten Schutz der jugendlichen Personen, worin er eine Schädigung der erwachsenen Angestellten erblickte. Genosse Girsch entkräftete diese Gründe; insbesondere betonte er, wenn der Bürgermeister aus solchen Erwägungen heraus von einem Schutz der Jugendlichen nichts wissen wolle, so stelle er sich damit auf denselben Boden wie die reaktionären Elemente, die sich gegen die Verlegung des Fortbildungsschulunterrichts in die Tagesstunden wenden. Schließlich wurde das Ortsstatut unter Ablehnung eines sozialdemokratischen Antrages auf Ausschussberatung sowie der materiellen Anträge der Sozialdemokraten mit der Genehmigung genehmigt, daß die Beschäftigung von Angestellten in offenen Verkaufsstellen an Sonn- und Festtagen nur von 8—10 Uhr gestattet ist. (Der Magistrat hatte in Uebereinstimmung mit Berlin beantragt, im Sommer von 8—10 und im Winter von 12—2 Uhr.) Da ferner auf Antrag der Liberalen beschlossen wurde, daß das Ortsstatut erst dann in Kraft treten soll, wenn Schöneberg und Wilmerdorf die gleiche Regelung der Sonntagsruhe einführen, so wird das Statut möglicherweise überhaupt nicht in Kraft treten.

Zur Vorbereitung der Wahl von acht unbesoldeten Stadträten, deren Wahlzeit am 31. Dezember abläuft, wählte die Versammlung einen Ausschuss, dem u. a. unsere Genossen Dr. Vorchardt und Vogel angehören.

Den letzten Punkt der Tagesordnung bildete die Beratung der Vorlage betreffend Errichtung eines Opernhäuses, deren Inhalt wir bereits wiedergegeben haben. Der eigentlichen Beratung ging ein charakteristisches Vorspiel voraus: Der Berichterstatter Stadtv. Otto beantragte, die Vorlage, soweit sie sich auf den Ankauf von Grundstücken bezieht, in geheimer Sitzung zu beraten. Dieser Antrag fand jedoch keine Mehrheit und so ging denn die ganze Beratung in öffentlicher Sitzung vor sich. Das war, um so notwendiger, als die in Betracht kommenden Besitzer von Grundstücken und Geschäften die Kollage der Stadt in unerhörter Weise auszunutzen suchten und eine Brandmarkung dieser Gesellschaft in voller Öffentlichkeit am Plage war. Durch Annahme des Antrages Otto wäre dies verhindert worden.

In der Sache selbst beantwortete der Berichterstatter die Vorlage und beantragte ihre Ueberweisung an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern. Bedenken hatte er nur gegen die Preishöhe des Bauplans; er erklärte, daß ihm parlamentarische Ausdrücke für die Forderungen der Interessenten fehlten.

Auch die Stadtv. Dr. Stadthagen und Jander, die sich im allgemeinen sympathisch der Vorlage gegenüber stellten, wandten sich auf das entschiedenste gegen die Verwässerung der Stadt durch die Interessenten.

Stadtv. Bietzsch (Soz.) ging zunächst gleichfalls mit den Hauseigentümern und den Mietern, die so enorme Forderungen zum Schaden der Stadt gestellt hatten, scharf ins Gericht. Was die Hauswirte sich hier der Stadt gegenüber erlauben, habe auch auf die Mieter abgefärbt, die ganz horrenden Abstandssummen verlangen. In der Stadtverordnetenversammlung werde sich schließlich eine Mehrheit für diese geschäftliche Freibeuterei finden. Es gehe in der Stadt genug andere Plätze, wo das Opernhaus mit denselben Kulpizien erbaut werden könne. Redner trat des weiteren grundsätzlich für die Uebernahme des Betriebes in eigene Regie ein, wie sie in einer Reihe von Städten bereits mit Erfolg durchgeführt sei. Die Stadt würde dadurch auch einen weit größeren Einfluß in künstlerischer und sozialpolitischer Beziehung auf das Unternehmen ausüben können, sie könnte dann z. B. billige Sonntagsvorstellungen veranstalten und dadurch dem ärmeren Teil der Bevölkerung den Genuß von Opern ermöglichen. Ferner könnte sie

dann den Forderungen der Schauspieler in ganz anderer Weise gerecht werden, als es nach der Magistratsvorlage der Fall sei. Schließlich halte er eine Erweiterung der Zuständigkeit der gemischten Deputation, die nach der Magistratsvorlage nur Baudeputation sei, für notwendig.

Bürgermeister Matting sprach seine Genugtuung über die freundliche Aufnahme der Vorlage aus und bat darum, im Ausschuss geeignete Vorschläge für die Maßfrage zu machen. Auch er läßt keinen Zweifel darüber aufkommen, daß das Verhalten der Interessenten Beurteilung verdient.

Dem Ausschuss, dem die Vorlage überwiesen wurde, gehören als Vertreter der Sozialdemokratie unsere Genossen Dr. Vorchardt und Bietzsch an.

Die hiesige Feuerwehr wurde am Donnerstagnachmittag um 3 1/2 Uhr nach der Joachimshaler Str. 14 alarmiert. Dort waren Maurer und Rohrleger mit dringenden Arbeiten in einem Keller beschäftigt, wobei sie Aetherlampen zur Beleuchtung des Kellers benutzten. Aus unbekannter Ursache explodierte eine solche Lampe und im Nu standen eine Menge Kellereckschläge mit Inhalt in Flammen. Ein Maurer Hermann Witte aus der Kostanienallee 23 hatte Brandverletzungen an beiden Händen erlitten. Samariter der Wehr verbanden ihn notdürftig und brachten ihn zur nächsten Unfallstation. Es gelang, den Brand auf den Keller zu beschränken.

Pflegestellen für Säuglinge, jedoch nur in Charlottenburg, sucht die Charlottenburger Waisenverwaltung. Es wird ein Pflegegeld von monatlich 25 M. gezahlt und Bekleidung, gegebenenfalls auch ärztliche Behandlung und Arznei gewährt. Meldungen werden baldigt an die Geschäftsstelle der Waisenverwaltung Charlottenburg, Kirchstr. 9, erbeten; mündliche Meldungen daselbst, Erdgeschoss Zimmer 7, werktäglich von 12—2 Uhr.

Rigdorf.

Gefährliche Schützen treiben in den Rigdorfer Laubkolonien immer noch ihr Unwesen. Vorgefunden am 27. April in der achten Stunde erhielt die 24 Jahre alte Ehefrau Lieschen Fiedel aus der Judasstraße, als sie durch die Wassertrasse ging, aus einer dort gelegenen Laubkolonie heraus einen Schuß in den Hals, sie mußte, stark blutend, nach ihrer Wohnung gebracht werden. Der leichtsinnige Schütze soll ein 18-jähriger Schulknabe sein, der mit einem Lezergol geschossen hat. Die Ermittlungen in der Sache sind aber noch nicht abgeschlossen.

Am Sonntag, den 30. April 1911, sind die Luftbäder in Rigdorf am Dammweg beim Heidekampgraben (nahe Klefholzstraße) von morgens 8 Uhr an für Damen, Herren und Kinder unentgeltlich geöffnet.

Ober-Schönebeck.

Einbrecher stalteten in der Nacht vom 26. zum 27. April der Ortskrankenkasse einen Besuch ab; es ist dies der dritte in zehn Jahren. Die Diebe nahmen ihren Weg vom zweiten Hofe des Grundstückes durch ein Klotzfenster; sie sind allerdings nicht auf ihre Kosten gekommen, denn der neue Beschützer der Kasse setzte ihrer Kunst ein Ziel. Nach Demolierung verschiedener Putze und Durchsuchung sämtlicher Behälter haben die Einbrecher unverrichteter Sache wieder abziehen müssen.

Hildersdorf.

Die Gründung eines Rabattparvereins unter den hiesigen Gewerbetreibenden gab dem Vorstand des sozialdemokratischen Rabattparvereins Veranlassung, eine öffentliche Versammlung einzuberufen, die am Dienstagabend in Beiers Lokal tagte. Genosse Ad. Ritter brachte als Referent die Stellung, die die Klassenbewusste Arbeiterschaft gegenüber dem Rabattparverein einnehmen hat, in überzeugender Weise zum Ausdruck. Die Rabattparve bedeutet für den Käufer eine direkte Ueber-vorteilung, minderwertige Waren oder Preisauflage, eventuell vermindertes Gewicht bildeten das Äquivalent für den Verkäufer. Selbst reelle und einschneidende Geschäftsleute gaben zu, daß — wie der Referent durch eine Justifizierte Beweis — der Rabattparverein für den Geschäftsmann keinen gesunden Zustand bedeute. Das Beispiel von Berlin N. müsse jedem als Warnung dienen. Demgegenüber sei es für jeden Angehörigen der Arbeiterklasse, der sich vor Schaden bewahren will, eine selbstverständliche Pflicht, der hiesigen Konsumgenossenschaft, die auf demokratischer Grundlage aufgebaut ist und die eine Kontrolle nach jeder Richtung hin ermöglicht, beizutreten. Auch wenn, wie in der Diskussion von Herrn Kaufmann Hoffmann, dem Vorsitzenden des neugegründeten Vereins betont wurde, der Verein auf reeller Grundlage aufgebaut, auch nicht als Kampforganisation gegen die Konsumgenossenschaft gedacht und nicht zu vergleichen sei mit dem verfallenen Sparverein Norden, da die Beträge für die auszugehenden Marken im Voraus auf der Bank deponiert werden müssen — was allerseits starke Zweifel hervorrief —, so könne dieses alles den Vorteil nicht aufwiegen, den die Genossenschaft ihren Mitgliedern biete. Mit der Aufforderung zur regen Mitarbeit und fleißigen Agitation wurde die Versammlung geschlossen.

Morgen Sonnabend, den 20. April, hält der Verein Jugendheim im Lokal von Kauf, Wiemarstr. 16, seine Jahres-Generalversammlung ab. Neben den Mitgliedern, deren vollständiges Erscheinen dringend erwünscht ist, sind auch Gäste willkommen.

Röpenitz.

Großes Unheil hätte durch das Treiben des zwölfjährigen Schülers R. angerichtet werden können, der sich damit vergnügte, vom Balkon der elterlichen Wohnung in der Bahnhofstraße herab Schießkugeln mit einem Leckring abzulassen, das er mit Schrot lud. Als Ziel wählte er die auf der Straße sorglos spielenden Kinder. Vor einigen Tagen wurde dabei ein vierjähriger Knabe und ein dreijähriges Mädchen von einer Schrotkugel an der Brust

getroffen, sie erlitten unerhebliche Verletzungen. Vorgefunden lag der jugendliche Schütze wiederum dem „Schießsport“ ob, er ver wundete, als er wieder blindlings in eine Schar auf der Straße spielender Kinder hineinschoß, den fünfjährigen Herbert Seher am Kops, so daß das Kind sofort in ärztliche Behandlung genommen werden mußte. Die Anzeige gegen den Schütze soll bereits erstattet und eine eingehende Untersuchung eingeleitet sein.

Erfter.

Eine mit Steinen beschwerte Leiche wurde vorgefunden aus dem Müggelsee gelandet. In der Nähe des königl. Instituts für Binnenfischerei wurde der tote ans Ufer getrieben und geborgen. In dem Toten ermittelte man den seit mehreren Tagen verschundenen 31-jährigen Drechsler Donhoff aus Erfter. Donhoff hat in einem Anfall von Geisteskrankheit Selbstmord verübt.

Tegel.

In der letzten Gemeindevertreterversammlung wurde der vorgelegte Bebauungsplan zwischen Schloß-, Hermsdorfer Straße und Staatsbahn genehmigt, ebenso wurde die Gerabebauung der Schloßstraße nach dem vorgelegten Projekt gutgeheißen. — Der Bau eines Feuerwehredeposits wurde auf ein Jahr vertagt. — Die Eingabe des Vereins für Sozialreform auf Errichtung eines Arbeitsnachweises lehnte die Gemeindevertretung ab, da die Gemeinde dem Reinickendorfer Arbeitsnachweis angeschlossen ist. — Von dem Bauntennehmer Volkst, dem Besitzer des Stablfabrikations „Velleue“, war ein Antrag auf Ueberlassung eines Streifens am Ufergelände gestellt. Während der Gemeindevorsteher beantragte, dieses Gelände den Anliegern zum Selbstkostenpreise zu überlassen, wurde von unseren Genossen darauf hingewiesen, daß zu dem Verkaufspreise auch die durch Schaffung der Ufermauer usw. entstandenen Kosten dem Verhältnis entsprechend aufzuschlagen seien. Es geht nicht an, daß die Gemeinde ihre zu laufenden Terrains teuer bezahlen müsse, andererseits aber, wie das in diesem Fall geschehe, das Land geradezu verchenke. — Ein von dem Genossen Lichtenberg gestellter Antrag, den Verkauf dieses Terrains nicht vor Auffassung durch den Wasserfiskus an die Gemeinde vorzunehmen, wurde gegen die Stimmen unserer Genossen und die der Gemeindevorsteher Marzahn abgelehnt. — Der Antrag der „Freien Scholle“ um Ermäßigung des Wasserpreises wurde gegen die Stimme des Gemeindevorstehers Marzahn angenommen. Es wird vom 1. April 1912 ab ein Wasserpreis nach dem in Ortsstatut festgelegten Satz, also 18 Pf. per Kubikmeter, erhoben. — Für das Kruppische Terrain an der Egelsstraße wurde ein Bebauungsplan vorgelegt und genehmigt. Die mit der Egelsstraße parallel laufende Straße soll 35 Meter breit werden und eine Mittelpromenade erhalten. — Die Lustbarkeitssteuer brachte bisher 3000 M. ein. Da diese Summe aber fast durch die entstehenden Eingehungskosten aufgezehrt wurde, hatte der Gemeindevorstand eine neue Vorlage eingebracht, wonach die Steuer 10 000 M. bringen soll. Unsere Genossen wandten sich zwar entschieden gegen die Erhöhung wie gegen die Steuer überhaupt, trotzdem wurde die Vorlage angenommen.

Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“. Wanderausfahrten am Sonntag, den 30. April 1911. I. Kleinen-Bollenberg. Abf.: Schloß-Bahn. (Witzener Bahnsteig) 6.30 Uhr vorm. II. Hohen-Ruendorf-Birkenwerder. Abf.: Stett. Vorortbahn 6.45 Uhr vorm. III. Geologisch-botanische Wanderung nach Zintenrug. Abf.: Leichter Hauptbahnhof 7.15 Uhr vorm. IV. Busch-Blumberg. Abf.: Stett. Vorortbahn 1.30 Uhr nachm. V. Rinder-wanderung: Müggelsee. Abf.: 1. Schloß-Bahn, 2. Gärtnerei u. Rabattparve, 3. Uhr. 2. Bahnst. Wedding, 3. Ufer. 3. Bahnh. Rigdorf (Nordseite) 8 Uhr vorm.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin“. Sonntag, den 30. April: Wanderausfahrt nach Wilmendorf, Kleinmück, Schönewald, Pieskow, Potsdam. Abfahrt 8.10 Uhr Schloß-Bahn.

Witterungsüberblick vom 27. April 1911.

Station	Barometer Höhe über Meer	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter	Temp. in 1 m Höhe	Temp. in 2 m Höhe	Temp. in 5 m Höhe	Temp. in 10 m Höhe	Temp. in 20 m Höhe	Temp. in 50 m Höhe	Temp. in 100 m Höhe
Eutinende	754.3	SW	5 wolkig	9	9	9	9	9	9	9	9
Damberg	755.0	SW	3 bedeckt	8	8	8	8	8	8	8	
Berlin	757.2	SW	4 heiter	9	9	9	9	9	9	9	
Frankfurt	760.0	SW	4 bedeckt	6	6	6	6	6	6	6	
München	763.0	SW	4 wolkig	9	9	9	9	9	9	9	
Wien	760.0	SW	3 bedeckt	13	13	13	13	13	13	13	

Wetterprognose für Freitag, den 28. April 1911. Relativ heiter und wieder ein wenig wärmer, aber sehr veränderlich mit öfteren Regenschauern und selten südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		Wasserstand	am	
	26. 4.	25. 4.		26. 4.	25. 4.
Remel, Tüll	—	—	Saale, Großh.	82	—
Tegel, Ankerburg	—17	—7	Qabel, Spandau	98	—2
Seehel, Thon	178	0	Haldensleben	137	—1
Oder, Ratibor	214	—8	Spree, Spremberg	80	—2
Krausen	167	+1	Wesflow	142	—2
Frankfurt	176	—4	Seiser, Runden	—68	+9
Warthe, Schrum	66	—8	Runden	6	—4
Landsberg	97	—5	Rein, Mühlentanz	374	+7
Rege, Borkmann	45	—5	Rund	173	+1
Elbe, Leinberg	53	—5	Röll	180	+1
Dresden	—68	—11	Redar, Gellhorn	74	+4
Bertha	209	—1	Wain, Berthelm	136	—2
Diageburg	168	0	Wojel, Zier	62	+4

+) + bedeutet Sturz, — Fall, — *) Unterbeleg.

Einer regen Nachfrage Rechnung tragend, bringen wir

Marke „Salambo“⁶⁶ gesetzlich geschützt,

Alleinverkauf für ganz Deutschland.

Vom Guten das Beste!

Jedes Paar Damen- und Herrenstiefel Mk.

neben unserer erprobten und bestbewährten

Marke „Propago“⁶⁶ gesetzlich geschützt,

die sich allgemeiner Beliebtheit erfreut.

Jedes Paar Damen- und Herrenstiefel Mk.



Versand nach auswärts p. Nachnahme

Bestimmen Sie bitte unsere Schaufenster

Schuh=Sport, Andreasstr. 48